

# SOZIALBERICHT

## 2013



The magnifying glass focuses on a table with the following data:

766	927	707
15.00	12.76	17.14
14.40	6.79	14.20
1004	363	403
27.34	10.11	12.98
15.08	14.40	12.93
683	507	609
18.03	13.34	18.13
13.79	16.20	15.28
690	520	742
16.20	13.09	18.62
13.63	14.75	14.96
144	132	198
170	13.88	20.23
87	12.76	14.83
644	1365	

**Sozialplanung**



**DINSLAKEN**

**© Stadt Dinslaken**  
**Sozialplanung**  
**Dipl.-Soz.-Wiss. Holger Mrosek**

**Mitarbeit**  
**Dipl.-Soz.-Arb. Annette Berger**

# Sozialbericht 2013

## Allgemeine Hinweise zum Sozialbericht

In Dinslaken erstellt die Sozialplanung seit 2000 einen Sozialbericht, der in der Regel 2 bis 3 jährlich aktualisiert wird. Die Beschreibung von sozialen Disparitäten (aggregiert u.a. aus den Statistiken der Agentur für Arbeit, der Auswertung der SGB II- Statistiken und eigenen Untersuchungen) ist dabei nur der Einstieg in die eigentliche Sozialplanung. Ursprünglich als reine Datensammlung begonnen, kristallisierte sich schnell heraus, dass eine Weiterentwicklung zu einem Monitoringsystem erfolgen musste.

Eigene Untersuchungen mittels Methoden der empirischen Sozialforschung bilden die wissenschaftlich fundierte Grundlage zur differenzierten Sozialanalyse der wichtigsten Sozialbereiche Dinslakens; sie sind zudem Ausgangspunkt einer strategischen Armutsbekämpfung.

Auf Grundlage eines Indikatorenmodells werden die Siedlungsbezirke Dinslakens miteinander vergleichbar ausgewertet und in einen Disparitätsindex gebracht. Somit kann ein spezieller Handlungsbedarf aufgezeigt werden. Die mittlerweile standardisierte Aufbereitung der Daten bietet eine optimale Grundlage zur eigentlichen Aufgabe der Sozialplanung: Handlungsbedarfe erkennen, Handlungsstrategien entwickeln und politische Entscheidungsfähigkeit vorbereiten. Sie bietet Politik die erforderlichen Entscheidungsparameter, macht aber auch eigene Vorschläge, indem sie strategische Konzepte erstellt und Entscheidungsprozesse initiiert.

Der Sozialbericht gibt einen Überblick über Daten sowohl der Gesamtstadt als auch eine kleinräumigere Differenzierung auf Siedlungsbezirksebene, die annähernd der Begrifflichkeit des Sozialraums entspricht. Der Begriff „Sozialraum“ stammt aus der Soziologie in Anlehnung an den Chicagoer Planungsansatz der „nicht-homogenen“ Stadt . Demzufolge ist eine Stadt räumlich nicht homogen, sondern muss differenziert betrachtet werden. Ein Sozialraum ist ein räumliches Gebiet, welches sich geographisch, durch seine historische Entwicklung, durch seine soziale oder

demographische Entwicklung, durch ethnische Differenzierung etc. von anderen räumlichen Gebieten der Gesamtstadt abgrenzen lässt.

Auf der Grundlage dieser Betrachtungsweise lassen sich Siedlungsbezirke identifizieren, die einer ausführlicheren Betrachtung und Analyse im Hinblick auf Ursachen, Perspektiven und Handlungsansätze in Bezug auf „Soziale Belastung“ bedürfen.

Aus den Sozialberichten 2000 bis 2009 gingen die Siedlungsbezirke Lohberg, Blumenviertel, die Innenstadt und Teilbereiche von Feldmark/Bruch als auffällig hervor. Lohberg ist seit dem Jahr 2000, das Blumenviertel, als direkte Auswirkung der Sozialberichterstattung, seit 2009 im Stadterneuerungsprogramm „Soziale Stadt NRW“.

Soweit nicht anders angegeben beziehen sich die Daten auf den Stichtag 31.12.2012.

## Inhaltsverzeichnis

Inhaltsverzeichnis .....	5
1. Schwerpunktsetzung .....	7
Armut und Armutsrisiko in Dinslaken.....	10
2. Daten der Gesamtstadt.....	14
Was bedeutet der Demografische Wandel für Dinslaken? .....	17
Darstellung ausgesuchter Sozialdaten.....	19
Dinslakener Siedlungsbezirke / Sozialraumanalyse.....	20
Exkurs: Sozialraumorientierung .....	22
Kennzahlen .....	28
2.1. Finanzielle Situation .....	28
2.1.1. ALG I / ALG II .....	28
2.1.2. Auswertung der Elternbeitragsdatei Kindergarten .....	36
2.2. Wohnsituation .....	41
2.3. Familiäre Situation .....	48
2.3.1. Familienstruktur.....	49
2.3.2 Alleinerziehende.....	50
2.3.3. Auswertung ausgesuchter Hilfen zur Erziehung (HzE).....	52
2.4. Segregation.....	59
2.5. Bildung .....	67
3. Sozialanalyse der Siedlungsbezirke .....	73
3.1. Innenstadt .....	73
3.2. Averburch.....	74
3.3. Hagenviertel.....	75
3.4. Eppinghoven .....	76
3.5. Lohberg.....	77
3.6. Blumenviertel .....	78

3.7. Feldmark / Bruch.....	79
3.8. Oberlohberg .....	80
3.9. Hiesfeld .....	81
3.10. Grafschaft .....	82
4. Soziale Disparitäten.....	83
5. Ausgesuchte Ergebnisse zur Befragung „Kinderarmut in Dinslaken“ .....	86
6. Fazit: Ungleiches ungleich behandeln .....	108
7. Literatur .....	114
8. Abbildungsverzeichnis .....	117
9. Tabellenverzeichnis .....	117

## 1. Schwerpunktsetzung

Der Sozialbericht 2013 beschäftigt sich neben der Darstellung der Sozialen Disparitäten mit 2 Schwerpunktthemen: Kinderarmut und Bildung.

Will man das Phänomen (Kinder-)Armut beschreiben, bedarf es zuerst einer Definition. Doch schon hier treffen wir auf ein Problem: Eine konkrete Definition von Armut ist bisher nicht gefunden. Daher wollen wir an dieser Stelle verschiedene Theorien der Armut auf ihren Erklärungsgrad für Dinslaken prüfen:

Im Vordergrund muss die Frage stehen: **Was ist "arm"?**

Im Rahmen der Operationalisierung des Armutsbegriffs unterscheiden Fachleute zwischen *absoluter* und *relativer* Armut.

**Absolute Armut** bedeutet, dass die physische Existenzgrundlage eines Menschen gefährdet ist - dass er also Schwierigkeiten hat, *sich ausreichend Lebensmittel zu beschaffen oder sich ein Dach über dem Kopf zu leisten*.

Um einen Überblick über die Probleme der Entwicklungsländer zu ermöglichen, hat der ehemalige Präsident der Weltbank, Robert Strange McNamara, den Begriff der absoluten Armut eingeführt<sup>1</sup>. Er definierte „absolute Armut“ wie folgt:

„Armut auf absolutem Niveau ist Leben am äußersten Rand der Existenz. Die absolut Armen sind Menschen, die unter schlimmen Entbehrungen und in einem Zustand von Verwahrlosung und Entwürdigung ums Überleben kämpfen, der unsere durch intellektuelle Phantasie und privilegierte Verhältnisse geprägte Vorstellungskraft übersteigt.“ Die *absolute Armutsgrenze* ist bestimmt als Einkommens- oder Ausgabenniveau, unter dem sich die Menschen eine erforderliche Ernährung und lebenswichtige Bedarfsartikel des täglichen Lebens nicht mehr leisten können. Die Weltbank sieht Menschen, die weniger als 1,25 PPP<sup>2</sup>-US-Dollar pro Tag zur Verfügung haben, als „arm“ an.

---

1 Definitionen: *Was ist Hunger?*, die tageszeitung vom 11. Juni 2002, S. 3

2 **Kaufkraftparität (KKP)** (englisch *purchasing power parity*, PPP; *Parität* = Gleichheit von lat. *par* = gleich) ist ein Begriff der makroökonomischen Analyse.

Sozialforscher in Wohlstandsgesellschaften wie der Bundesrepublik verwenden heute aber lieber den Begriff der **relativen Armut**. Er trifft auf jene zu, denen weniger als die Hälfte des inländischen Durchschnittseinkommens zur Verfügung steht. Dazu gehören in der Regel Bezieher von Lohnersatzleistungen wie dem Arbeitslosengeld II (Hartz IV). Armut ist nach dieser Definition ein Missverhältnis zwischen den finanziellen Möglichkeiten der Betroffenen und denen der Menschen in ihrem sozialen Umfeld.

Christoph Butterwegge<sup>3</sup> wirft die Frage auf, ob Armut überhaupt quantitativ gemessen werden kann oder ob sie gesellschaftlich von Ort zu Ort anders definiert werden muss. „Dabei kann Armut hierzulande sogar erniedrigender, bedrückender und bedrängender sein, weil vor allem Kinder und Jugendliche in einer Wohlstandsgesellschaft wie der unseren einem viel stärkeren Druck seitens der Werbeindustrie wie auch ihrer Spielkamerad(inn)en und Mitschüler/innen unterworfen sind, durch das Tragen teurer Markenkleidung oder den Besitz immer neuer, möglichst hochwertiger Konsumgüter „mitzuhalten“, als in einer „weniger wohlhabenden Umgebung.“ Demzufolge wäre nach der Definition die relative Armut in Düsseldorf anders zu klassifizieren als in Dinslaken.

Eine weitere mögliche Beschreibung ist die **Armutsgrenze**<sup>4</sup>

**Relative Armutsgrenzen** beziehen sich auf verschiedene statistische Maßzahlen für eine Gesellschaft (zum Beispiel Durchschnitt oder Median des Einkommens).

Auch die WHO definiert die Armutsgrenze anhand des Verhältnisses des individuellen Einkommens zum Durchschnittseinkommen im Heimatland einer Person. Danach sei arm, wer monatlich weniger als die Hälfte des aus der Einkommensverteilung seines Landes berechneten Medians zur Verfügung hätte. Für die OECD-Länder ist die Armutsschwelle in gleicher Weise definiert.

Eine in Politik und Öffentlichkeit benutzte Angabe der relativen Armutsgrenze ist dabei 50 % oder 60 % des Durchschnittseinkommens. So wird seit 2001 in den

---

3 Christoph Butterwegge 2009

4 vgl. <http://de.wikipedia.org/wiki/Armut>



Mitgliedsländern der EU derjenige als arm bezeichnet, der weniger als 60 % des Medians zur Verfügung hat. Von Kritikern dieser Festlegung der relativen Armut wird argumentiert, dass sie wenig über den tatsächlichen Lebensstandard der Menschen aussagen. Vielmehr ergäben sich Widersprüche bei Anwendung dieser Maßzahl. Wer jetzt weniger als 50 % vom Durchschnittseinkommen zu Verfügung habe, würde auch dann, wenn sich alle Einkommen verzehnfachen, weniger als 50% vom Durchschnitt haben. Er bliebe also weiterhin relativ arm. Kritisiert wird, dass relative Armutsgrenzen die Armutproblematik mit der Verteilungsproblematik vermischen.

Bei der Kinderarmut in Deutschland können laut AWO-Studie neun Dimensionen unterschieden werden:

- Materielle Armut
- Bildungsbenachteiligung
- Geistige/kulturelle Armut
- Soziale Armut
- Fehlende Werte
- Seelische/emotionale/psychische Armut
- Vernachlässigung
- Falsche Versorgung
- Ausländerspezifische Benachteiligung

Im Sozialbericht NRW 2007 wird Einkommensarmut als relative Armut verstanden, die in Abhängigkeit vom aktuellen Durchschnittseinkommen (arithmetisches Mittel) der Bevölkerung definiert wird. Das Konzept der relativen Armut bezieht sich auf die Ungleichheit der Lebensbedingungen und die Ausgrenzung von einem gesellschaftlich als Minimum akzeptierten Lebensstandard.

Die bisher vorgestellten Definitionen beziehen sich überwiegend auf das Fehlen finanzieller Ressourcen als Gradmaß für Armut. In diesem Sozialbericht werden wir versuchen, diesen Grad mit Kennzahlen wie dem Bezug von ALG II oder der Höhe der Elternbeiträge zu klassifizieren.

In dem von uns verwandten Armutsbegriff lehnen wir uns an die in der Armutsforschung anerkannte Definition: „arm ist, wer weniger als 60% des medialen Einkommens zur Verfügung hat“, an. In dem Verständnis der Dinslakener Sozialplanung bezieht sich Armut allerdings nicht nur auf einen Mangel an finanziellen Ressourcen, sondern ist umfassender als ein Mangel an Verwirklichungs- und Teilhabechancen zu verstehen.

„Negative Faktoren“ beschreiben die Situation von Menschen in Armut.

- Verlust der Arbeitsfähigkeit
- Schwierigkeiten beim Erwerb der Arbeitsfähigkeit
- niedriges Einkommen / Leistungsbezug
- enge und schlechte Wohnverhältnisse
- fehlerhafte Ernährung
- Kinderreichtum bei geringem Einkommen und niedrigem Ausbildungsstand
- fehlende emotionale Zuwendung
- Erziehungsdefizite und Schulversagen
- eine hohe Sonderschulrate, Analphabetismus
- Alkoholismus und andere psychosoziale Beeinträchtigungen
- Leben mit Migrationshintergrund

### **Armut und Armutsrisiko in Dinslaken**

Armutsrisiko korrespondiert in erheblichem Umfang mit Arbeitslosigkeit. Im praktischen Erfahrungshorizont der Siedlungsbezirke Lohberg, Feldmark/Bruch und Blumenviertel ist diese Feststellung schon vor geraumer Zeit als handlungsleitender Grundkonsens akzeptiert worden. Durch die Sozialberichte 2000 – 2009 wurde die Entwicklung beschrieben und mit dem Einstieg in das Städtebauförderprogramm „Soziale Stadt NRW“, aber gerade auch durch arbeitsmarktorientierte Programme (Freiwilliges Soziales Trainingsjahr, Lokales Kapital für Soziale Zwecke, Stärken vor Ort, etc) hat die Stadt Dinslaken auf diese Entwicklung reagiert.

In den Stadtteilen Lohberg und Blumenviertel ist eine hohe Dichte von Menschen zu finden, die man als *arm* charakterisieren kann.

Wenn wir als Arbeitshypothese den Begriff „Armut“ operationalisieren als einen Mangel an Chancen, ein Leben zu führen, das gewissen Minimalstandards entspricht, dann setzen wir bei der ganzheitlichen Lebenssituation der Menschen an. Dies bedeutet, dass Menschen als *arm* bezeichnet werden, die über so geringe materielle, kulturelle und soziale Mittel verfügen, dass sie von der Lebensweise ausgeschlossen sind, die in der Gesellschaft, in der sie leben, als Minimum anzusehen ist. Durch dieses Ausgeschlossenensein entstehen vielfältige Unterversorgungen, die mit dem be- oder verhinderten Zugang zu verschiedenen Bereichen des Lebens einhergehen.

Durch die Schließung der Schachtanlage Lohberg Osterfeld und durch den Wegfall vieler Arbeitsplätze findet man bei den Bewohnern des Stadtteils Lohberg zunehmend Arbeits- und Perspektivlosigkeit. Dies gilt besonders auch für Jugendliche.

Wenn wir bis hierhin den Bereich "*Armut*" thematisiert haben, so drängt sich die Frage auf, wie diese verhindert, bzw. deren Auswirkung für die Betroffenen gemildert werden kann.

Dinslaken ist eine Stadt in einer Region, die sich mitten im Strukturwandel befindet. Waren bisher in Spitzenzeiten über 5500 Arbeitsplätze allein im Bergbau vorhanden, wird in Zukunft vor allem im Dienstleistungsbereich das Haupterwerbsfeld liegen.

Wir haben als einen Faktor für Armut die Arbeitslosigkeit definiert. Unter der Prämisse des Strukturwandels kommt es, um die Chancen auf dem Arbeitsmarkt zu erhöhen, auf eine optimierte Bildungslandschaft und gelingende Bildungsbiographien an.

## **Bildung ist .....**

- in ökonomischer Sicht ein Standortfaktor
- in sozialer Hinsicht eine wesentliche Bedingung für die gesellschaftliche Integration der Bevölkerungskreise
- und in politischer Hinsicht eine Grundvoraussetzung für „gelebte Demokratie“.<sup>5</sup>

Der Zwölfte Kinder- und Jugendbericht öffnet mit der Frage nach dem Zusammenspiel von unterschiedlichen Bildungsorten den Blick von den einzelnen Institutionen auf das gesamte Angebot im kommunalen Raum und auf die Gestaltung dieses Angebots durch die Kommunen. Da es dabei nicht nur um die Summe des Angebots der unterschiedlichen Institutionen - vor allem der Schulen und der Einrichtungen und Angebote der Kinder- und Jugendhilfe - geht, sondern um ein Zusammenspiel, das auch von anderen Einrichtungen und den lebensweltlichen Bedingungen und deren Beiträgen zur Bildung von Kindern und Jugendlichen gestaltet und geprägt wird, stellt sich damit auch die Frage nach dem Sozialraum als Bildungsraum.

Versteht man kommunale Räume auch als Ort der Bildung für Kinder und Jugendliche, so ist nach ihrer Struktur zu fragen und nach den Möglichkeiten, wie sie als Bildungsraum gestaltet werden können. Kommunale Räume können durch ihre Beschaffenheit – Qualität der Wohnviertel, Attraktivität der Plätze, Vorhandensein von sozialen Dienstleistungen und kulturellen Angeboten etc. – Bildungschancen eröffnen oder vorenthalten. Die Struktur kommunaler Räume stellt somit einen Ausgangspunkt für ihre Gestaltung als Bildungsraum dar.

Einen wesentlichen Beitrag zu dieser Qualität als Bildungsraum leisten Schule und Jugendhilfe. Sie stellen Bildungsangebote zur Verfügung, die dazu beitragen können, die Qualität des Bildungsraums insgesamt zu verbessern und ungleichen Bedingungen und Voraussetzungen, die in der sozialräumlichen Struktur gegeben sind, durch ein attraktives und kompensatorisches Angebot entgegenzuwirken. Dazu ist es allerdings auch erforderlich, dass sich Schule und Jugendhilfe als Institutionen

---

<sup>5</sup> Luthe 2009

zum Gemeinwesen öffnen, sich auf den sozialräumlichen Kontext beziehen und mit ihren Angeboten und Leistungen auch im öffentlichen Raum präsent sind. In diesem Sinne wird die Gestaltung des kommunalen Raums als Bildungsraum für Kinder und Jugendliche zu einer gemeinsamen Aufgabe von Stadtentwicklung, Jugendhilfe und Schule. Dabei bietet der Auf- und Ausbau von Ganztagschulen hervorragende Chancen und Gelegenheiten.<sup>6</sup>

Für die Sozialberichterstattung ist eine Kennzahl das Gelingen von Schulübergängen zu weiterführenden Schulen, ausgehend von der Theorie, dass nicht alle lokalen Räume günstige Bedingungen für Aneignungsprozesse von Kindern und Jugendlichen darstellen. Insbesondere in benachteiligten Stadtteilen, in denen die Folgen von sozialer Spaltung und sozialräumlicher Segregation greifbar sind, finden Kinder und Jugendliche weniger geeignete Bedingungen. In diesen benachteiligten und belasteten Stadtteilen verlaufen deshalb auch die Aneignungsprozesse junger Menschen „verdeckt“, überlagert und geprägt von ausgrenzenden Erfahrungen (Mack/Reutlinger 2002).

In physischen Räumen bildet sich die soziale Struktur der Gesellschaft ab. Sie werden zu sozialen Räumen, die auf ihre Benutzer und Bewohner wirken, so wie diese sich umgekehrt die sozialen Räume aneignen und sie gestalten. Die soziale Lage hat Einfluss auf die Wahrnehmung und Nutzung von physisch-materiellen Räumen, also darauf, wer sich wann wo aufhält, wie groß die Aktionsradien der Menschen sind, wo sich ihre bedeutsamen Orte befinden, wie sie die Wege zwischen diesen Orten zurücklegen, mit welchen Verkehrsmitteln, in welcher Geschwindigkeit, wem sie dabei begegnen, wie die Räume zwischen diesen Orten wahrgenommen werden, welche Tätigkeiten die Menschen an diesen Orten ausüben, welche Bedeutung diese Tätigkeiten und damit auch die Orte ihrer Ausübung haben. Und auch, wo Kinder und Jugendliche Gleichaltrige treffen, wie diese Räume beschaffen sind, wer sich sonst dort aufhält und wer nicht, ob diese Räume öffentlich oder privat sind, wird beeinflusst von ihrer sozialen Lage.

---

<sup>6</sup> Vgl. Wolfgang Mack: Lokale Bildungslandschaften, Themenheft 07, Deutsche Kinder- und Jugendstiftung. Berlin, 2007

## 2. Daten der Gesamtstadt

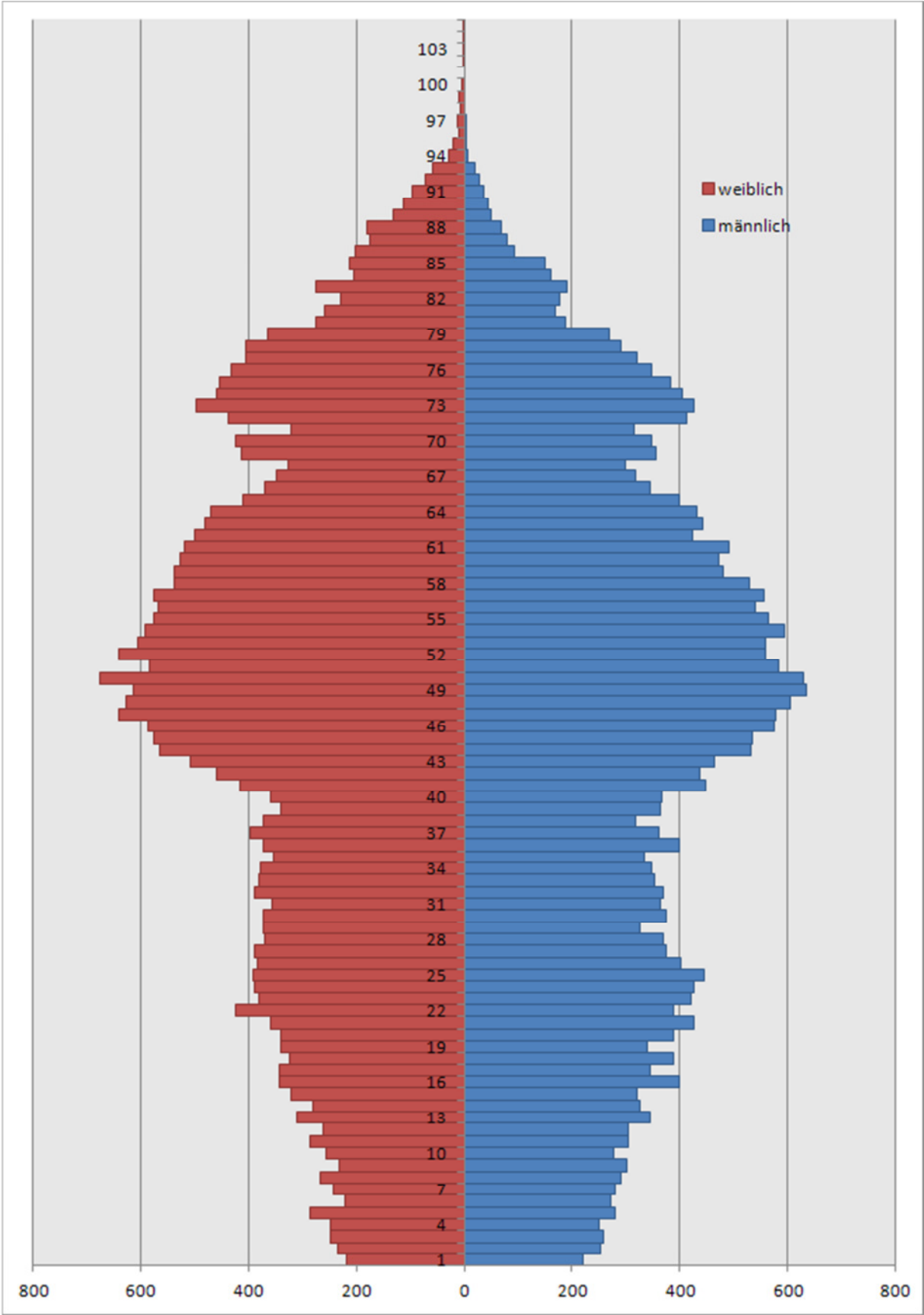
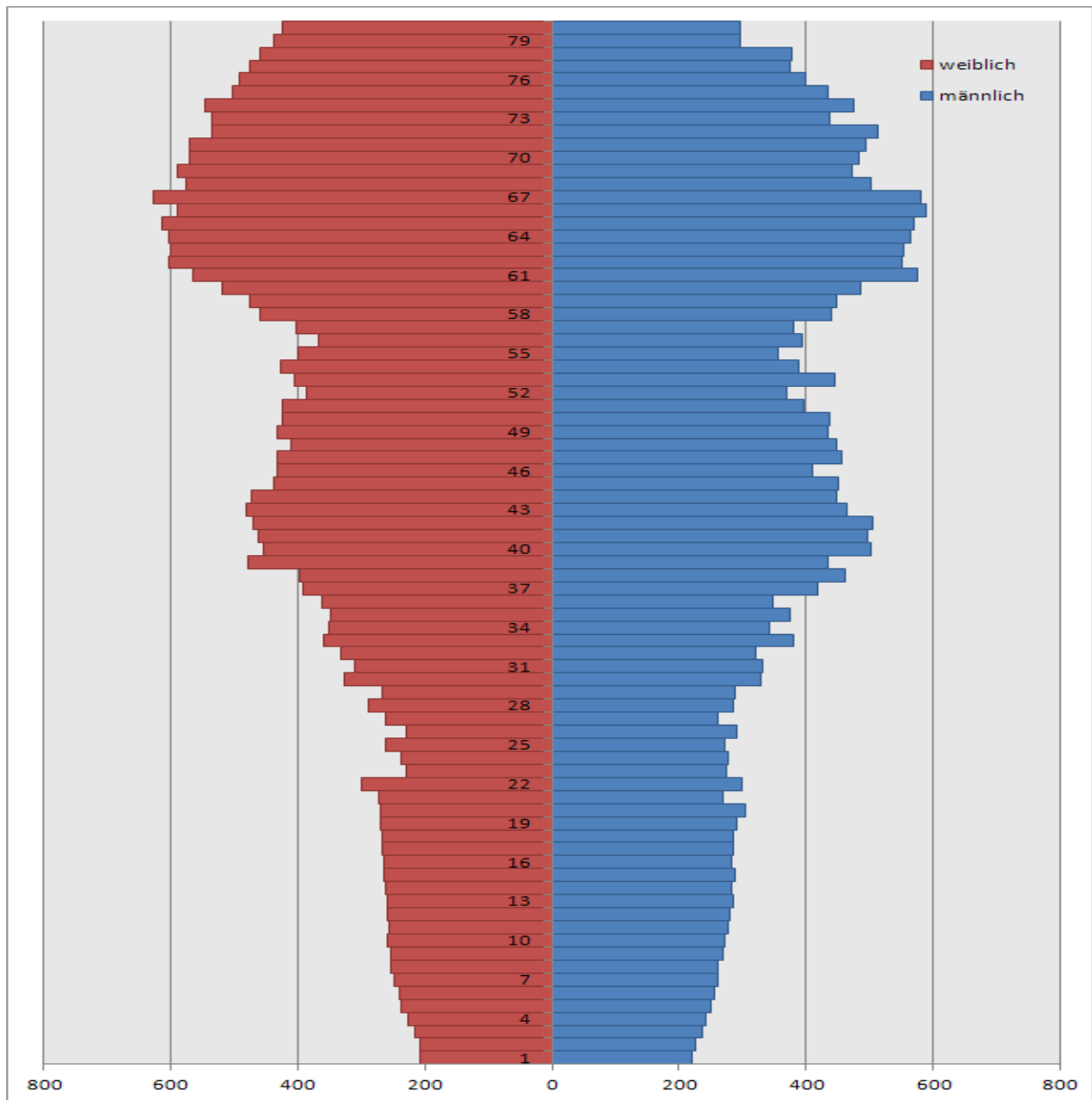


Abbildung 1: Bevölkerungsbaum 31.12.2012

Bei der grafischen Darstellung der Bevölkerung Dinslakens fällt der Kinderrückgang direkt ins Auge. Die sogenannten „Altersbäume“ oder Bevölkerungspyramiden sollten idealerweise eine starke Basis und eine sich verjüngende Spitze vorweisen. In Dinslaken ist es genau anders herum, während immer weniger Kinder die Basis bilden werden wir im nächsten Jahrzehnt die stärkste Bevölkerungsgruppe bei den über 65-Jährigen haben.



**Abbildung 2: Bevölkerungsbaum 2030**

Der prognostische Altersbaum aus dem Jahre 2030 zeigt die Dramatik, mit der der sogenannte demographische Wandel auch Dinslaken treffen wird.

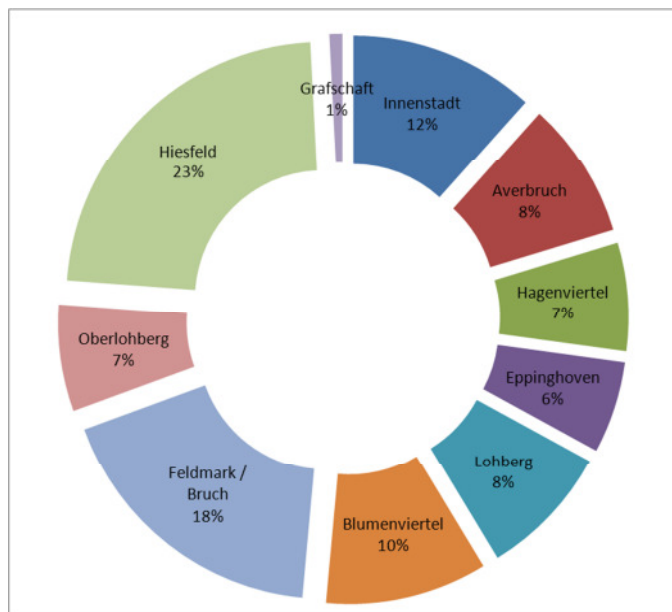
Die Bertelsmann Stiftung stuft Dinslaken in Ihrem Demographiebericht ([www.wegweiser-kommune.de](http://www.wegweiser-kommune.de)) dem Typen 6 zu. Dinslaken ist demnach eine mittelgroße Kommune geringer Dynamik im Umland von Zentren im ländlichen Raum.

Diesem Typen sind 404 Kommunen zugeordnet, hierbei ist charakteristisch:

- Kleine und mittelgroße Städte in Verdichtungsräumen und im ländlichen Raum
- städtischer Charakter durch hohe Bevölkerungsdichte und viele Alleinlebende
- viele ältere, wenige jüngere Menschen
- bisher stabile Bevölkerungsentwicklung, zukünftig Bevölkerungsverluste
- Bedeutung als regionale Wirtschaftszentren
- geringer Wohlstand

Die Einwohnerentwicklung ist im letzten Jahrzehnt weitgehend stabil verlaufen, im Jahr 2008 war in fast drei Viertel der Kommunen die Bevölkerungszahl ähnlich groß wie 2001, das heißt, die meisten Kommunen verzeichneten Wanderungsgewinne, die die Verluste der natürlichen Entwicklung ausgleichen konnten. Dabei stammen die Gewinne aus unterschiedlichen Alters- und Haushaltsgruppen, die meisten Kommunen profitierten vor allem durch den Zuzug von Familien, die Hälfte aber auch durch den Zuzug Älterer. Gewinne durch Zuwanderung sehr junger Menschen, also vorrangig Berufseinsteiger, Auszubildende und Studierende, gab es nur für eine Minderheit. 2008 verloren fast drei Viertel der Kommunen Einwohner aus der Altersgruppe der 18- bis 24-Jährigen, die Hälfte davon in einem Ausmaß von mehr als 1 % jährlich, einige sogar bis zu 10 %. Andererseits verzeichnete fast ein Viertel der Kommunen deutliche Zuwanderungen aus dieser Alterskohorte, darunter überwiegend regionale Zentren im ländlichen Raum sowie größere Städte.





	Häufigkeit	Prozent
Innenstadt	7967	11,7
Averbruch	5894	8,6
Hagenviertel	4666	6,8
Eppinghoven	3921	5,7
Lohberg	5716	8,4
Blumenviertel	6942	10,2
Feldmark / Bruch	12265	18
Oberlohberg	4594	6,7
Hiesfeld	15691	23
Grafschaft	557	0,8
<b>Gesamt</b>	<b>68213</b>	<b>100</b>

**Abbildung 3: Anteil der Bevölkerung in % nach Siedlungsbezirken**

In Dinslaken leben mit Hauptwohnsitz zum 31.12.2012 insgesamt 68.213 Menschen.

### Was bedeutet der Demografische Wandel für Dinslaken?

Die Stadt Dinslaken muss sich darauf einstellen, dass künftig weniger Einwohner in Dinslaken leben. Künftig steigt allerdings der Bedarf an seniorengerechtem Wohnraum. Dies ist z.B. in Quartieren wie Hiesfeld, Feldmark/Bruch und dem Blumenviertel, aber auch in der Innenstadt wichtig. Hier ist dieser Wohnraum nicht in ausreichendem Maße vorhanden.

Diese Entwicklung wird jeden Bereich der Stadt Dinslaken tangieren. Hier seien beispielhaft folgende Bereiche genannt<sup>7</sup>:

### Kultur- und Freizeiteinrichtungen

- Sinkende Nutzerzahlen
- Veränderung der Nutzerstruktur
- Ausdifferenzierung der Kultur- und Freizeitaktivitäten
- Kommerzialisierung und Privatisierung
- Finanzierbarkeit von Einrichtungen

<sup>7</sup> Vgl. Institut für Entwicklungsplanung und Strukturforschung GmbH an der Universität Hannover: Vortrag: Kommunalpolitische Herausforderung für den Landkreis Cuxhaven, 2004

## **Schule**

- Sinkende Schüler/-innenzahlen
- Weniger Klassenzüge und erschwerte Profilwahl
- Gefährdung von Schulstandorten
- Notwendigkeit qualitativ hochwertiger Schulausbildung und steigende Integrationsanforderungen

## **Altenhilfe**

- Zahl älterer, insbesondere hochbetagter Menschen steigt
- Steigender Bedarf an Unterstützung, Betreuung, Kommunikation, Versorgung, Pflege
- Rückgang familiärer Strukturen und sozialer Netze
- Sinkende finanzielle Spielräume der sozialen Sicherungssysteme

## **Verkehr**

- Auswirkung auf öffentlichen Verkehr
- Steigende Anteile nicht (auto-)mobiler Bevölkerungsgruppen

## **Kommunale Finanzen**

- Mindereinnahmen beim kommunalen Einkommensteueranteil durch rückläufige Erwerbstätigenzahlen
- abnehmende Beiträge durch geringere Inanspruchnahme von Leistungen, Gebührenaufkommen sinkt bei gleichem Gebührenniveau
- Kosten lassen sich nicht parallel zum Einwohnerrückgang reduzieren (fixe Kosten)

Beispiele:

- \* Fachpersonal: Abbau erst nach Wegfall von Aufgaben möglich
- \* Strassen / Verkehr: Ersatzbedarf als größter Anteil
- \* Schulen: Einsparung nur bei Schulschließung möglich
- \* Kindergärten: Investitionen trotz sinkender Kinderzahlen erforderlich zur Erfüllung des Rechtsanspruchs und der Betreuung von unter 3-Jährigen

Diese Auswahl zeigt, in welchen Dimensionen der Demografische Wandel sich bewegt. Daraus resultieren erhebliche Anforderungen an Politik und die Planung.

## Darstellung ausgesuchter Sozialdaten

Wenn wir uns dem Thema „Armut“ in Dinslaken nähern wollen, müssen wir dazu geeignete Kennzahlen bestimmen und auswerten. Neben der allgemeinen Bevölkerungsbeschreibung (Alter, Geschlecht, Nationalität) müssen wir daher (verfügbare!) Daten auswählen.

Als Datengrundlage liegen uns folgende kleinräumige Dateien vor:

- Einwohnermeldedatei (EWO)
- Daten der Bundesanstalt für Arbeit
- Elternbeitragsdatei
- Schulstatistik
- Auswertung ASD
- eigene Erhebungen

Leider liegen uns keine Finanzdaten vor, da das Finanzamt Dinslaken die Daten nicht kleinräumig erhebt. Verlässliche Zahlen zur finanziellen Situation von Familien erhalten wir nur durch die Elternbeitragsdatei. Natürlich gelingt uns demzufolge auch nur eine Aussage über einen Teil der Bevölkerung und schließt Menschen ohne Kinder oder Kinder außerhalb von beitragspflichtigen Einrichtungen aus.

Bei manchen Dateien müssen wir mit einer Unschärfe rechnen (z.B. bei der Anzahl der Alleinerziehenden), in diesem Fall ist dies noch einmal extra gekennzeichnet.

Als Kennzahlen für Armut bzw. Armutsrisiko setzen wir folgende Variablen fest:

- ALG II / ALG I Bezug,
- Jugendarbeitslosigkeit,
- Elternbeitrag,

Zu den ungünstigen Faktoren zählen wir:

- Alleinerziehende
- Bevölkerungsdichte,
- Ausländeranteil,
- ASD-Hilfen
- Hohe Anzahl von Schulübergängen auf Schulen mit niedrigerem Abschluss

### **Dinslakener Siedlungsbezirke / Sozialraumanalyse**

Die Stadt Dinslaken ist unterteilt in 70 statistische Bezirke, die in 10 Siedlungsbezirke zusammengefasst wurden.

Diese Siedlungsbezirke bilden eine statistisch gut abgrenzbare Größe, sie entsprechen aber auch dem, was als „Sozialraum“ definiert werden kann.

„[...] Sozialraum im Sinne von Lebenswelt ist mehr als ein sozialgeografisch abgrenzbarer Raum. Es ist jener Raum, wo Menschen ihre Deutungs- und Handlungsmuster entwickeln, wo sie agieren, wo subjektive Aneignungsmöglichkeiten bestehen.

Der Sozialraum als Begriff ist sehr umfassend und meint somit einmal grundsätzlich jeden Raum, in dem Menschen aufeinandertreffen. Hier ist Raum nicht nur als dreidimensionale Örtlichkeit gemeint, sondern auch als unsichtbares, metaphorisches, geistiges Gebilde, der z.B. durch Interaktion zwischen Menschen entstehen kann. Die Frage, wann ein Raum zum Sozialraum wird, kann wie folgt beantwortet werden: Der Raum wird also erst über die gesellschaftliche Tätigkeit des Menschen zum Sozialraum und wirkt dann als solcher sozial zurück [...]“<sup>8</sup>

„[...] Eine gültige Definition für Sozialraum gibt es nicht, wahrscheinlich kann es sie auch nicht geben.

*Wenn man versucht zu differenzieren, dann findet man:*

---

8 Böhnisch, Lothar: Pädagogische Soziologie. Eine Einführung. Weinheim/München 1996, S. 149

- 1\* *Sozialraum als Berechnungsraum für Leistungserbringungen. Oder vornehmer: Die Sozialraumorientierung wird als ein praxisorientiertes Gestaltungsprinzip - meistens der ambulanten Hilfen zur Erziehung - verstanden, welches die Leistungserbringung durch öffentliche oder freie Träger wesentlich in die Lebensfelder der Adressaten verlagern will. Also, Sozialraum als Bezugsgröße für raumbezogene Organisationsformen und Budgetierungen. Solchen Sozialräume haben in der Regel eine Größe von 30 000 - 70 000 Einwohnern und sind - auch deshalb - für Gemeinwesenarbeit untauglich.*
- 2\* *Sozialraum ist ein Ergebnis sozialer Organisation: Städtebau, Stadtplanung (z.B. Siedlungsstrukturen, Industriebrachen), Aktivitäten der Bürger bei der Gestaltung oder Erhaltung des Raumes (z.B. Zechensiedlungsinitiativen, frühe Baugenossenschaften, wilde Gärten etc.).*<sup>9</sup>

Sozialräume werden verstanden als „Terrain, in dem sich menschliche Sozialisation vollzieht“<sup>10</sup>. Als „gebietsbezogene Lebenswelten“ prägen sie die Norm- und Wertentwicklung, die Umgangs- und Verhaltensweisen und das Zusammenleben der Menschen, insbesondere der dort heranwachsenden Kinder und Jugendlichen. Die Analyse eines solchen – sozialen - Umfeldes kann Aufschluss über die Lebenslagen, Sozialisationsbedürfnisse, Handlungspotentiale und Defizitlagen der BewohnerInnen geben (vgl. Krauskopf, 1999, 436).

Mit Hilfe der Sozialraum-Daten kann der derzeitige Stand, aber auch die Entwicklung der einzelnen Sozialräume in Dinslaken analysiert und für die Arbeit im Sozialraum nutzbar gemacht werden. Immer häufiger wird die Forderung nach einer Sozialraumorientierung laut, auch im Hinblick auf das Thema Inklusion.

Doch was steckt eigentlich hinter dem Begriff **Sozialraumorientierung**?

---

9 Prof. Oelschlägel, Dieter :“Gemeinwesenarbeit– aktivierender Beitrag zur Gestaltung eines lebendigen Gemeinwesens“, Überarbeitetes Manuskript eines Referates beim DiCV der Erzdiözese Freiburg am 27.3.03 in Freiburg i.Br.

10 Krauskopf, S.: Sozialraumorientierung in der Jugendhilfe und ihrer Planung (Teil 1), In: Unsere Jugend 10/1999, S. 434-438.

## Exkurs: Sozialraumorientierung

Der Terminus Sozialraumorientierung, vor allem im Kontext der Sozialen Arbeit, wird zumeist noch unscharf und uneinheitlich verwendet. Eine eindeutige Begriffsverwendung hat sich bislang nicht durchgesetzt. Das mag an dem Wort selbst liegen, das stark den „Raum“ fokussiert. Es geht aber nicht allein um eine Orientierung am Raum. Im Zentrum stehen die Themen und Interessen der Menschen, ihr Alltag und ihre Lebensweltbezüge und damit einhergehend eben auch der Sozialraum. Und dennoch müssen wir, soll die Sozialberichterstattung nicht eine reine Auflistung von Daten werden, diejenigen Daten aufbereiten und vergleichen, die uns helfen, eine Herangehensweise an die Ungleichheiten (= Disparitäten) zu finden.

Helfen kann uns dabei das sozialräumliche Fachkonzept nach Hinte<sup>11</sup>. Dieses beinhaltet fünf Arbeitsprinzipien, welche als fachliche Orientierung gelten.

Das erste Prinzip umfasst die „**Orientierung an den Interessen und am Willen**“ (Hinte u.a. 2007: 45) der Individuen. „In der sozialräumlichen Arbeit gehen wir davon aus, dass der Wille der Menschen eine wesentliche Kraftquelle für Aktivitäten zur Gestaltung des eigenen Lebens bzw. des Wohnumfeldes darstellt“ (ebd.: 46). Der Begriff ‚Wille‘ in Abgrenzung zu ‚Bedürfnissen‘ oder auch ‚Wünschen‘ (Hinte 2007: 106ff; Jong u.a. 2003: 132) setzt einen starken eigenen Bezug des Individuums und ein damit verbundenes Einbringen des selbigen voraus.

Dieser Ansatz ist in der Sozialraumorientierung von besonderer Bedeutung. In Projekten wie der Sozialen Stadt (Lohberg, Blumenviertel) hat sich oftmals gezeigt, dass Projekte immer dann zu verstetigen sind, wenn sie von den BürgerInnen „gewollt“ sind. Hinte (2008) beschreibt dies mit: „Die hinter dem Willen stehende Energie darf nicht durch professionell entwickelte Fantasien über einen vermeintlich „richtigen“ Willen geschwächt werden. Die häufig vorfindbaren Vorstellungen darüber, was die Leute „wollen sollten“, verstellen leicht den Blick für die von den Menschen selbst definierten Interessen.“

---

11 Hinte, W. (2008): Sozialraumorientierung: ein Fachkonzept für Soziale Arbeit. Fulda. Vortrag auf einem Fachtag der Stadt Fulda am 28.05.2008, S.1-20

Dies konnten wir im Projekt Blumenviertel auch in Dinslaken beobachten. Die Sozialberichte wiesen eine hohe Anzahl an Alleinerziehenden aus, aber jeder Versuch, die „Probleme“ der Alleinerziehenden zu lösen, blieben ohne Resonanz. Erst eine aus der Bewohnerschaft initiierte Herangehensweise brachte den gewünschten Erfolg.

Das heißt im Konkreten, dass der professionell tätige Sozialarbeiter im Sozialraum die Problemlösungen nicht vorweg nehmen sollte und diese für die Adressaten aufgrund einer Bedürfnisäußerung oder auch externen Bedarfsanalyse entwickelt. Vielmehr wird der Wille als eine vorhandene und nutzbare Ressource vorausgesetzt, die erkundet und dadurch einsetzbar werden kann, um zudem dem Anspruch der Partizipation an der Gestaltung der Gesellschaft gerecht zu werden (vgl. Hinte u.a. 2007: 45ff).

Wichtig ist in diesem Kontext eine qualitative Erhebung, die wir im Sozialraum durchführen. Unter Beteiligung von relevanten Akteuren (Schulen, Wohlfahrtsverbände und Sozialeinrichtungen) wurde ein Fragebogen erstellt. Dieser ergänzt die sogenannten „harten Daten“ um qualitative Aussagen. In diesem Fragebogen wurden auch die Bedürfnisse und eigene Handlungsoptionen abgefragt.

Der Fragebogen kann und soll aktivierend wirken und führt somit zum 2. Prinzip nach Hinte: **Die „Unterstützung von Eigeninitiative und Selbsthilfe“** (ebd: 51). Dies meint die Unterstützung der Menschen, ihre eigenen Potenziale zu aktivieren und zu bestärken. Es geht also insbesondere darum herauszuarbeiten, was die Menschen im Sozialraum selbst tun können, um ihren eigenen Vorstellungen, ihrem Willen im konkreten Alltag ein Stück näher zu kommen. Diese Selbstinitiiierbarkeit ist behutsam und zugleich beharrlich im respektvollen Dialog herauszuarbeiten. Hier muss mit den relevanten Akteuren im Sozialraum ein Weg gefunden werden, Selbsthilfepotentiale zu entfalten. Die Betonung und Beharrlichkeit auf den Selbsthilfepotenzialen impliziert weder die Schwächung der sozialstaatlich verbrieften Leistungen noch die Lösung von Problemen, die weder durch den Adressaten beeinflussbar noch verantwortbar sind.

Durch das eigene aktive Mitwirken und das Engagement der Menschen für ihre selbstbestimmte Veränderungsrichtung wird ihr Selbstwertgefühl gestärkt, weitere Ressourcen können zugleich nutzbar werden (vgl. Hinte u.a. 2007: 51ff) und zudem

wird der Bürgerstatus achtsam gewahrt. „Alle, die sich als Objekt erfahren und dementsprechend von Instanzen und Helfern behandelt werden, können dem eigenen Leben aber nur noch schwerlich Impulse verleihen“ (Riet/ Wouters 2002: 83 zit.n.Hinte u.a. 2007: 59). Und das betrifft nicht nur die individuelle Ebene, sondern zugleich die sozialen Bezüge im Gemeinwesen. Damit einher geht ein Prinzip des „community organizing“, das davon ausgeht, dass es wesentlich ist, den Aufbau von ehrenamtlich geleiteter, auf Dauer angelegter Selbstorganisation zu unterstützen (vgl. Cromwell 2011), ganz im Sinne einer demokratiefördernden Zivilgesellschaft. Im „Projekt Blumenviertel“ wurde genau aus diesem Grund von Anfang an auf die Einbeziehung der Wohlfahrtsverbände und die ehrenamtlichen Potentiale vor Ort geachtet.

Damit eng einher geht das dritte Prinzip, die **„Konzentration auf die Ressourcen“** (Hinte u.a. 2007: 60). Dabei wird unterschieden zwischen den Ressourcen der Menschen selbst, ihren sozialen Bezügen und denen des Sozialraums. Nicht die Fachkraft, sondern der Mensch selbst bestimmt dabei, was eine Ressource sein kann und was nicht. Dies bezieht sich ebenso auf die Ressourcen des Sozialraums, die in ihrer Nutzbarkeit abhängig von der individuellen Betrachtungsweise sind. Somit können sich hinter offensichtlich vorhandenen Defiziten zahlreiche Ressourcen verstecken, die dem Professionellen nicht als solche erscheinen (vgl. Früchtel u.a. 2007: 57ff).

Das vierte Prinzip beinhaltet die **„Zielgruppen- und bereichsübergreifende Sichtweise“** (Hinte u.a.2007: 72). Die Sicht der Professionellen begrenzt sich nicht auf eine bestimmte Zielgruppe im Stadtteil. Die Konstruktion, und nichts anderes verbirgt sich in der Formulierung einer Zielgruppe, verführt dazu, bestimmte Etiketten zu verwenden, die in der sozialarbeiterischen Interaktion mit einem Individuum einerseits nicht passen und andererseits die Subjekt-Subjekt-Beziehung außer Kraft setzen.

Zugleich darf sich Soziale Arbeit in ihrem Agieren in einem Sozialraum nicht von anderen Handlungsbereichen losgelöst bewegen. „Die Politik von Wohnungsunternehmen, Stadtplanung, Schulpolitik, Wirtschaftsförderung oder lokale Beschäftigungspolitik“ (Hinte u.a. 2007: 74) sind mindestens ebenso wichtige Einflussfaktoren auf das Leben der Menschen in einem Stadtteil oder einer Gemeinde wie Tätigkeiten im sozialen Bereich.



Dies führt zum abschließenden fünften Prinzip, der „**Kooperation und Koordination**“ (ebd: 75). Die bereits dargestellten sozialräumlichen Prinzipien bedingen geradezu eine kooperierende, bereichsübergreifende Zusammenarbeit der verschiedensten Träger, Dienste, Einrichtungen etc. innerhalb eines Sozialraums. So kann der Spagat zwischen „Lebenswelt und Steuerung“ (Budde u.a. 2005: 238) durch eine angenäherte und im Ideal professionell abgestimmte Zusammenarbeit die Steuerungskonstruktionen verschiedener Fachbereiche, Verwaltungsämter, Zuständigkeitsbereiche, Handlungsfelder etc. näher mit den lebensweltlichen Realzusammenhängen der Bewohner eines Stadtteils zusammenbringen und eine notwendig „ganzheitliche Sichtweise“ (Hinte u.a. 2007: 75) befördern, um so „die Zersplitterung der kommunalen Planungen zu überwinden“ (BMFSFJ 1998: 232). Auch dieses Prinzip ist keine Neuerfindung des Fachkonzeptes der Sozialraumorientierung, sondern basiert auf fachlichen Prinzipien, die u.a. bereits im 8. Kinder- und Jugendbericht (BMJFFG 1990) beschrieben sind und sich entsprechend im Sozialgesetzbuch VIII wiederfinden.

Wichtig für das Gelingen ist nach Hinte dabei die Überwindung von Konkurrenz, da diese oft dazu führt, dass Leistungen „erfüllt werden müssen“, weil sie vorhanden sind, an Stelle von passgenauen, auf den Sozialraum orientierten Hilfen. Wichtig ist, dass vorhandene Leistungen überprüft und ggf. angepasst werden.

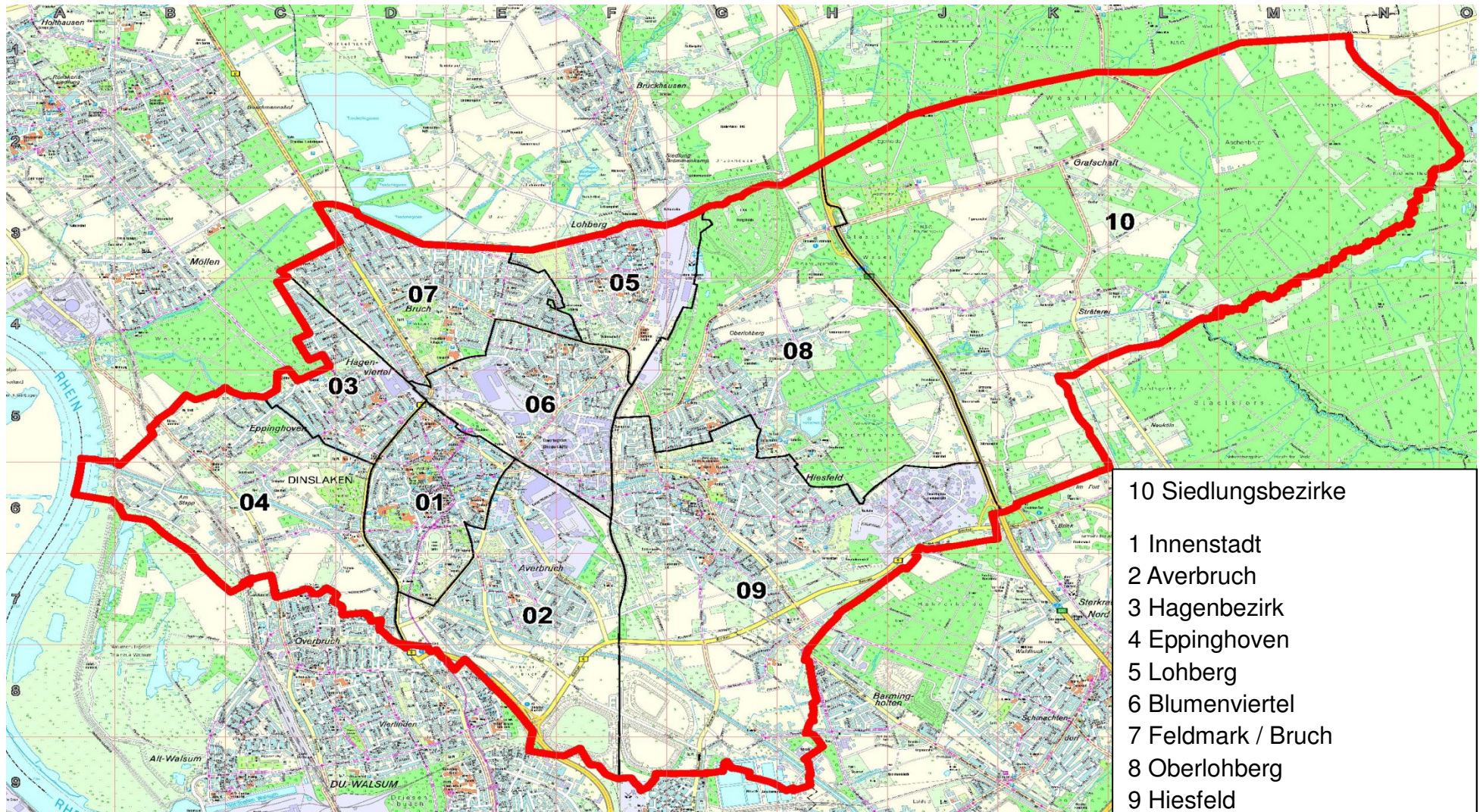
Die Umsetzung dieser sozialräumlichen Arbeitsprinzipien findet sich mittlerweile in verschiedenen Handlungsfeldern Sozialer Arbeit wieder, im Ursprung zumeist im Bereich der Gemeinwesenarbeit bzw. stadtteilbezogenen Sozialarbeit.

Der § 1 SGB VIII legt als leitendes Ziel fest: das Erhalten bzw. Erschaffen „positive[r] Lebensbedingungen für junge Menschen und ihre Familien“. Auch bei diesem Ziel ist es, ähnlich wie im einzelfallspezifischen Kontext, entscheidend, was die Menschen aus dem Sozialraum selbst als ‚positive Lebensbedingungen‘ definieren. ‚Was bewegt die im Stadtteil lebenden Menschen? Was sind ihre Themen und Interessen?‘ – das sind die leitenden Kategorien. So ist auch bei der Perspektive auf einen Sozialraum nicht die professionelle Sicht über die Sichtweise der Familien und Bürger des Stadtteils zu stellen, indem im Fachkreis geschlossen diskutiert wird, was für die Menschen gut sein könnte. Hilfreicher erscheint es, die Menschen direkt und unmittelbar zu beteiligen, und zwar bereits zu Beginn der diskursiven Phase über den Austausch der Wahrnehmungen und möglicher Interpretationen dazu.

Zentral ist hierbei, die Wohnbevölkerung gerade wegen ihrer Ausgrenzung aufgrund der Ungleichverteilung unterschiedlichster Kapitalien in eine stärkere Diskursposition innerhalb eines Gemeinwesens zu bringen, im Sinne einer „emanzipatorischen Stoßrichtung“ (Ziegler 2001: 22).

Hier war und ist das Programm „Soziale Stadt NRW“ ein wichtiges Instrument. Die Aufnahme der Stadtteile Lohberg, Blumenviertel sowie Bereiche von Feldmark/Bruch resultieren direkt aus der Datenerhebung der sozialraumorientierten Sozialberichterstattung. Der Bezugsraum des Programms ist sozialräumlich orientiert und durch die umfangreiche Bewohnerbeteiligung das, was gem. des oben dargestellten erfolgsversprechenden Arbeitsansatzes ein nachhaltiges Gelingen verspricht.

Die nachfolgende Karte zeigt die Einteilung der 10 Siedlungsbezirke.



- 10 Siedlungsbezirke**
- 1 Innenstadt
  - 2 Averbruch
  - 3 Hagenbezirk
  - 4 Eppinghoven
  - 5 Lohberg
  - 6 Blumenviertel
  - 7 Feldmark / Bruch
  - 8 Oberlohberg
  - 9 Hiesfeld
  - 10 Grafschaft

Abbildung 4: Die 10 Dinslakener Siedlungsbezirke

## Kennzahlen

### 2.1. Finanzielle Situation

#### 2.1.1. ALG I / ALG II

Auch wenn die Bezeichnungen ähnlich klingen, sind ALG I und ALG II im Grunde zwei völlig verschiedene Leistungen.

**ALG I** - genauer gesagt: das Arbeitslosengeld - ist eine Versicherungsleistung. Sie steht jedem Arbeitslosen zu, der über eine bestimmte Zeit in die gesetzliche Arbeitslosenversicherung eingezahlt hat und sich innerhalb der vorgeschriebenen Frist nach einem Jobverlust arbeitslos meldet. Alle Formalitäten laufen über die zuständige Agentur für Arbeit.

Die Höhe der gezahlten Leistung ist abhängig vom bisherigen Verdienst des Arbeitslosen und kann nicht gekürzt werden. Arbeitslose mit Kind erhalten 67 Prozent ihres letzten durchschnittlichen Nettogehalts, Arbeitslose ohne Kinder bekommen nur 60 Prozent.

**ALG II - oder das Arbeitslosengeld II** („Hartz IV“) - ist als Grundsicherung für Arbeitssuchende gedacht, die keine oder nur wenige Leistungen aus der gesetzlichen Arbeitslosenversicherung erhalten. Auch Arbeitnehmer mit einer geringen Bezahlung können ihr Gehalt durch ALG II aufstocken. Das ALG II ist in Deutschland die Grundsicherungsleistung für erwerbsfähige Leistungsberechtigte nach dem Zweiten Buch Sozialgesetzbuch (SGB II).

ALG II setzt sich aus der ehemaligen Arbeitslosenhilfe und der Sozialhilfe zusammen, die es seit 2005 faktisch nicht mehr gibt. Bekannt ist die Leistung auch unter dem Namen Hartz IV, weil sie mit dem vierten Gesetz nach dem so genannten Hartz-Konzept realisiert wurde. Als Hilfe zum Lebensunterhalt soll das ALG II den arbeitslosen Erwerbsfähigen helfen, baldmöglichst wieder eine Arbeit zu finden.

Die Höhe der gezahlten Leistung richtet sich nach dem Gesamteinkommen einer Bedarfsgemeinschaft, wenn der Antragsteller mit seiner Familie zusammenlebt. Hierbei gibt es feste Regelsätze für den Antragsteller, seinen Partner und für die Kinder in verschiedenen Altersgruppen. Dazu kann noch ein sogenannter

Mehrbedarf kommen, etwa, wenn die Antragstellerin alleinerziehend oder schwanger ist oder ein behindertes Kind zu versorgen hat. Hinzu kommen die Kosten für Unterkunft und Heizung, die ebenfalls übernommen werden - solange sie "angemessen" sind. Ansprechpartner in Sachen ALG II sind die so genannten ARGE n (die Jobcenter) oder kommunalen Träger.

Wichtig ist der Hinweis: Das Kindergeld wird als Einkommen angerechnet und die ALG II Leistung entsprechend gekürzt.

Im Gegensatz zum Arbeitslosengeld kann eine Leistung nach Hartz IV auch gekürzt werden, etwa wenn der Antragsteller Meldefristen nicht einhält oder nicht genügend Eigenbemühungen zeigt.

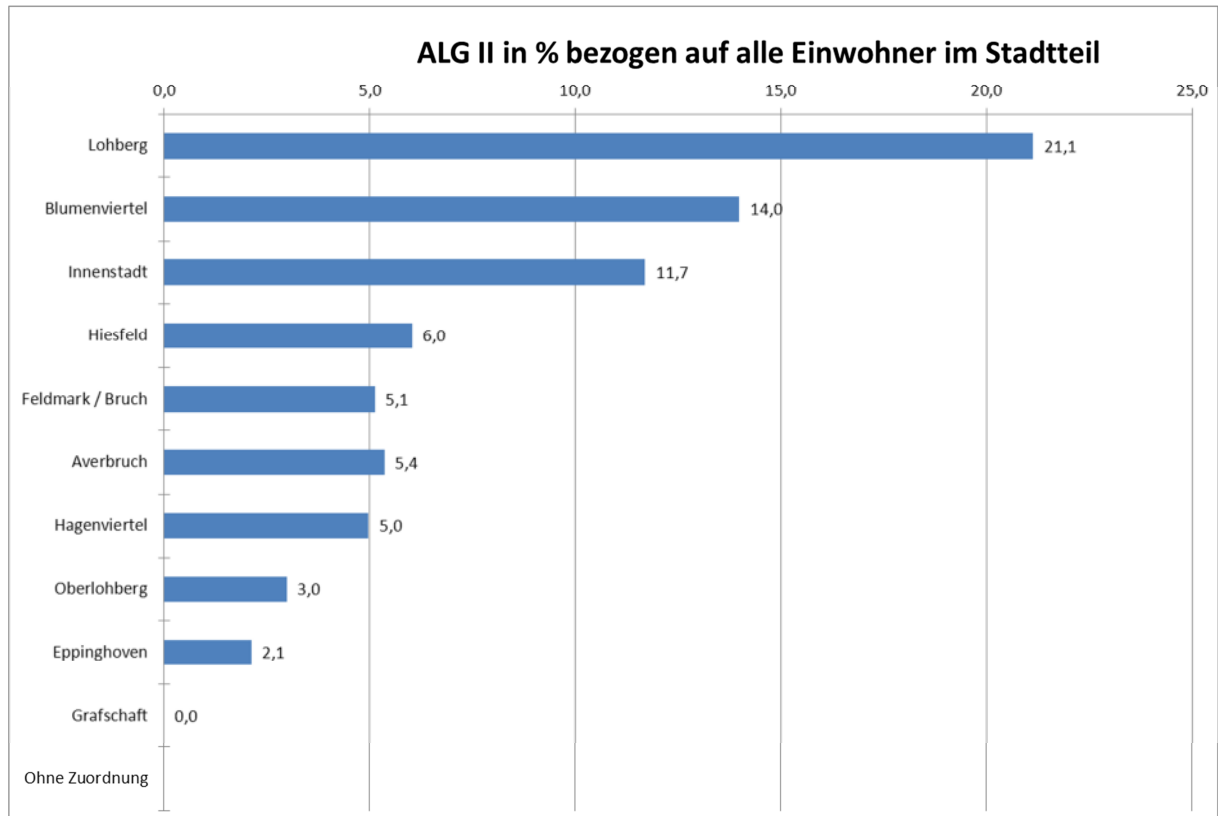
Um Arbeitslosengeld II beziehen zu können, ist – trotz der in dieser Hinsicht irreführenden Bezeichnung – weder Arbeitslosigkeit noch ein vorheriger Bezug von Arbeitslosengeld I (ALG I) notwendige Voraussetzung; es kann auch ergänzend zu anderem Einkommen oder auch ALG I bezogen werden, wenn dieses Einkommen und eventuell vorhandenes Vermögen nicht zur Deckung des Bedarfs ausreicht.

Sozialstruktur	ALG II (Hartz IV)			ALG (Arbeitslosengeld)		
	Anzahl ALG II-Empfänger gesamt	Einwohner gesamt	Sozialhilfeempfänger gesamt in %	Anzahl Arbeitslose gesamt	Sozialversicherungspflichtige Beschäftigt	Verhältnis ALO / SozPfl.
Innenstadt	932	7967	11,7	81	2403	3,3
Averbruch	316	5894	5,4	51	2015	2,5
Hagenviertel	232	4666	5,0	56	1448	3,7
Eppinghoven	83	3921	2,1	32	1594	2,0
Lohberg	1208	5716	21,1	68	1544	4,2
Blumenviertel	971	6942	14,0	62	2309	2,6
Feldmark / Bruch	630	12265	5,1	147	4560	3,1
Oberlohberg	137	4594	3,0	44	1797	2,4
Hiesfeld	946	15691	6,0	151	5391	2,7
Grafschaft		557	0,0			
Ohne Zuordnung	33			5	371	1,3
<b>Gesamt</b>	<b>5488</b>	<b>68213</b>	<b>8,0</b>	<b>697</b>	<b>23432</b>	<b>2,9</b>

Tabelle 1: Übersicht ALG II und ALG I nach Siedlungsbezirken

In Dinslaken beziehen zum 01.01.2013 insgesamt 5488 Menschen das ALG II. Dabei können wir die größte Anzahl in Lohberg feststellen, die niedrigste (abgesehen von der Grafschaft) in Eppinghoven. Da aber die Siedlungsbezirke unterschiedlich groß sind, hat dies noch keine Aussagekraft. Dies erhalten wir erst, wenn wir den ALG II-

Bezug in Relation zu den Einwohnern sehen. Hier zeigt sich, dass sich in Lohberg jede 5. Person im Bezug von Transferleistungen befindet. Danach folgen das Blumenviertel und die Innenstadt.

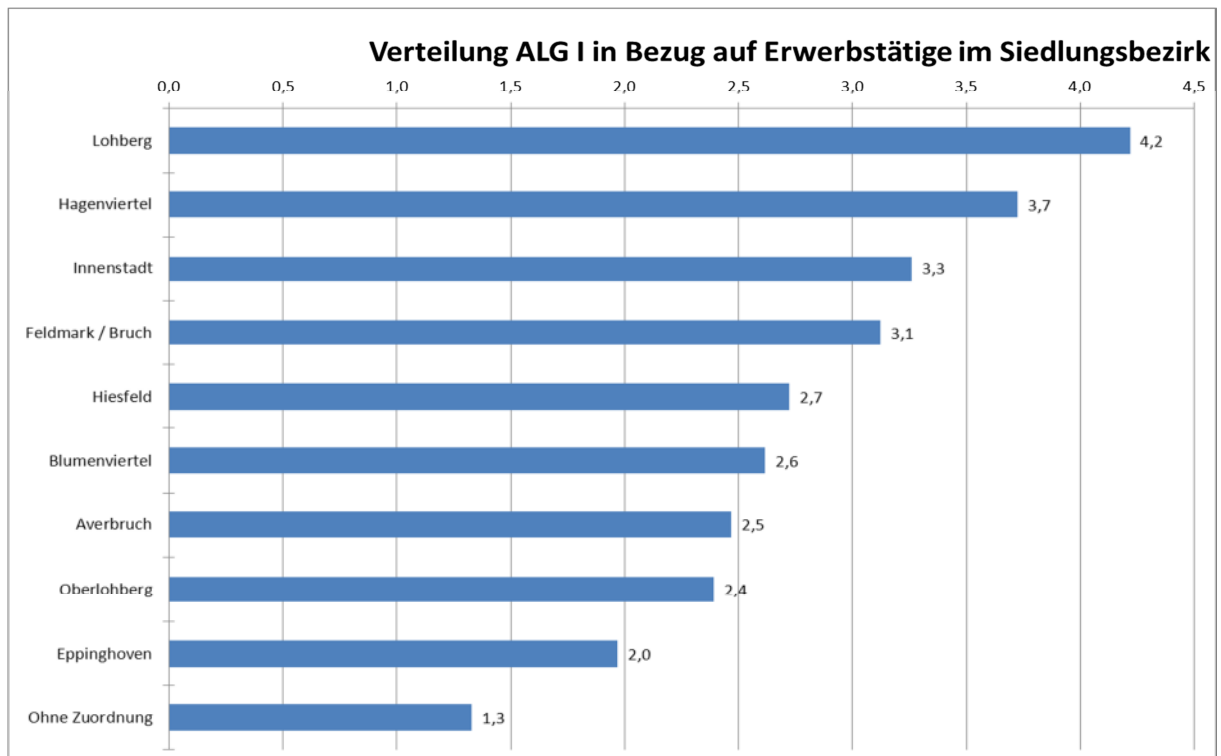


**Abbildung 5: ALG II Empfänger nach Siedlungsbezirken in %**

In der nachfolgenden Abbildung ist die prozentuale Verteilung des Arbeitslosengeldes I bezogen auf die Erwerbsfähigen im Siedlungsbezirk dargestellt.

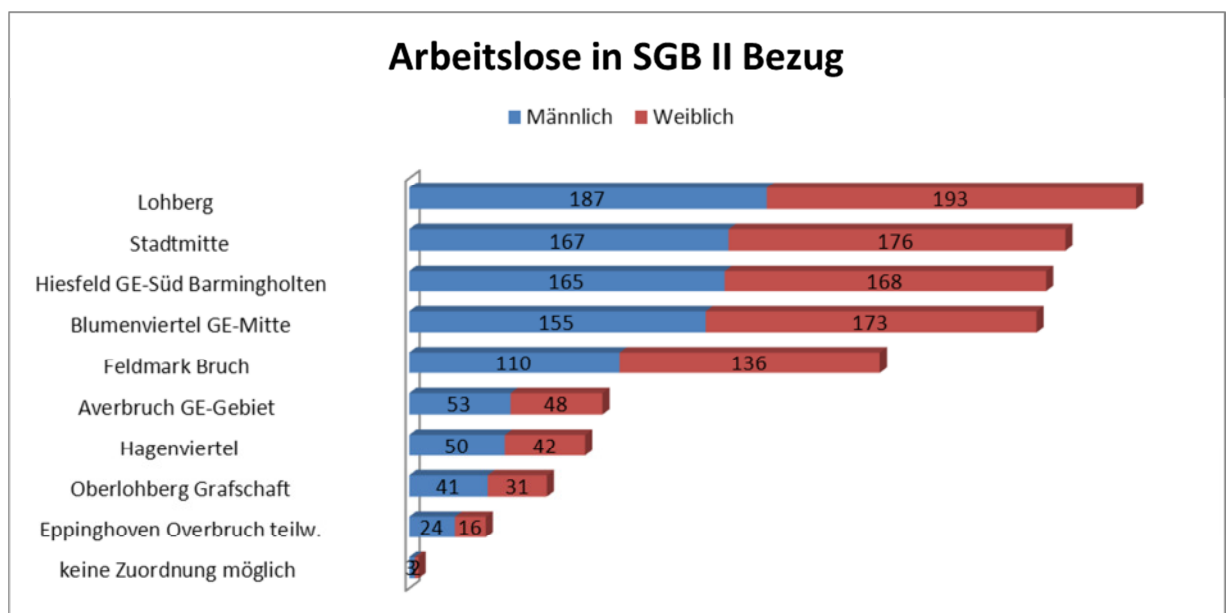
Auch hier liegt Lohberg mit 4,2% an der Spitze. Allerdings ist die Verteilung der Arbeitslosigkeit im Stadtgebiet weiter aufgefächert.

Die nachfolgende Abbildung zeigt die Verteilung des ALG I. Das Arbeitslosengeld I ist allerdings kein Indikator für Armut. Wie bereits in der Definition aufgezeigt, handelt es sich um eine Übergangsleistung. Es wird zum Beispiel auch im Übergang zwischen zwei Anstellungen gezahlt. Entsprechend ist die Anzahl der ALG I-Beziehenden auch relativ heterogen verteilt.

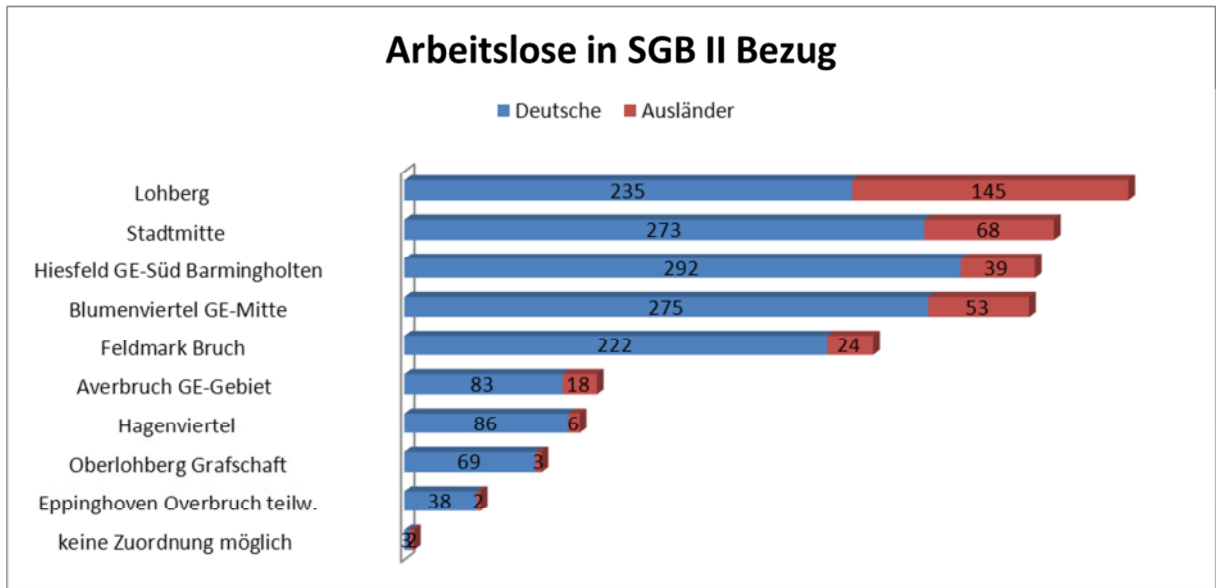


**Abbildung 6: Verteilung ALG I**

Erst wenn wir Arbeitslose im SGB II Bezug betrachten erhalten wir einen Hinweis auf „Armut“, denn diese Personen sind auf die Transferleistungen zum Bestreiten ihres Lebensunterhalts angewiesen.

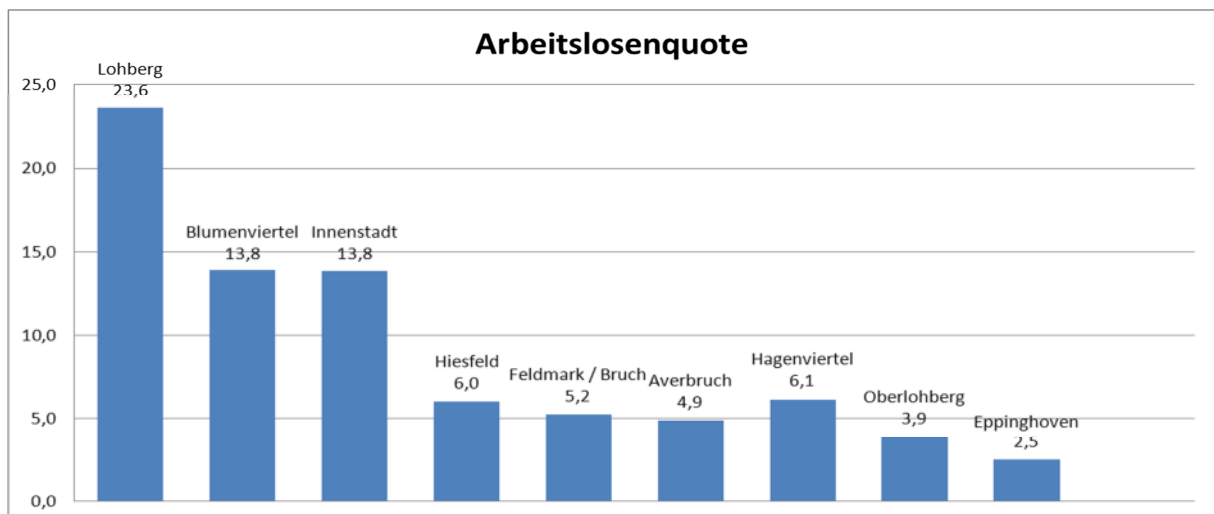


**Abbildung 7: Arbeitslose in SGB II Bezug nach Geschlecht**



**Abbildung 8: Arbeitslose in SGB II Bezug nach Nationalität**

Lohberg zeigt, was auf Grund der Bevölkerungsstruktur nicht verwunderlich ist, den höchsten Anteil an ausländischen Arbeitslosen. Die Stadtmitte zeigt die zweithöchsten Ergebnisse, gefolgt von Hiesfeld. In Relation zur Bevölkerung allerdings zeigt sich, dass Lohberg mit weitem Abstand vor dem Blumenviertel und der Innenstadt den höchsten Anteil aufweist. Aber auch in den beiden Siedlungsbezirken Blumenviertel und der Innenstadt ist die Dichte mehr als doppelt so hoch als in den den übrigen Siedlungsbezirken.



**Abbildung 9: Arbeitslosenquote nach Siedlungsbezirken**



Hier zeigt sich, dass die Siedlungsbezirke Lohberg, Blumenviertel und die Innenstadt am stärksten von Arbeitslosigkeit und damit von Armut betroffen sind.

ALO-SGB2-Ins	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012
Stadtmitte	350	355	323	317	324	359	343
Averbruch GE-Gebiet	127	127	120	100	101	109	101
Hagenviertel	113	110	89	90	101	89	92
Eppinghoven Overbruch teilw.	50	50	41	35	42	29	40
Lohberg	446	415	382	370	421	379	380
Blumenviertel GE-Mitte	417	409	358	402	389	316	328
Feldmark Bruch	281	273	235	243	238	261	246
Oberlohberg Grafenschaft	64	52	62	59	49	59	72
Hiesfeld GE-Süd Barmingholten	411	367	317	324	331	335	333
<b>Dinslaken, Stadt</b>	<b>2259</b>	<b>2158</b>	<b>1927</b>	<b>1940</b>	<b>1996</b>	<b>1936</b>	<b>1935</b>

**Tabelle 2: Arbeitslose in ALG II Bezug in Siedlungsbezirken nach Jahren**

Die obige Tabelle zeigt die Veränderung der Arbeitslosen in ALG II Bezug und ihre Entwicklung in den letzten 6 Jahren. Positiv zu vermerken ist die Entwicklung von von 2006 bis 2012: Hier konnte die Anzahl von 2.259 auf 1.935 Personen gesenkt werden. Die nachfolgende Tabelle zeigt die Veränderung der einzelnen Siedlungsbezirke:

ALO-SGB2-Ins	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	Saldo
Blumenviertel GE-Mitte	0	-8	-51	44	-13	-73	12	-89
Hiesfeld GE-Süd Barmingholten	0	-44	-50	7	7	4	-2	-78
Lohberg	0	-31	-33	-12	51	-42	1	-66
Feldmark Bruch	0	-8	-38	8	-5	23	-15	-35
Averbruch GE-Gebiet	0	0	-7	-20	1	8	-8	-26
Hagenviertel	0	-3	-21	1	11	-12	3	-21
Eppinghoven Overbruch teilw.	0	0	-9	-6	7	-13	11	-10
Stadtmitte	0	5	-32	-6	7	35	-16	-7
Oberlohberg Grafenschaft	0	-12	10	-3	-10	10	13	8
<b>Dinslaken, Stadt</b>	<b>0</b>	<b>-101</b>	<b>-231</b>	<b>13</b>	<b>56</b>	<b>-60</b>	<b>-1</b>	<b>-324</b>

**Tabelle 3: Veränderung Arbeitslose in ALG II nach Siedlungsbezirken und Jahren**

Lohberg, Hiesfeld und vor allem das Blumenviertel können hier den besten Saldo vorzeigen, hier sind aber auch die meisten Personen im Bezug von ALG II.

Sowohl in Lohberg als auch in der Innenstadt besteht besonders für Jugendliche eine hohe Armutsgefahr. Auch hier müssen die Zahlen in Relation zur Gesamtbevölkerungszahl gesehen werden.

Der Anteil der arbeitslosen Jugendlichen im Alter von 20 bis unter 25 beträgt in Lohberg 12,6%, in der Innenstadt sind es 9,4%.

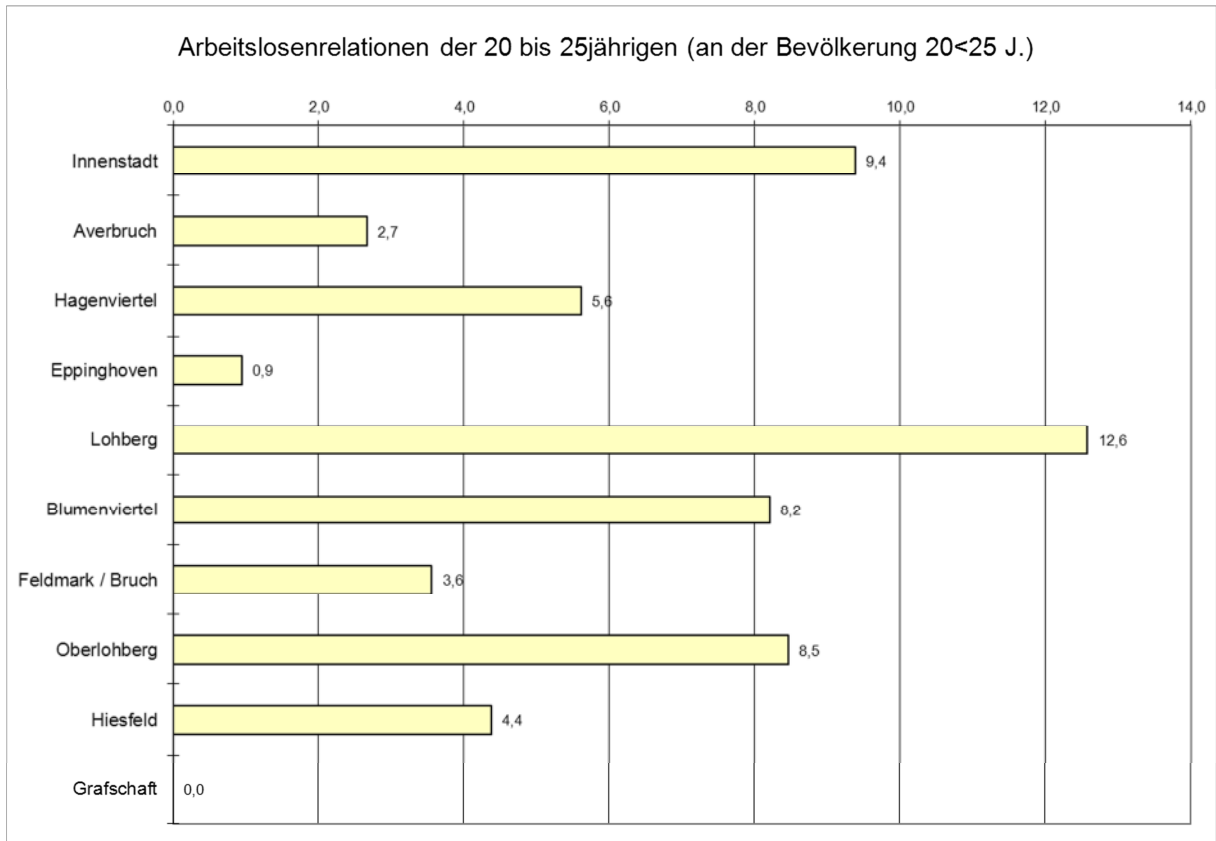


Abbildung 10: Anteil Jugendarbeitslosigkeit an Bevölkerung im Siedlungsbezirk

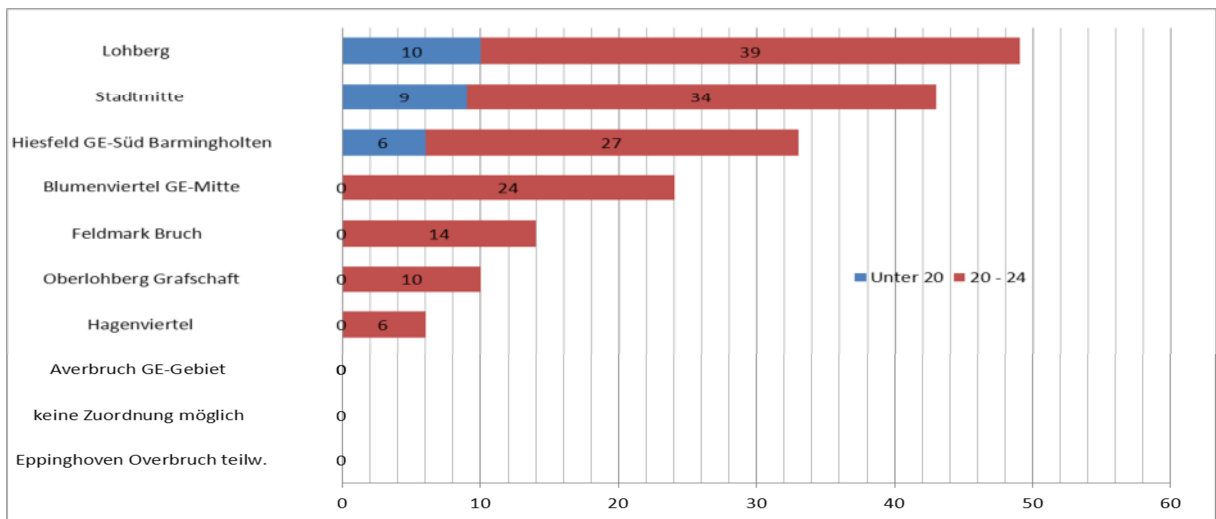


Abbildung 11: Jugendarbeitslosigkeit (in absoluten Zahlen)

Auffällig ist, dass die Zahlen in den letzten 6 Jahren relativ stabil waren:

ALO-SGB2-unter25	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012
Stadtmitte	26	21	37	28	31	40	43
Averbruch GE-Gebiet	10	8	6	7	7	12	5
Hagenviertel	11	9	9	2	11	9	7
Eppinghoven Overbruch teilw.	5	2	4	1	6	2	1
Lohberg	30	33	49	30	47	45	49
Blumenviertel GE-Mitte	31	31	32	33	42	32	28
Feldmark Bruch	14	19	28	16	20	20	15
Oberlohberg Grafenschaft	2	4	7	6	1	8	11
Hiesfeld GE-Süd Barmingholten	25	24	29	14	22	21	33
<b>Dinslaken, Stadt</b>	<b>154</b>	<b>151</b>	<b>201</b>	<b>137</b>	<b>187</b>	<b>189</b>	<b>192</b>

**Tabelle 4: Jugendarbeitslosigkeit 2006 – 2012 nach Siedlungsbezirken**

Im Jahr 2008 war der Höhepunkt der Jugendarbeitslosigkeit mit insgesamt 201 betroffenen Jugendlichen unter 25 Jahren.

In 2012 haben die beiden Siedlungsbezirke Lohberg und das Blumenviertel die höchsten Zahlen, gefolgt von der Innenstadt. Der größte Dinslakener Stadtteil Hiesfeld ist mit 33 Jugendlichen hier „nur“ an 4. Stelle.

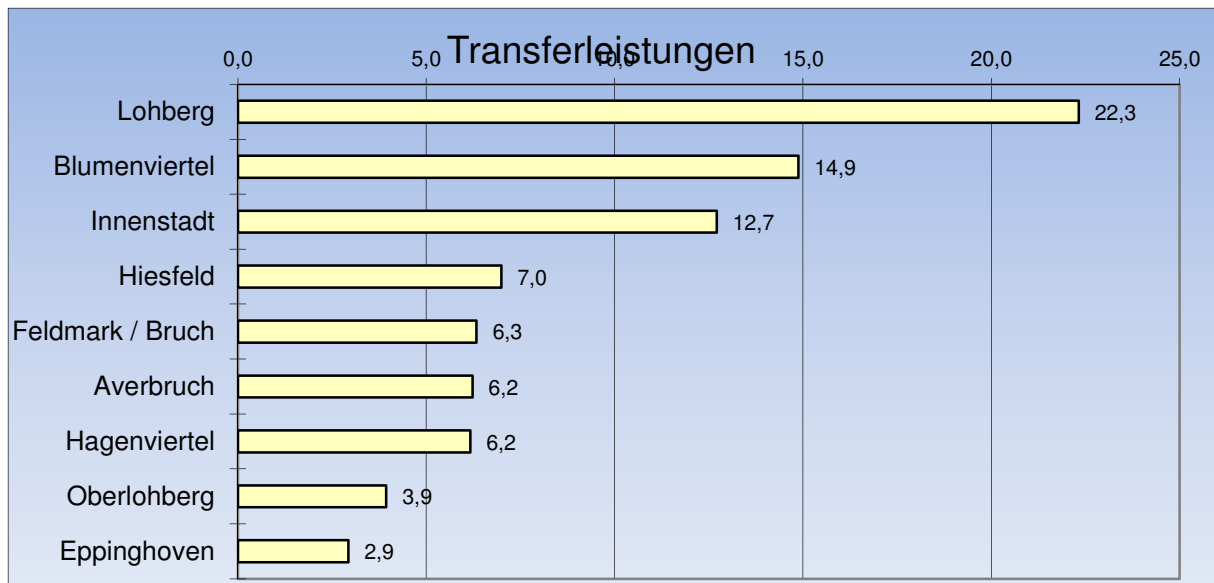
Betrachten wir die Veränderung in den Jahren, so können wir einen Handlungsbedarf erkennen:

ALO-SGB2-unter 25	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	Saldo
Averbruch GE-Gebiet	0	-5	16	-9	3	9	3	-5
Hagenviertel	0	-2	-2	1	0	5	-7	-4
Eppinghoven Overbruch teilw.	0	-2	0	-7	9	-2	-2	-4
Blumenviertel GE-Mitte	0	-3	2	-3	5	-4	-1	-3
Feldmark Bruch	0	3	16	-19	17	-2	4	1
Hiesfeld GE-Süd Barmingholten	0	0	1	1	9	-10	-4	8
Oberlohberg Grafenschaft	0	5	9	-12	4	0	-5	9
Stadtmitte	0	2	3	-1	-5	7	3	17
Lohberg	0	-1	5	-15	8	-1	12	19
<b>Dinslaken, Stadt</b>	<b>0</b>	<b>-3</b>	<b>50</b>	<b>-64</b>	<b>50</b>	<b>2</b>	<b>3</b>	<b>38</b>

**Tabelle 5: Veränderungen in der Jugendarbeitslosigkeit 2006 - 2012**

Sowohl in der Innenstadt (+17) als auch in Lohberg (+19) ist eine deutliche Steigerung vorhanden. Im Blumenviertel ist seit 2010 eine leichte Verbesserung (-3) eingetreten.

Fassen wir die beiden Faktoren ALG I und ALG II zusammen und setzen sie in Relation zu den Einwohnerzahlen ergibt sich der **Indikator 1: Bezug von Transferleistungen**



**Abbildung 12: Transferleistungen ALG I und ALG II**

Hier finden wir Lohberg mit 22,3% an der Spitze, gefolgt von Blumenviertel, Innenstadt und mit großem Abstand dann Hiesfeld.

### 2.1.2. Auswertung der Elternbeitragsdatei Kindergarten

Einen sehr konkreten Einblick in die finanzielle Lage der Familien gewährt - zumindest für diejenigen, die ihr Kind in einer Kita haben – die Elternbeitragsdatei.

Hier wird das Jahres-Gesamt-Brutto-Familieneinkommen zu Grunde gelegt. Um dies aufzuschlüsseln, sei an dieser Stelle die genaue Definition zitiert:

#### **Einkommen:**

Einkommen im Sinne des Gesetzes über Tageseinrichtungen für Kinder ist die Summe der positiven Einkünfte der Eltern, zuzüglich 10 % bei Beamten, Richtern oder Mandatsträgern, abzüglich der Kinderfreibeträge gemäß §32 Abs. 6 Einkommenssteuergesetz ab dem 3. Kind (§2 Abs. 7 Elternbeitragsatzung).

Zu den positiven Einkünften zählen:

- Einkünfte aus nichtselbständiger Arbeit: Jahresbruttogehalt, wie z. B. auf der Lohnsteuerkarte vermerkt, abzüglich der tatsächlichen Werbungskosten bzw. der Werbungskostenpauschale.
- Einkünfte aus geringfügiger Beschäftigung
- Einkünfte aus selbständiger Arbeit, Gewerbebetrieb, Land- und Forstwirtschaft
- Einkünfte aus Kapitalvermögen, Vermietung und Verpachtung
- sonstige Einnahmen unabhängig davon, ob sie steuerpflichtig oder steuerfrei sind, wie z. B. Unterhaltsleistungen an die Eltern und das Kindergartenkind, zur Deckung des Lebensunterhalts bestimmte öffentliche Leistungen an die Eltern und das Kind, - Renten und Versorgungsbezüge Leistungen nach dem SGB III und SGB II sowie nach dem Arbeitsförderungsgesetz, Sonstige Leistungen nach Sozialgesetzen wie z. B. Krankengeld, Leistungen nach dem SGB XII, Wohngeld.

Grundsätzlich ist das Einkommen des vorangegangenen Kalenderjahres maßgebend, zuzüglich aller Sonderzuwendungen wie z. B. Weihnachts- u. Urlaubsgeld.

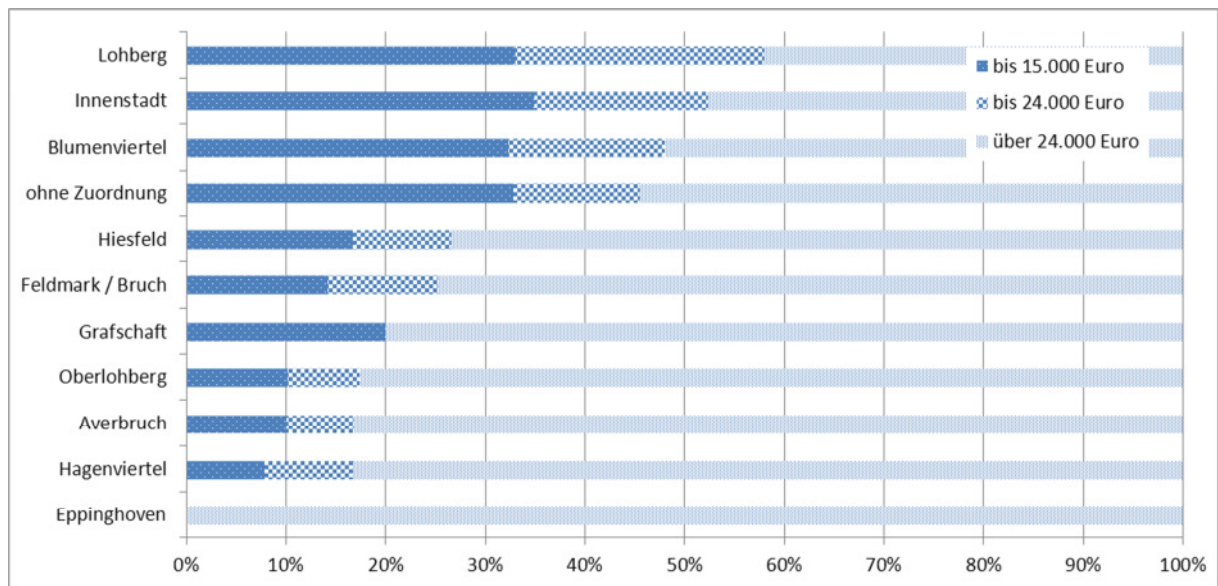
Ein Ausgleich mit Verlusten aus anderen Einkunftsarten und mit Verlusten des zusammenveranlagten Ehegatten ist nicht zulässig (z. B. negative Einkünfte aus Vermietung u. Verpachtung oder Gewerbebetrieb).

Hier fallen wieder die Stadtteile Lohberg, Blumenviertel und die Innenstadt auf.

	bis 15.000 Euro	bis 24.000 Euro	über 24.000 Euro	bis 36.000 Euro	bis 48.000 Euro	bis 60.000 Euro	bis 72.000 Euro	über 72.000 Euro	Summe
Eppinghoven	0	0	8	0	0	1	2	5	8
Hagenviertel	9	10	95	20	17	17	10	31	114
Averbruch	12	8	99	8	14	27	9	41	119
Oberlohberg	7	5	57	11	12	13	10	11	69
Grafschaft	1	0	4	0	2	0	1	1	5
Feldmark / Bruch	27	21	142	38	34	31	13	26	190
Hiesfeld	39	23	171	35	41	32	15	48	233
ohne Zuordnung	77	30	128	27	23	27	22	29	235
Blumenviertel	41	20	66	17	17	16	7	9	127
Innenstadt	22	11	30	6	10	3	2	9	63
Lohberg	33	25	42	22	6	3	7	4	100
Gesamt	268	153	842	184	176	170	98	214	1263

**Tabelle 6: Elternbeiträge (Stichtag 01.08.2012)**

Betrachten wir die Einkommensstufen 1 + 2 (also insgesamt bis 24.000 Euro Einkommen im Monat), so ist die Spanne innerhalb Dinslakens besonders deutlich abzulesen:



**Abbildung 13: Elternbeiträge Kindergarten**

In Lohberg, der Innenstadt und dem Blumenviertel ist demzufolge jedes 3. Kind von Armut betroffen. Nehmen wir die ersten beiden Einkommenskategorien, so sind es in Lohberg und der Innenstadt über 50%, und damit jedes 2. Kind. Im Blumenviertel sind es rund 48%.

Wenn wir die untersten 3 Kategorien (also insgesamt bis 36.000 Euro Brutto-Familieneinkommen) betrachten, wird die Ungleichverteilung noch deutlicher.:

Siedlungsbezirk	I - III	In %	Abweichung vom Stadtdurchschnitt
Eppinghoven	0	0	-48
Hagenviertel	39	34	-14
Averbruch	28	24	-24
Oberlohberg	23	33	-15
Grafschaft	1	20	-28
Feldmark / Bruch	86	45	-3
Hiesfeld	97	42	-6
ohne Zuordnung	134	57	9
Blumenviertel	78	61	14
Innenstadt	39	62	14
Lohberg	80	80	32
Gesamt	605	48	

**Tabelle 7: Einkommensgruppen I - III**

Demnach sind in Lohberg 80% der Bevölkerung in der Einkommensgruppe I bis III. Lohberg weicht damit um 32 Prozentpunkte vom städtischen Durchschnittswert ab.

In der Innenstadt und im Blumenviertel sind 60% der Bevölkerung mit Kindern in den untersten 3 Einkommensgruppen, eine Abweichung vom Stadtdurchschnitt ist hier bei 14 Prozentpunkten.

### **Fazit Arbeitslosigkeit / Transferleistungen**

In den Stadtteilen Lohberg, Blumenviertel und der Innenstadt leben sowohl in Prozenten als auch in absoluten Zahlen die meisten Empfänger/innen von Transferleistungen. Den Hinweis auf Armut bestätigt auch der Blick in die Elternbeitragsdatei.

Gerade bei der Jugendarbeitslosigkeit besteht Handlungsbedarf, da sowohl in Lohberg als auch in der Stadtmitte im letzten Jahr und in den letzten 6 Jahren insgesamt eine negative Entwicklung erfolgte .

Mögliche individuelle Folgen der Arbeitslosigkeit, insbesondere der Langzeitarbeitslosigkeit, sind u.a. psychologische und gesundheitliche Probleme, Entqualifizierung (Entwertung der bisher erlangten Qualifizierung), gesellschaftlich-kulturelle und soziale Isolation (Stigmatisierung), familiäre Spannungen und Konflikte, Schuldgefühle, Aggressivität und - trotz Grundsicherung - relative Verarmung.

Zwischen den meisten genannten Folgen besteht dabei ein sehr enger Zusammenhang.

Daneben ist Arbeitslosigkeit auch ein Problem für die gesamte Gesellschaft. Gesamtgesellschaftliche Folgen der Arbeitslosigkeit sind u.a. Verlust von Steuern und Sozialabgaben, hohe Kosten für Arbeitslosengeld I und II, Verlust der Kaufkraft des Einzelnen und damit Reduzierung der Binnennachfrage, Anstieg der Kriminalität, politische Instabilität sowie weitere Kosten zur Behebung bzw. Linderung der individuellen Folgen.

Gerade unter der Prämisse des Demographischen Wandels kann eine Gesellschaft auf keinen Jugendlichen verzichten!



## 2.2. Wohnsituation

### Bevölkerungsdichte

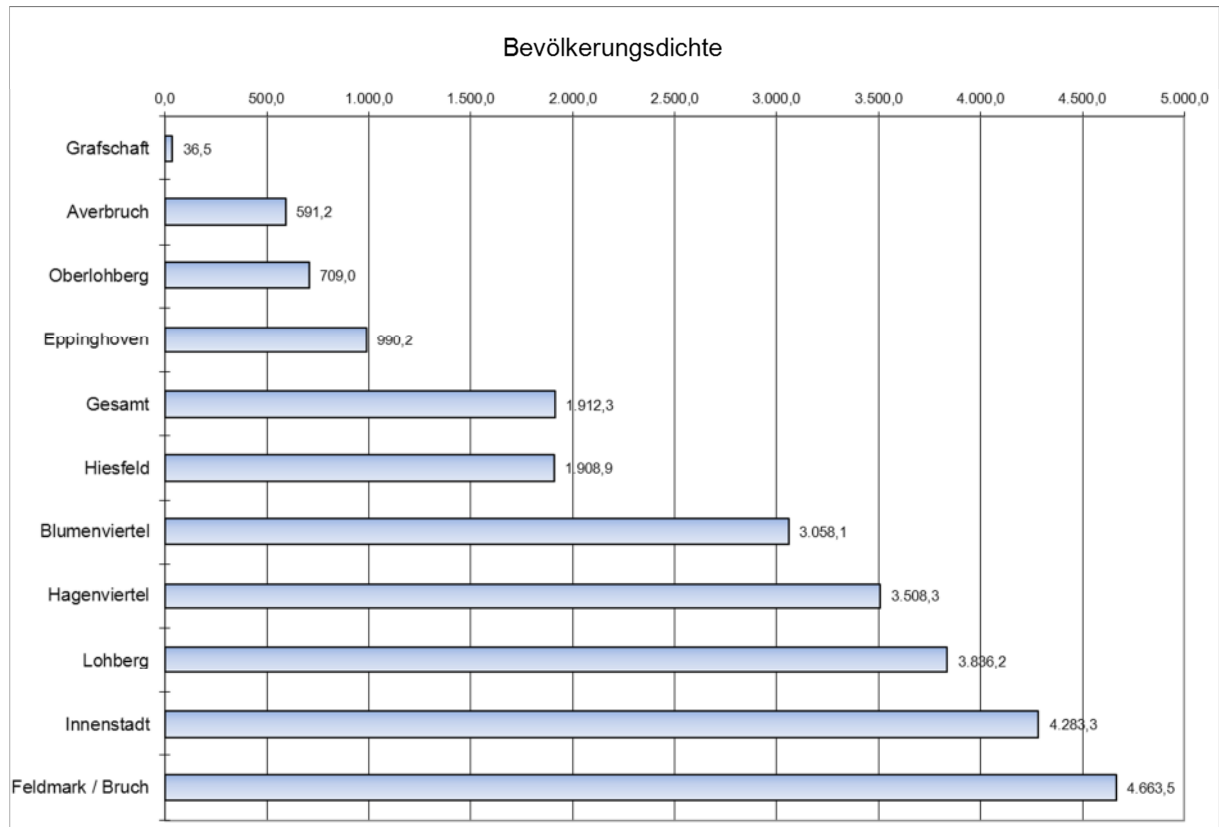


Abbildung 14: Bevölkerungsdichte nach Siedlungsbezirken (Stichtag 31.12.2012)

Die obige Abbildung 14 zeigt die Bevölkerungsdichte (Einwohner geteilt durch Fläche), sortiert nach Siedlungsbezirken.

Allein für sich hat diese Kennzahl allerdings keine Aussagekraft. Die Annahme liegt nahe, dass es bei einer sehr hohen Dichte eher zu sozialen Problemen kommen kann. Dies ist aber nicht zwangsläufig so. Für die sozialen Disparitäten taugt die Einwohnerdichte nicht als Kennzahl, sondern eher als Gradmaß für die Wohnqualität. Um die Bevölkerungsdichte für Dinslaken und die einzelnen Stadtteile bewerten zu können, gibt die nachfolgende Tabelle eine Übersicht über die Bevölkerungsdichte der Nachbarstädte im Kreis Wesel:

Gemeinden		Fortschreibung des Bevölkerungsstandes	Flächenerhebung nach Art der tatsächlichen Nutzung	Bevölkerungsdichte
		Bevölkerungsstand	Bodenfläche (Katasterfläche) in qkm	
		Anzahl	qkm	EW je qkm
0517000 8	Dinslaken, Stadt	69227	47,68	1451,9
0517001 2	Hamminkeln, Stadt	27639	164,37	168,2
0517001 6	Hünxe	13566	106,81	127
0517002 0	Kamp-Lintfort, Stadt	38197	63,15	604,9
0517002 4	Moers, Stadt	105102	67,69	1552,7
0517002 8	Neukirchen-Vluyn, Stadt	27689	43,48	636,8
0517003 2	Rheinberg, Stadt	31499	75,16	419,1
0517003 6	Schermbeck	13681	110,73	123,6
0517004 0	Sonsbeck	8647	55,41	156,1
0517004 4	Voerde (Niederrhein), Stadt	37146	53,49	694,5
0517004 8	Wesel, Stadt	60625	122,53	494,8
0517005 2	Xanten, Stadt	21506	72,4	297

**Tabelle 8: Bevölkerungsdichte im Kreis Wesel (31.12.2012)**

Dinslaken liegt mit seinen 1451,9 Einwohnern zusammen mit Moers (1.552) an der Spitze der Städte im Kreis Wesel. Die höchste Dichte mit 4663 Einwohnern hat der Siedlungsbezirk Feldmark / Bruch, der damit schon im Bereich einer mittleren Großstadt anzusiedeln ist.

Leider wird derzeit bei der Stadt Dinslaken keine Wohngebäudestatistik erhoben, so dass hier nicht das Verhältnis von Eigentum zu Mietwohnungen dargestellt werden kann.

### **Obdachlosigkeit<sup>12</sup>**

Die Zahl der angekündigten Räumungen (durch die Gerichtsvollzieher bekannt gegebenen Räumungstermine) ist in 2010 stark zurückgegangen. Allerdings war in 2009 zu beobachten, dass gerade die großen Wohnungsbaugesellschaften verstärkt geräumt hatten, was vermutlich eine der Ursachen für die deutlich geringere Anzahl in 2010 war.

Im Jahr 2010 wurden 33 Räumungsfälle bekannt, 2011 waren es 50 Fälle. Das sagt nichts über die Anzahl der tatsächlich durchgeführten Räumungen aus. In einigen Fällen gab es mehrere Termine zur Räumung, weil die Mieter einen Aufschub der Räumung erreicht hatten. Mal, weil sie diesen vor Gericht erstritten haben, in der Regel aber, weil sie mit Hilfe von Beratungsstellen/ Betreuer / etc. begonnen haben, die Mietschulden abzubauen und die Vermieter einen neuen, späteren Termin anberaumten, um Zeit für die geplanten Maßnahmen seitens des Büros zu lassen.

Insgesamt gab es weniger Neufälle in den beiden zurückliegenden Jahren. Wobei deutlich zu bemerken ist, dass es sich dabei immer häufiger um Personen handelt, die eine mehr oder weniger lange Karriere von Umzügen, Wohnungsverweisen, Wohnungskündigungen, Räumungen etc. hinter sich haben.

Der typische „Kunde“ ist männlich, zwischen 19 und 35 Jahren alt, hat keine Ausbildung, ist ALG II – Empfänger, hat diverse Einträge in der Schufa, ihm ist schon mehrfach gekündigt worden, er hat eine längere Liste von Adressen im Melderegister, hat oft über längere Zeiträume hinweg bei einem „Kumpel“, bei der Mutter, bei anderen Verwandten gewohnt, kennt zum großen Teil die Hilfsangebote und Beratungsstellen in der Stadt.

Für diese Personen wird es immer schwieriger, hier Wohnraum zu finden. Die großen Wohnungsverwaltungen nehmen niemanden mit Schufa - Einträgen, die kleineren

---

<sup>12</sup> Quelle: Bericht Gabi Borgmann, FD 7.3.

Privatvermieter haben kaum Wohnraum, der vom Jobcenter als angemessen eingestuft wird, d.h. diese Wohnungen sind fast immer zu teuer.

Diese Kunden sind zum Teil kaum „wohnfähig“, d.h. sie kommen nicht damit zurecht, dass von ihnen als Mieter ein bestimmtes Verhalten erwartet wird, wie z.B. die Wohnung zu reinigen, Fenster und Flur zu reinigen, Müll zu entsorgen, eine angepasste Lautstärke von Musik und Gesprächen einzuhalten, sowie natürlich die fristgerechte Begleichung der Wohnungskosten zu erledigen.

Bei diesen Personen ist es oft sehr zeitintensiv, mit ihnen den Weg zurück in ein einigermaßen „normales“ Leben zu gehen. Oft gibt es hier trotz hohem „Input“ erst nach Monaten kleine Erfolge. Die Frustrationstoleranz dieser Personen ist kaum ausgeprägt. Bei den kleinsten Schwierigkeiten verlassen sie den Weg, der aus dem Chaos führen würde. Hier ist es notwendig, zwischen mutwilliger „Verweigerung“ und depressivem „Fluchtverhalten“ zu unterscheiden. Im ersteren Fall ist eine klare Ansage oft hilfreich, im anderen Fall ist es immer häufiger notwendig, Fachärzte, Betreuung oder andere persönliche Hilfen einzuschalten. Die Zahl der Kunden aus diesem Bereich nimmt zu. Dies wird bei informellen Gesprächen durch andere Beratungsstellen vor Ort bestätigt.

Immer wieder geraten auch Familien mit Kindern, die aus den unterschiedlichsten Gründen irgendwann die Miete nicht mehr zahlen können, in die Gefahr der Räumungsklage.

In Gesprächen mit diesen Personen wird deutlich, dass oft erst kurz vor Räumung die Einsicht in die Notwendigkeit eigenen Handelns gekommen ist. Wie wichtig der eigene Wohnraum, das Dach über den Kopf für die Kinder ist, das Bewusstsein darüber scheint oft verloren gegangen zu sein. Immer wieder kommt es vor, dass Raten für Autos, für Unterhaltungsgeräte, Handyrechnungen etc. eher beglichen werden als die Miete. Erst der drohende Verlust rückt hier die Prioritäten wieder zurecht.

Aus dieser Gruppe gibt es kaum Personen, die „rückfällig“ werden. Hier ist auch zu beobachten, dass die Hilfe, die durch das Büro geleistet wird, den betroffenen Personen den Weg zu anderen notwendigen Hilfsangeboten öffnet. Es werden im Zusammenhang mit der vorübergehenden - notgedrungen

engmaschigen - Betreuung oft auch andere Defizite erkennbar. Die Vermittlung zu weiteren Hilfen läuft dann oft über das Büro. Teilweise kommen die Personen noch Jahre später und fragen nach entsprechenden Hilfen in den jeweiligen Lebenslagen.

Eine weitere Gruppe sind ALG II – Empfänger, die in Kurzarbeitsverhältnissen bei Zeitarbeitsfirmen beschäftigt sind. Es kommt immer häufiger vor, dass der Lohn nicht ausreicht oder nicht gezahlt wird und ergänzend SGB II Mittel beantragt werden müssen. Damit ist die Notwendigkeit verbunden, monatlich den Einkommensbeleg beim Jobcenter einzureichen, wo dann für den zurückliegenden Monat die ergänzende Hilfe berechnet wird. Die Einkünfte kommen dann in Einzelbeträgen und zeitversetzt. Hier ist eine immer größere Anzahl von Personen damit überfordert, die Termine zu koordinieren, z.B. mit dem Vermieter auszumachen, dass die Miete möglicherweise nicht am 01. des Monats, sondern erst später gezahlt werden kann. Da diese Problematik auch den meisten Vermietern bekannt ist, könnte in vielen Fällen schon eine einfache Information an den Vermieter helfen. Dazu sind aber einige der Kunden des Büros nicht in der Lage.

Zu dieser Gruppe gehören auch Personen, die in einem Beschäftigungsverhältnis stehen, durch das sie allerdings nur knapp über dem ALG II-Satz liegen, dann für längere Zeit erkranken und Krankengeld beziehen. Die Krankenkassen zahlen immer für den Zeitraum, der zwischen zwei Arztbesuchen liegt. Bekommt der Kunde nun alle drei Wochen einen Termin bei seinem Arzt, zahlt die Krankenkasse für den zurückliegenden Zeitraum das Krankengeld aus. Auch hier kommt es immer wieder vor, dass zwar die gesamte Summe des Krankengeldes ausreichen würde, um über dem Mindestbedarf zu liegen, durch die unregelmäßige Zahlung und die Tatsache, dass es sich immer um andere Summen handelt, können viele Kunden aber nicht sicherstellen, dass zum Zeitpunkt der Mietabbuchung ausreichend Geld auf dem Konto ist.

In beiden zuletzt genannten Gruppen handelt es sich überwiegend um alleinstehende Männer, die das System der Lohnersatz- oder Transferleistungen nicht oder nur unvollständig verstehen. Sie sind nicht dazu in der Lage, die Termine so zu koordinieren, dass es nicht zu Fehlabbuchungen kommt. Oft ist hier auch Unkenntnis über die Rechtspositionen und Einwirkungsmöglichkeiten der Betroffenen selbst festzustellen. Und auch wenn bekannt ist, wie man es vermeiden kann, durch diese Situation zu Mietschulden zu kommen, sind Betroffene nicht in der Lage, die

notwendigen Schritte auf Dauer durchzuführen. Kontakte in regelmäßigen Abständen sind hier oft über Jahre notwendig, weil die Ursachen für Mietrückstände nicht geändert werden können.

Zusammenfassend kann festgehalten werden, dass es einige Merkmale gibt, die auf große Teile des Klientels zutreffen:

- Betroffen sind hauptsächlich Männer zwischen 19 und 35 Jahren.
- Meist handelt es sich bei den Kunden um ALG II - Empfänger.
- Immer mehr Kunden haben eine „Umzugs- und Räumungskarriere“ hinter sich.
- Ein großer Teil der Kunden ist mit dem System, Anträge stellen zu müssen, Belege beizubringen, Termine einzuhalten etc. überfordert.
- Immer häufiger fällt auf, dass die Betroffenen nicht „miet - wohnfähig“ sind und auch nie gelernt haben, welches Verhalten dazu beiträgt, dass man „nicht aus der Wohnung fliegt“.
- Schuldverpflichtungen sind bei fast allen Kunden festzustellen, mal bei Kreditinstituten, mal bei Medienkaufhäusern, mal bei Verwandten und immer häufiger verliert hier die Person oder die Familie den Überblick.
- Zum Teil sind die Betroffenen nicht „absichtlich“ in diese Lage geraten, ihre Vorstellung von dem was „wichtig“ ist, was sofort erledigt werden muss, und dem was Zeit hat, was man auf die „lange Bank schieben“ kann, passt nicht zu ihrem Einkommen, zu ihren Möglichkeiten. Irgendwann klafft die Schere so weit auseinander, dass selbst die Miete nicht mehr gezahlt wird, weil etwas anderes wichtiger ist.
- Kaum einer der Kunden hat eine Vorstellung vom eigenen Lebensziel, nur ganz selten kommt es vor, dass Kunden auf ein gestecktes Ziel hin arbeiten. Die allermeisten leben von einem Tag zum anderen, es gibt keine Perspektive, keine Zeitvorstellung, bis wann man was erreicht haben will. Viele haben zwar Ideen von der obligatorischen Millionen, die man gewinnt, aber was man am nächsten Tag macht, was man nächste Woche oder nächstes Jahr erreicht

haben will, dass können sie nicht benennen. Die Vorstellung, sein Leben in eine Zeitschiene zu setzen, etwas erreichen zu wollen, die dazu notwendigen Schritte hintereinander abzuarbeiten, diese Vorstellung haben sie nie gehabt, oder wenn doch, dann sind die Qualifikationen, dies auch umzusetzen, schon lange verloren gegangen.

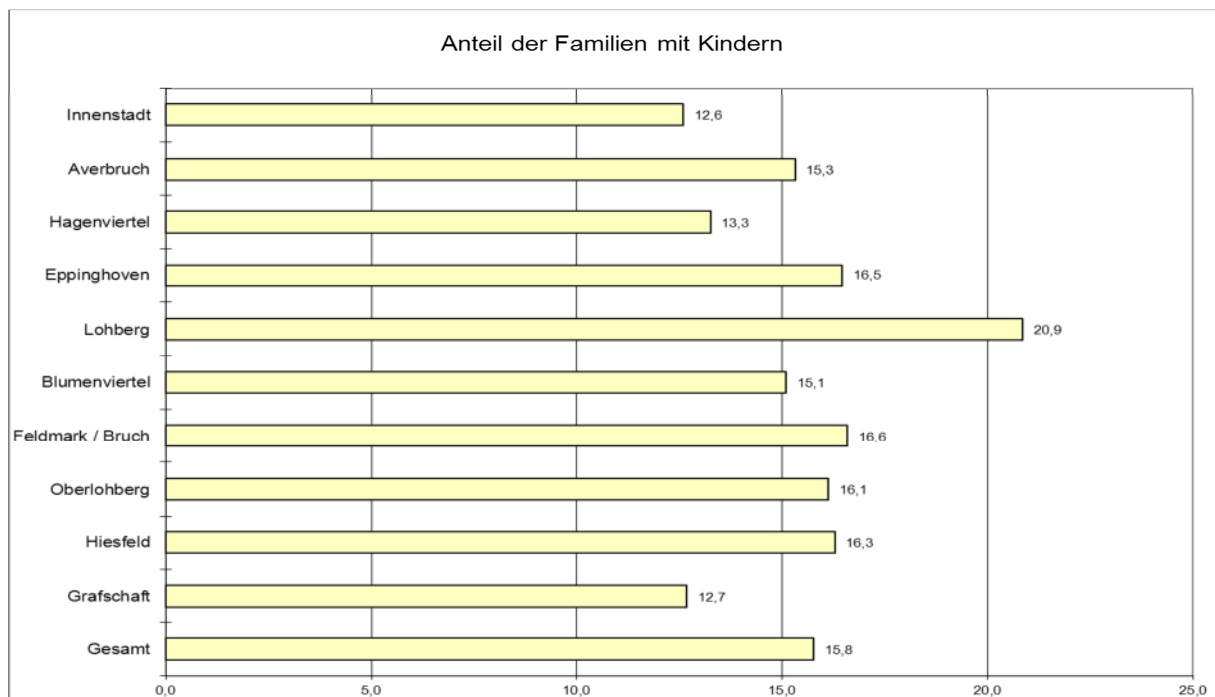
### **Bedingungen, die die Situation zurzeit prägen:**

- Es gibt kaum Wohnraum für Singles in Dinslaken, wenn sie Leistungen nach dem SGB II bekommen. Die Mieten sind nach den Vorgaben der Jobcenter in der Regel zu teuer.
- Wer Schufa-Einträge hat (und das haben alle Kunden des Büros für Wohnungsnotfälle; seit Beginn der Tätigkeit hier hat es nur ca. 10 Kunden gegeben, die keine Schufa-Einträge hatten), bekommt von den größeren Wohnungsverwaltungen kein Angebot. Manchmal wird deutlich gemacht, dass mit Schufa-Einträgen nicht erwünscht ist, manchmal wird dazu nichts gesagt, diese Kunden bekommen aber keine Angebote, obwohl entsprechender Wohnraum verfügbar wäre.
- Privatvermieter werden immer häufiger Opfer von Mietschuldnern, was dazu führt, dass sie auch kaum noch an ALG-II Empfängern vermieten.
- Die Tatsache, dass die Leistungen der unter 25-jährigen ALG II-Empfänger zu 100 % gekürzt werden können, hat sich auch bei den kleineren Vermietern herumgesprochen. Nachdem in den letzten Jahren die großen Wohnungsbaugesellschaften äußerst ungern an unter 25-Jährige vermietet haben, bricht hier langsam auch der private Markt weg.
- Die Umstände, die dazu führen, dass Kunden das Büro für Wohnungsnotfälle aufsuchen, sind sehr vielfältig. Die Suche nach der passenden Lösung, nach dem Weg, der nicht zum Auszug oder zur Räumung führt, wird mit jedem Jahr schwieriger, die „Fälle“ umfangreicher und damit arbeitsintensiver für alle Beteiligten.

## 2.3. Familiäre Situation

In Dinslaken gibt es zum Stichtag 31.12.2012 42.073 Haushalte, gemessen an der Anzahl der Haushaltsvorstände in der Einwohnerstatistik. Davon leben in 6.632, also rund 15,8% der Haushalte, Kinder im Alter von 0 bis 18 Jahren.

Mit 20,9 % ist Lohberg der Stadtteil, der den höchsten Anteil an Familien mit Kindern hat.



**Abbildung 15: Anteil Familien mit Kindern**

Die obige Abbildung zeigt, dass in Lohberg anteilmäßig die meisten Kinder leben. Wenn wir nun aus Punkt 2.1. die Information mitnehmen, dass hier allerdings jedes 3. Kind von Armut betroffen ist, sehen wir, dass hier ein hohes Gefährdungspotential hinsichtlich der sozialen Disparitäten lauert. Interessant ist es, sich in diesem Zusammenhang die Familienstruktur anzusehen.



### 2.3.1. Familienstruktur

Die nachfolgende Tabelle zeigt die Anzahl der Geschwister pro Familie.

Sozialstruktur	Anzahl der Geschwister				
	Kinder ohne Geschwister	Kinder mit 1 Geschwister	Kinder mit 2 Geschwister	Kinder mit 3 Geschwister	Kinder mit mehr als 3 Geschwister
Innenstadt	393	432	165	52	15
Averbruch	313	364	135	16	11
Hagenviertel	237	252	66	16	10
Eppinghoven	216	264	90	28	
Lohberg	294	468	291	160	41
Blumenviertel	415	400	123	56	31
Feldmark / Bruch	699	872	198	96	22
Oberlohberg	274	286	60	24	6
Hiesfeld	894	1106	291	64	15
Grafschaft	29	28	3	4	
<b>Gesamt</b>	<b>3764</b>	<b>4472</b>	<b>1422</b>	<b>516</b>	<b>151</b>

Tabelle 9: Verteilung Geschwisterkinder

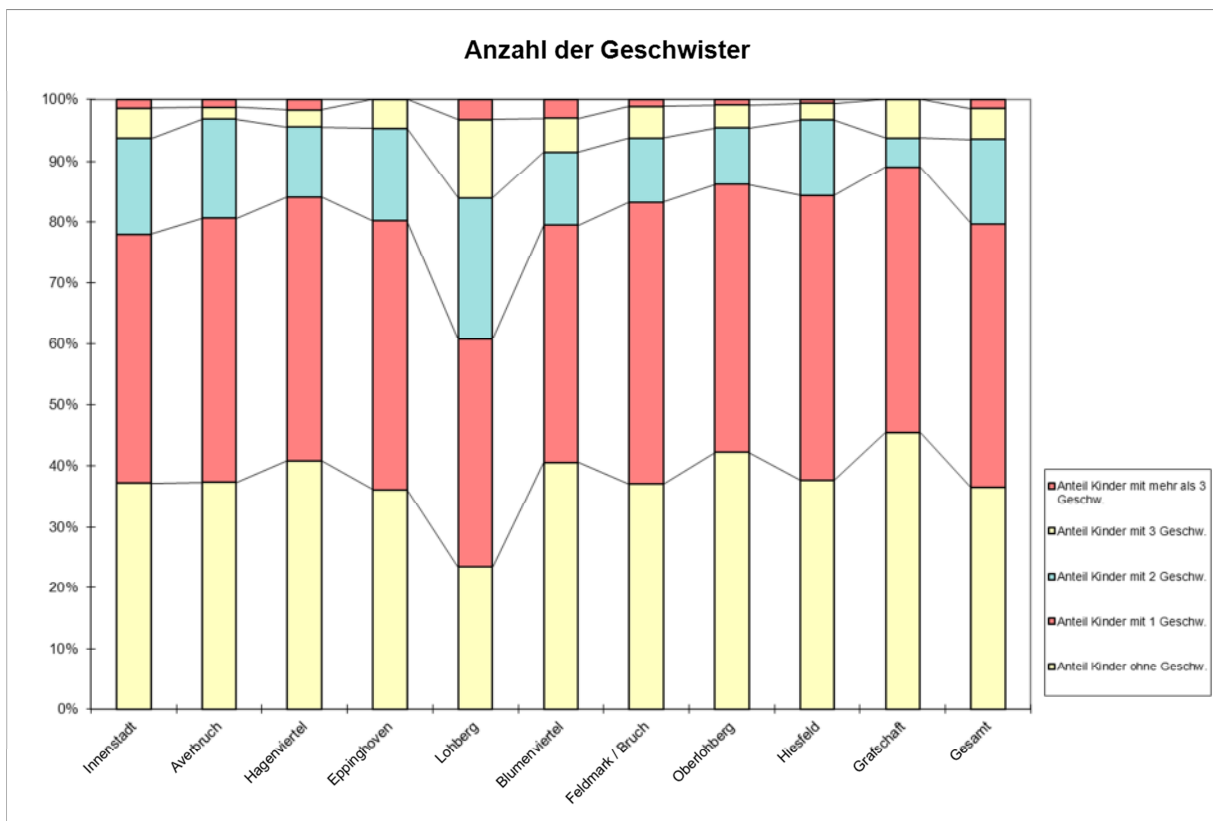


Abbildung 16: Verteilung Geschwisterkinder

Die Grafik verdeutlicht, dass über das gesamte Stadtgebiet die Varianz relativ gering ist, die einzige Ausnahme bildet hier Lohberg. Dies läßt darauf schließen, dass hier tatsächlich vor allem die türkisch-stämmigen Familien deutlich mehr Kinder haben. Mit 160 Kindern, die 3 Geschwister haben, liegt Lohberg im Stadtvergleich einsam an der Spitze.

### 2.3.2 Alleinerziehende

Die vergangenen Sozialberichte haben gezeigt, dass das Merkmal „Alleinerziehend“ eine Armutsgefahr sein *kann*.

Laut Statistischem Bundesamt Wiesbaden lag die Armutsgefährdungsquote von Alleinerziehenden in der Bundesrepublik bei 37,1%. Der überwiegende Teil der Alleinerziehenden lebte zuvor in einer ehelichen Gemeinschaft. Jede zweite Trennung wurde vor dem 3. Lebensjahr des Kindes vollzogen, 2009 lebten bundesweit 2,2 Mio Kinder in dieser Lebensform.

In Dinslaken waren bislang die Siedlungsbezirke Blumenviertel und die Innenstadt besonders auffällig.

In rund 1829 Haushalten lebt nur eine erziehungsberechtigte Person.

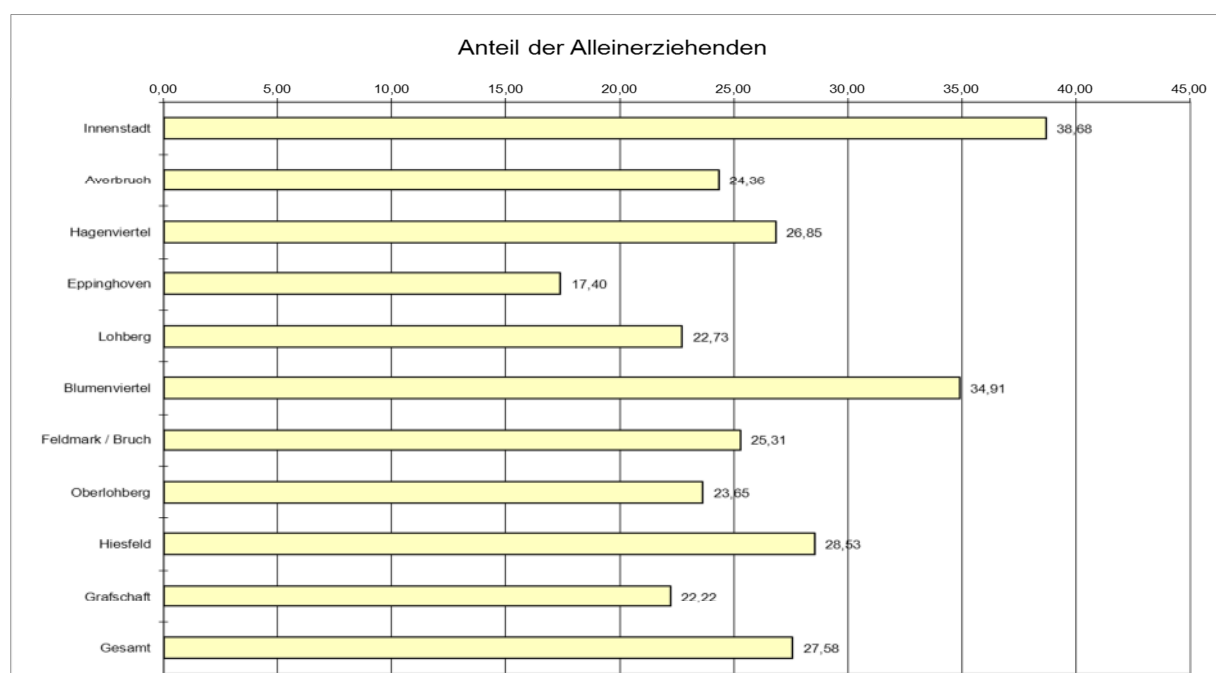


Abbildung 17: Alleinerziehende

Auch in 2013 sind besonders die Innenstadt und das Blumenviertel auffällig. Betrachten wir die Veränderung von 2009 bis 2011, erkennen wir, dass vor allem in Lohberg die Zahl um 21 Personen gestiegen ist, was im Vergleich zu den 19 in Hiesfeld hinzugekommenen Personen aufgrund der deutlich geringeren Einwohnerzahl Lohbergs schon beachtlich ist. Diese Entwicklung ist künftig aufmerksam zu beobachten.

	2009	2010	2011	Entwicklung
Lohberg	154	152	175	21
Hiesfeld	443	441	462	19
Averbruch	111	107	121	10
Hagenviertel	97	95	101	4
Innenstadt	266	266	268	2
Grafschaft	12	11	11	-1
Oberlohberg	101	96	99	-2
Eppinghoven	77	68	75	-2
Blumenviertel	247	233	242	-5
Feldmark, Bruch	339	346	329	-10

**Tabelle 10: Veränderung der Alleinerziehenden**

Der Status „alleinerziehend“ an sich ist noch kein Indikator für Armut, allerdings gibt es Anzeichen dafür, dass Alleinerziehende ein höheres Risiko haben. Von den 1.829 Alleinerziehenden in Dinslaken sind 531 in Bezug von ALG II:

Siedlungsbezirk	Alleinerziehende
Stadtmitte	101
Averbruch GE-Gebiet	27
Hagenviertel	24
Eppinghoven Overbruch teilw.	8
Lohberg	79
Blumenviertel GE-Mitte	112
Feldmark Bruch	65
Oberlohberg Grafschaft	13
Hiesfeld GE-Süd Barmingholten	98
keine Zuordnung möglich	4
Dinslaken, Stadt	531

**Tabelle 11: Alleinerziehende**

Der Anteil an Alleinerziehenden ist insbesondere in Lohberg gestiegen.

Wenn Eltern sich trennen, bleiben in den meisten Fällen die Kinder bei ihrer Mutter. Häufig ist der Wohnraum, in dem die Familie gemeinsam lebte, nach einer Trennung nicht mehr zu halten. Dann ist ein Umzug in einen Bezirk mit günstigeren

Wohnungen die Folge. So erklärt sich, warum sich Alleinerziehende insbesondere in den Bezirken Blumenviertel, Innenstadt und Lohberg konzentrieren.

Der Elternteil, der den Alltag mit den Kindern bestreitet, ist zudem in seiner beruflichen Flexibilität eingeschränkt. Häufig kommt lediglich eine Arbeit in Teilzeit infrage, sehr häufig finden die Betroffenen lediglich einen sog. Minijob.

Aus unseren Erfahrungen aus dem Netzwerk „Schutz und Frühe Förderung zeigt sich ein Mangel an geeigneten Qualifizierungsmaßnahmen für die Gruppe der Alleinerziehenden.

### **2.3.3. Auswertung ausgesuchter Hilfen zur Erziehung (HzE)**

Die Hilfen zur Erziehung sind in Deutschland staatliche (kommunale) Leistungen der Kinder- und Jugendhilfe für junge Menschen und Familien mit Kindern.

Gesetzlich geregelt sind diese Hilfen in §§ 27–40 des Kinder- und Jugendhilfegesetzes. Die in §§ 27–35a aufgeführten Hilfen werden unter Durchführung des Hilfeplanverfahrens (§ 36) von den örtlichen Jugendämtern gewährt.

Die Hilfen zur Erziehung stellen ein zentrales Handlungsfeld der Kinder- und Jugendhilfe dar. Dieser Leistungsbereich der Kinder- und Jugendhilfe bietet jungen Menschen und deren Familien Unterstützung bei einem breiten Spektrum an familiären Problemen und Sozialisationsschwierigkeiten. Hierfür steht ein differenziertes Instrumentarium sozialpädagogischer Handlungsformen zur Verfügung – von kurzzeitigen familienunterstützenden Hilfen bis hin zu langfristigen Unterbringungen außerhalb der eigenen Familie, wie bei einer Vollzeitpflege- oder Heimerziehungshilfe.

## Gesamtentwicklung

Im Jahr 2011 wurden in Deutschland 998.847 junge Menschen gezählt, die eine Hilfe zur Erziehung in Anspruch genommen haben. Ohne die Erziehungsberatung, die fast die Hälfte aller erzieherischen Hilfen ausmacht, sind es noch 547.653 junge Menschen, die von einer erzieherischen Hilfe erreicht wurden.

Hilfen zur Erziehung sind in den letzten Jahren kontinuierlich angestiegen. 2011 wurden im Vergleich zum Vorjahr rund 12.800 Leistungen mehr gezählt. Allerdings ist die Zunahme im Vergleich zu 2010 nicht mehr so ausgeprägt wie in den Vorjahren, so dass sich eine allmähliche Konsolidierung der Fallzahlen abzuzeichnen scheint. Setzt man die Zahl der Hilfen zur Erziehung in Relation zur Bevölkerung, haben 2011 pro 10.000 der unter 21-Jährigen 632 junge Menschen dieser Altersgruppe eine erzieherische Hilfe in Anspruch genommen.

Die Hilfen in Dinslaken:

	§16 allgem. Beratung	§17 Trennung u. Scheidung	§27 Ambulante Hilfen	§30 Erziehungs- beistands.	§31 SPFH	§32 Tagespfleg e- erziehung	§33 Vollzeitpfl.	§34 Heim- erziehung	§8a Verdacht auf Kindeswohl- gefährdung	U-Unters. Meldung Weigerung U Untersuchg.
Innenstadt	10,1	2,6	1,2	0,7	0,4	0,6	1,3	1,2	0,3	3,1
Averbruch	10,6	2,9	1,1	0,4	0,2	0,0	1,5	0,2	0,0	0,4
Hagenviertel	9,5	3,6	1,0	1,3	0,5	0,5	1,3	0,8	0,3	0,0
Eppinghoven	1,3	0,3	0,0	0,3	0,0	0,0	1,0	0,0	0,0	1,8
Lohberg	13,8	1,2	2,4	0,7	0,7	0,7	0,7	0,9	1,8	1,3
Blumenviertel	14,1	1,5	1,6	1,3	1,2	0,9	2,2	1,3	0,1	0,7
Feldmark / Bruch	8,1	1,4	1,1	0,3	0,6	0,2	0,7	0,7	0,3	0,7
Oberlohberg	4,5	0,7	0,7	0,2	0,2	0,2	0,0	1,1	0,5	0,5
Hiesfeld	7,7	1,5	1,5	0,2	0,1	0,1	1,0	0,6	0,3	0,6
Grafschaft	4,4	2,2	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	2,2
Stadt	9,0	1,7	1,3	0,5	0,4	0,3	1,1	0,8	0,4	1,0

**Tabelle 12: Hilfen nach dem SGB VIII / prozentual an Bevölkerung**

Auf Grund des Datenschutzes können die absoluten Zahlen der Hilfen hier nicht dargestellt werden. Die Tabelle 11 zeigt den prozentualen Anteil der Hilfen an der Bevölkerung. Hervorgehoben sind die Felder, bei denen die Prozentwerte über dem städtischen Durchschnitt liegen.

Die Auswertung zeigt einen Zusammenhang zwischen Armut und Hilfen nach dem SGB VIII. Eine Ausnahme bildet hierbei die Trennungs- und Scheidungsberatung, diese ist deutlicher in den „wohlhabenderen“ Stadtteilen repräsentiert.

## Wie lässt sich der Zusammenhang zwischen Armut und den Hilfen zur Erziehung beschreiben?

- Nach Wahrnehmung des Allgemeinen Sozialen Dienstes des Jugendamts (ASD) steigt die Zahl betreuter junger Menschen und Eltern ohne Schulabschluss und ohne Ausbildung, familiäre Netzwerke, die in der Vergangenheit auch materielle Unterstützung bieten konnten, lösen sich auf. Armut verfestigt sich und ist in den betreuten Familien nicht nur eine vorübergehende Erscheinung, sie wird zunehmend über Generationen „vererbt“.
- Hinzu kommt die Zunahme an existentiellen Problemen wie drohender Wohnungsverlust, Stromabsperungen, Ausbleiben von Unterhaltszahlungen.
- Das Kindergeld und sonstige Zulagen werden z. T. nicht für Kinder eingesetzt., Eltern tappen zunehmend in Konsumfallen, Zunahme von „Verteilungskämpfen“ auch in Familien, Taschengeld ist nur unregelmäßig möglich, mangelnde Ausstattung der Wohnungen, z. T. desolate Zustände: Betten und Bettwäsche fehlen häufig, ebenso witterungsgerechte Kleidung.
- Die Einführung „pauschalisierter Leistungen“ durch Hartz IV hat zur Folge, dass kaputte Haushaltsgegenstände nicht als Extras beantragt werden können und Rücklagen gebildet werden müssen. Das schaffen die Betreuungsfamilien in der Regel nicht, somit fehlen diese Einrichtungsgegenstände dann irgendwann gänzlich.
- Immer mehr familiäre Konflikte entstehen infolge geringen Einkommens.
- Steigende Mängel im Ernährungs- und Gesundheitszustand der Kinder, Zunahme von gestörtem Essverhalten durch Hunger, in Projekten und Einrichtungen sind immer mehr Kinder/Jugendliche mit Hunger und dem Auftrag von den Eltern „sich ordentlich satt zu essen, damit es zu Hause nichts mehr geben muss“, Mütter können kaum noch kochen, oftmals fehlt selbst das Geld zum Einkauf bei der "Tafel". Kinder unter den Bedingungen familiärer Armut nehmen oftmals nicht am Mittagessen im Rahmen des Offenen Ganztags teil.

- Körperpflegemittel sind nur unzureichend vorhanden, am Waschpulver wird gespart. Geld zur „Entlausung“ kann nicht aufgebracht werden, da es diese Mittel nicht mehr kostenfrei im Gesundheitsamt gibt, somit fehlen betroffene Kinder häufig über Wochen in Kita und Schule.
- Stationäre Unterbringung führt in den Familien zu verstärkter materieller Armut, da die bisher gezahlten Gelder, die mitunter nicht kindbezogen verwendet wurden, im Familieneinkommen fehlen.
- Häusliche Förderung findet kaum statt, Folgen sind geringere Allgemeinbildung, unzureichende Körperwahrnehmung, Sinneswahrnehmung, Motorik oder Umweltkenntnisse.
- Zunahme anregungsarmer Freizeitgestaltung (TV, Video), Bildungsarmut ist in immer mehr Familien generationenübergreifend festzustellen, es besteht geringes Interesse der Eltern an der eigenen Entwicklung und der der Kinder, Desinteresse an Schule, an Bildungsabschlüssen und Ausbildung (ist von geringem Wert), Mangel an positiven Vorbildern bezogen auf Lernen, Lesefertigkeiten der Eltern und Kinder sinken, Bildungsvoraussetzungen der Eltern haben sich stark verändert (bildungsferne Elternhäuser, Eltern ohne Schul- und/oder Ausbildungsabschlüsse), kulturelle Interessen sind einseitig. Das Schulwissen korrespondiert nicht mit dem Lebensalltag und dem Umfeld der Kinder, die Kommunikationskultur zerfällt zunehmend, es herrscht sprachliche Verarmung, immer mehr Familien kommen in ihrer Freizeit nicht über den Sozialraum hinaus, es gibt keine Teilhabe am kulturellen Leben, die Anzahl isolierter Familien steigt, z. T. gibt es nur oberflächliche Außenkontakte und geringe Anbindung an AGs, Klubs, Vereine, Kurse usw., da die Freizeitgestaltung i. d. R. Geld kostet oder/und das Verhalten der Kinder / Jugendlichen so auffällig ist, dass sie nicht angenommen oder „ausgehalten“ werden. Es fehlt Schulmaterial und entwicklungsförderndes Spielzeug, Literatur usw., auch das Geld für Fahrkarten, Eintritte usw. zum Besuch von Veranstaltungen mit Kita und Schule ist nicht vorhanden.
- Zunahme an Isolierungs-, Ausgrenzungs- und Separierungstendenzen (innerfamiliär und nach außen), häufige Umzüge, Kontaktarmut, zunehmende Entsolidarisierung, wenig gesellschaftliche Teilhabe, Armut an verbindlichen

Beziehungen, fehlender Generationenzusammenhalt, Oberflächlichkeit von Beziehungen, belastbare Beziehungsgeflechte sind stark rückläufig, Vorbildfunktionen fehlen, „Face to Face“ – Kommunikation wird zunehmend durch SMS oder Internet – Kommunikationsforen ersetzt, der Wortschatz passt sich dem an bzw. ist reduziert, die Gesprächsthemen sind zunehmend oberflächlich, es werden Scheinwelten aufgebaut, es besteht zunehmende Tendenz der „Verrohung“ im Umgang mit Menschen, niedrige Frustrationstoleranz, die Fähigkeiten zu Empathie, Regelakzeptanz oder Respekt sind kaum noch ausgebildet, es fehlt an Ritualen, Sitten, Traditionen, Generationsgrenzen verschwimmen (gleiches Benehmen, gleiche Unfähigkeit Konflikte zu lösen, Frustration auszuhalten, sich mit sich selbst auseinander zu setzen), Modelle werden nicht überprüft (Fernsehen, Freunde, Herkunftsfamilie), virtuelle und reale Welten vermischen sich, Verantwortungsübernahme für andere Menschen ist kaum ausgeprägt.

### **Welche Möglichkeiten haben Hilfen zur Erziehung, zur Verminderung von Armut und deren Auswirkungen beizutragen?**

Natürlich müssen wir uns der Grenzen der Hilfen zur Erziehung bewusst sein. Und dennoch gibt es Möglichkeiten, Armutsfolgen zu mildern und gelingende Biografien zu unterstützen. Wichtig dabei ist nicht nur die Defizitbetrachtung, sondern – gemäß der Ergebnisse der Resilienzforschung - vor allem die Stärkung der Ressourcen und Kompetenzen zur Bewältigung belastender Lebenssituationen in den Blick nehmen.

Neben den Risikofaktoren sind insbesondere die Schutzfaktoren zu beachten, da Beobachtungen bestätigen, dass Armut nicht zwangsläufig zu einem Erziehungshilfebedarf führt.

Resilienz ist die Fähigkeit von Familien, Kindern und Jugendlichen, erfolgreich mit belastenden Lebenssituationen umzugehen.

Resilienzen können im Verlauf der Entwicklung im Kontext der Kinder / Jugendlichen /Familien – Umwelt - Interaktion gefördert und erworben werden. Dabei unterstützen uns in Dinslaken derzeit die Angebote der Frühen Hilfen, wie z.B. die Begrüßungsbesuche bei den Neugeborenen, die Familienhebamme, das AWO-



Angebot Startchancen, das Gruppenangebot Frühstarter, Weidenkorb, das Ehrenamtprojekt Wellcome.

Es ist erwiesen, dass Familien im Übergang zur Elternschaft Hilfeangeboten besonders offen gegenüber stehen. Hier ist ein Zugang zu Familien möglich, bevor verfestigte Problemlagen und eine akute Gefährdung entstehen.<sup>13</sup>

Möglichkeiten der Frühen Hilfen und HzE zur Verminderung belastender Lebenssituationen der von Armut betroffenen Familien sowie deren Kindern und Jugendlichen sehen wir vor allem in der Förderung ihrer Resilienz über die Stärkung folgender Resilienzfaktoren/ Schutzfaktoren:

- Personale Resilienzfaktoren
- Familien- und Beziehungsmilieu als Resilienzfaktor
- außerfamiliäre Resilienzfaktoren

### **Personale Resilienzfaktoren**

Welche personalen Resilienzfaktoren/ Schutzfaktoren zeichnen resiliente Familien/ Kinder/ Jugendliche aus?

- die Fähigkeit, Probleme zu lösen
- eine hohe Sozialkompetenz (Kontaktfähigkeit, soziale Perspektivübernahme, Empathie u. a. )
- die Fähigkeit zur Selbstregulation
- ein aktives und flexibles Bewältigungsverhalten (z. B. auch die Fähigkeit, sich aktiv Hilfe zu holen oder die Fähigkeit von Kindern und Jugendlichen, sich von einer dysfunktionalen Familiensituation innerlich zu distanzieren)
- eine optimistische, zuversichtliche Lebenseinstellung
- hohes Selbstwertgefühl und Selbstvertrauen in die eigenen Fähigkeiten
- die Fähigkeit, Netzwerke zu bilden

---

<sup>13</sup> Vgl. Prof. Dr. sc. oec. Uta Meier-Gräwe, Lebenssituationen von Familien in finanzieller Bedrängnis, Vortrag in Köln am 22. April 2013

- die Fähigkeit zur Übernahme von Verantwortung für sich und andere
- Fähigkeiten zur Stressbewältigung
- gute Lese- und Konzentrationsfähigkeit
- Begeisterungsfähigkeit
- die Fähigkeit die Opferrolle zu verlassen

### **Familien- und Beziehungsmilieu als Resilienzfaktor**

- stabile, emotional – positive Beziehungen zu mindestens einer Bezugsperson, aufgrund dessen das Kind / der Jugendliche ein sicheres Bindungsmuster entwickeln kann (familiär oder außerfamiliär)
- Liebe zum Kind, Liebe zu den Eltern, Gefühl der Geborgenheit
- soziale Kontakte
- Wertschätzung und Akzeptanz
- unterstützendes und strukturierendes Erziehungsverhalten
- positive Rollenmodelle, d. h. Vorbilder für aktives, konstruktives Problemlösen und pro-soziale Handlungsweisen
- positive Freundschaftsbeziehungen (zu Peers, zu anderen Familien)
- regelmäßige gemeinsame Aktivitäten in der Familie
- gutes Familienklima
- Rückhalt durch weitere Familienmitglieder (Oma, Opa, etc.)
- gute Deutschkenntnisse der Eltern
- positive Erfahrungen der Kinder / Jugendlichen in den Bildungseinrichtungen
- keine Überschuldung

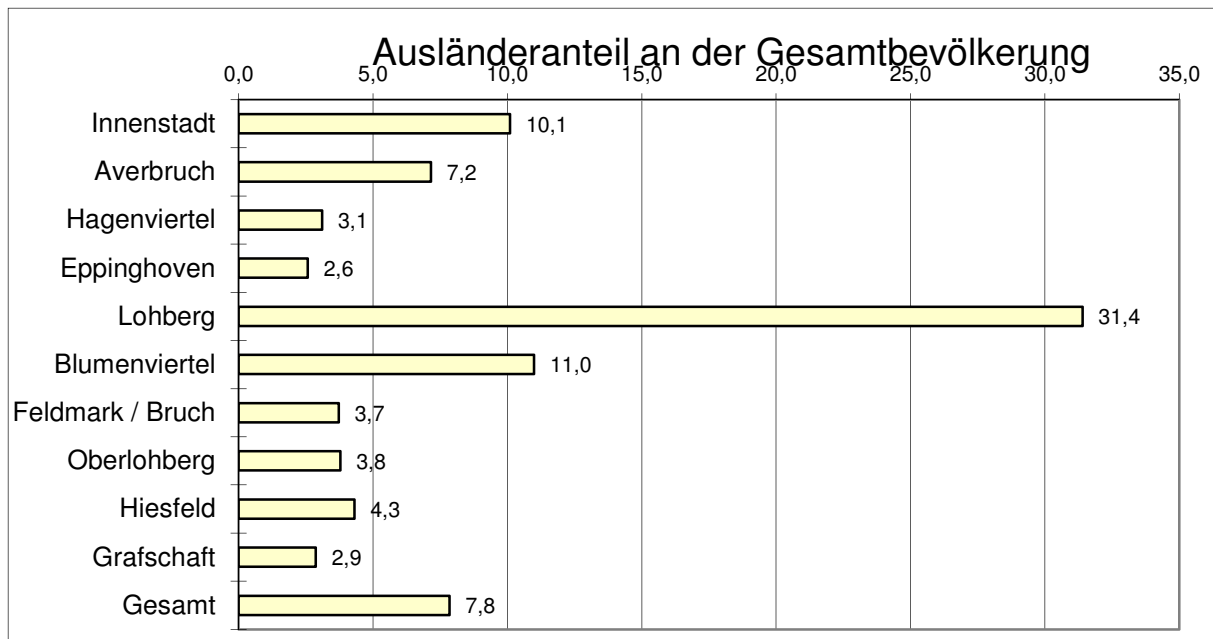
## **Außerfamiliäre Resilienzfaktoren**

- Kita
- Schule
- Frühe Hilfen
- HzE
- Kinder- und Jugendhilfezentren
- Stadtteilzentren
- Gute Wohnverhältnisse, Nachbarschaften
- Freizeitangebote öffentlicher und freier Träger

### **2.4. Segregation**

Der Begriff „soziale Segregation“ verweist auf soziale Unterschiede innerhalb einer Stadt und die räumliche Konzentration der Wohn- und Lebensräume bestimmter Bevölkerungsgruppen in verschiedenen Stadtgebieten, d.h. das Auseinanderrücken von Jung und Alt, Arm und Reich, Deutschen und Nichtdeutschen innerhalb einer Stadt. Segregation ist als räumlicher Ausdruck der Sozialstruktur und sozialer Ungleichheiten der Bevölkerung zu verstehen.

Dabei haben aber nicht alle sozialen Unterschiede eine räumliche Dimension. Vielmehr kommen nur solche sozialstrukturellen Unterschiede und Ungleichheiten räumlich zum Tragen, die über Entscheidungen für Wohnstandorte und den Wohnungsmarkt vermittelt werden. Über die Entscheidung für oder gegen ein Wohngebiet bestimmter Bevölkerungsgruppen oder Effekte des Wohnungsmarktes (z.B. hohe Mietkosten) entsteht die unterschiedliche Konzentration von Bevölkerungsgruppen in einigen Wohngebieten.



**Abbildung 18: Ausländeranteil**

Ein klassischer Indikator für Segregation ist der Ausländeranteil. Die obige Grafik verdeutlicht, dass die Siedlungsbezirke Lohberg, Blumenviertel und die Innenstadt die höchsten Ausländeranteile vorweisen. Besonders für den Siedlungsbezirk Lohberg ist ein hoher Ausländeranteil von 31,4 % festzustellen.

Der Hauptteil der MigrantInnen lebt nicht in Wohneigentum, sondern zur Miete. Auffällig ist vor allem der Fortzug von deutschen Familien entweder an den Rand oder aus Lohberg weg, in weiteren Untersuchungen sollte dieses Phänomen analysiert werden. In Lohberg sind Leerstände, vor allem auch wegen eines Modernisierungstaus, zu verzeichnen.

Zu beobachten ist eine Konzentration von sozial-auffälligen Personengruppen auf bestimmte Gebiete, hier sollte geprüft werden, ob es der Stadt möglich ist, Wohnraum außerhalb der „Ballungszentren“ vorzuhalten.

Eine Ursache für die Segregation in Lohberg liegt sicherlich auch in den Zuzugsbeschränkungen, die es durch das Belegungsrecht des Bergbaus gab. Nur Familien mit beruflichem Bezug zum Bergbau konnten Wohnungen mieten. Diese Praxis wurde auch nach Schließung der Zeche fortgeführt.

Ein weiterer Faktor, der in der Bevölkerungszusammensetzung eine Rolle spielt, ist das Alter. Hier unterscheidet sich vor allem Lohberg von den übrigen Siedlungsbezirken.

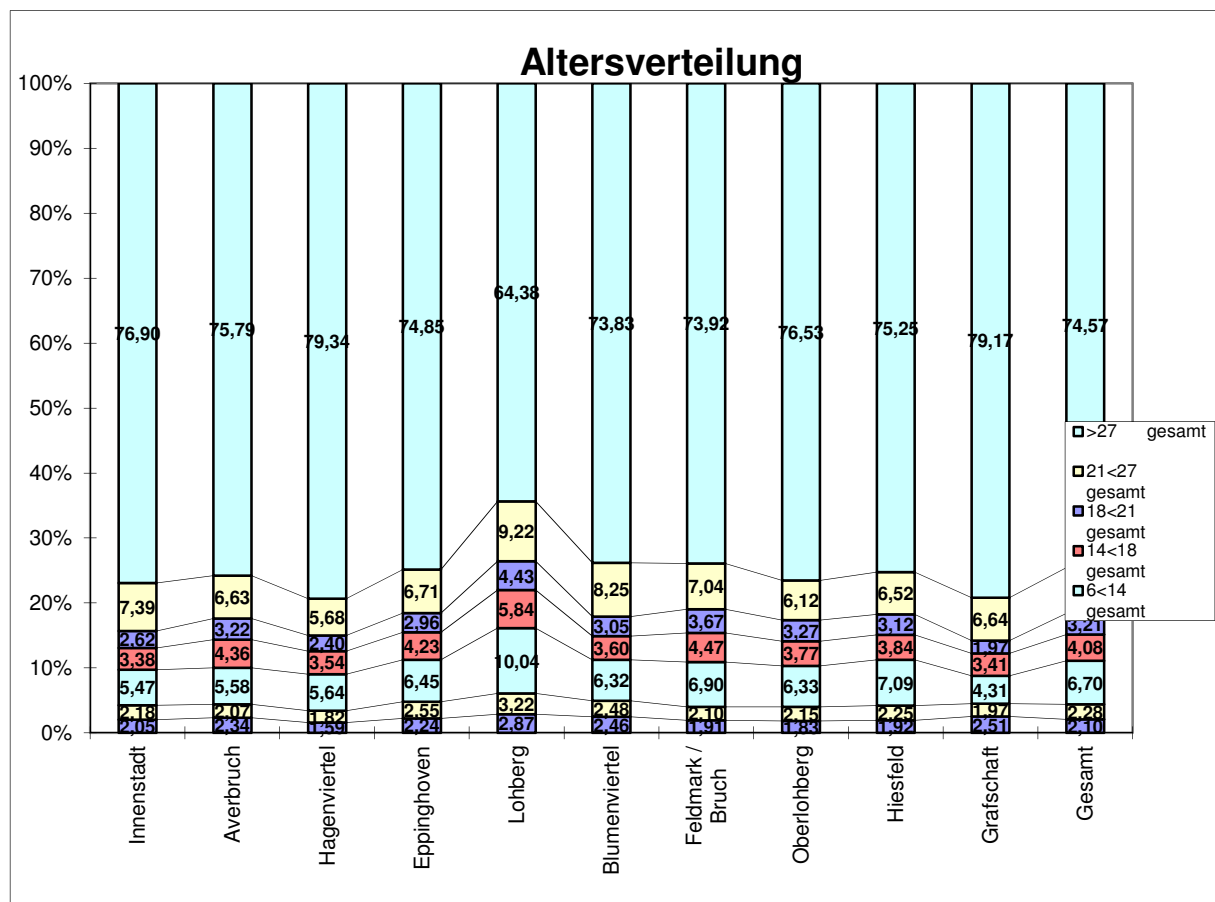


Abbildung 19: Altersverteilung, unterteilt nach KJHG-Kategorien

Wir sehen vor allem die jüngere Bevölkerung in Lohberg stärker repräsentiert als in den übrigen Stadtteilen. Die nachfolgende Grafik verdeutlicht dies anschaulich:

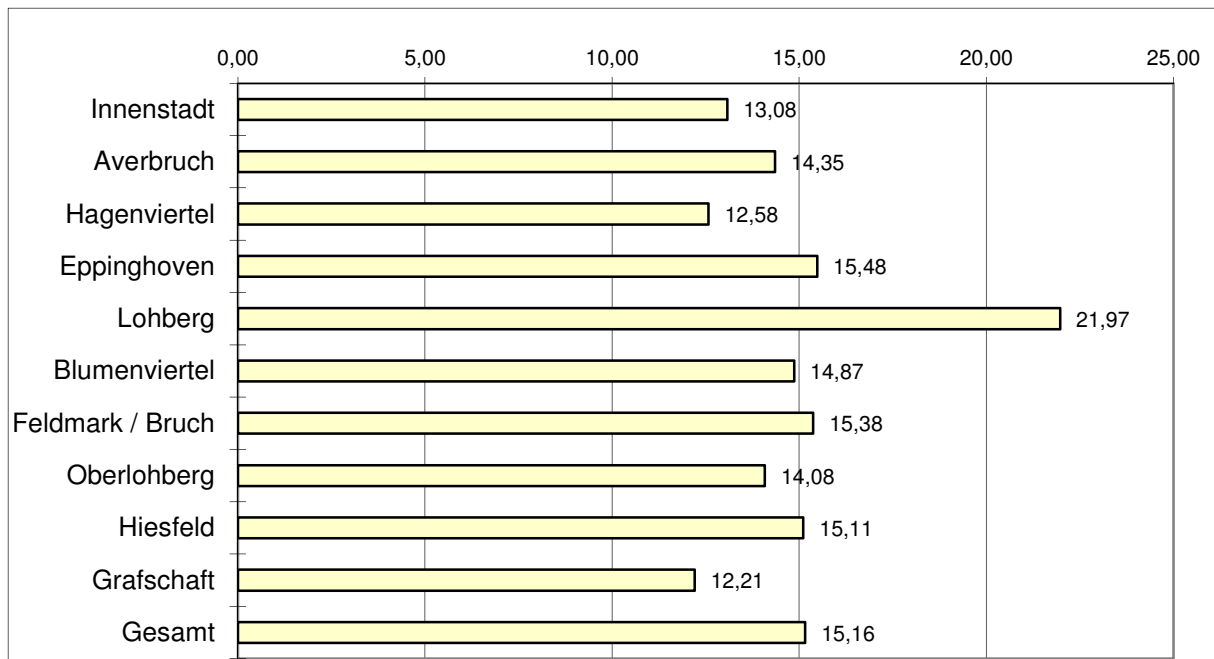


Abbildung 20: Jugendliche unter 18 Jahren (Prozent an Einwohnern gesamt)

		Altersverteilung über 65							Gesamt	Über 65
		unter 65	65 - 70	71 - 75	76 - 80	81 - 85	86 - 90	über 90		
Innenstadt	Anzahl	6171	573	605	488	318	229	68	8452	2281
	% innerhalb von sibz	73,0%	6,8%	7,2%	5,8%	3,8%	2,7%	0,8%	100,0%	27,0
Averbuch	Anzahl	4985	413	314	230	153	75	27	6197	1212
	% innerhalb von sibz	80,4%	6,7%	5,1%	3,7%	2,5%	1,2%	0,4%	100,0%	19,6
Hagenbezirk	Anzahl	3647	357	398	225	196	108	42	4973	1326
	% innerhalb von sibz	,7	,1	,1	,0	,0	,0	,0	1,0	26,7
Eppinghoven	Anzahl	3511	194	180	139	78	37	14	4153	642
	% innerhalb von sibz	84,5%	4,7%	4,3%	3,3%	1,9%	0,9%	0,3%	100,0%	15,5
Lohberg	Anzahl	4903	311	273	189	96	40	9	5821	918
	% innerhalb von sibz	84,2%	5,3%	4,7%	3,2%	1,6%	0,7%	0,2%	100,0%	15,8
Blumenviertel	Anzahl	5629	445	449	299	192	85	27	7126	1497
	% innerhalb von sibz	79,0%	6,2%	6,3%	4,2%	2,7%	1,2%	0,4%	100,0%	21,0
Feldmark / Bruch	Anzahl	10309	700	745	468	302	137	35	12696	2387
	% innerhalb von sibz	81,2%	5,5%	5,9%	3,7%	2,4%	1,1%	0,3%	100,0%	18,8
Oberlohberg	Anzahl	3799	339	326	171	109	46	11	4801	1002
	% innerhalb von sibz	79,1%	7,1%	6,8%	3,6%	2,3%	1,0%	0,2%	100,0%	20,9
Hiesfeld	Anzahl	12810	946	1021	733	459	218	87	16274	3464
	% innerhalb von sibz	78,7%	5,8%	6,3%	4,5%	2,8%	1,3%	0,5%	100,0%	21,3
Grafschaft	Anzahl	449	30	31	34	17	11	2	574	125
	% innerhalb von sibz	78,2%	5,2%	5,4%	5,9%	3,0%	1,9%	0,3%	100,0%	21,8
Gesamt	Anzahl	56213	4308	4342	2976	1920	986	322	71067	14854
	% innerhalb von sibz	79,1%	6,1%	6,1%	4,2%	2,7%	1,4%	0,5%	100,0%	20,9

Tabelle 13: Verteilung über 65 Jahre

Im Vergleich der Menschen über 65 weichen die Innenstadt und der Hagenbezirk nach oben ab. Hier wohnen, bezogen auf den gesamtstädtischen Durchschnitt gesehen mehr Menschen über 65 Jahre als im übrigen Stadtgebiet. Nach unten weichen Eppinghoven und Lohberg ab.

Die untere Abbildung zeigt die prozentualen Anteile der über 65-Jährigen bezogen auf den Siedlungsbezirk.

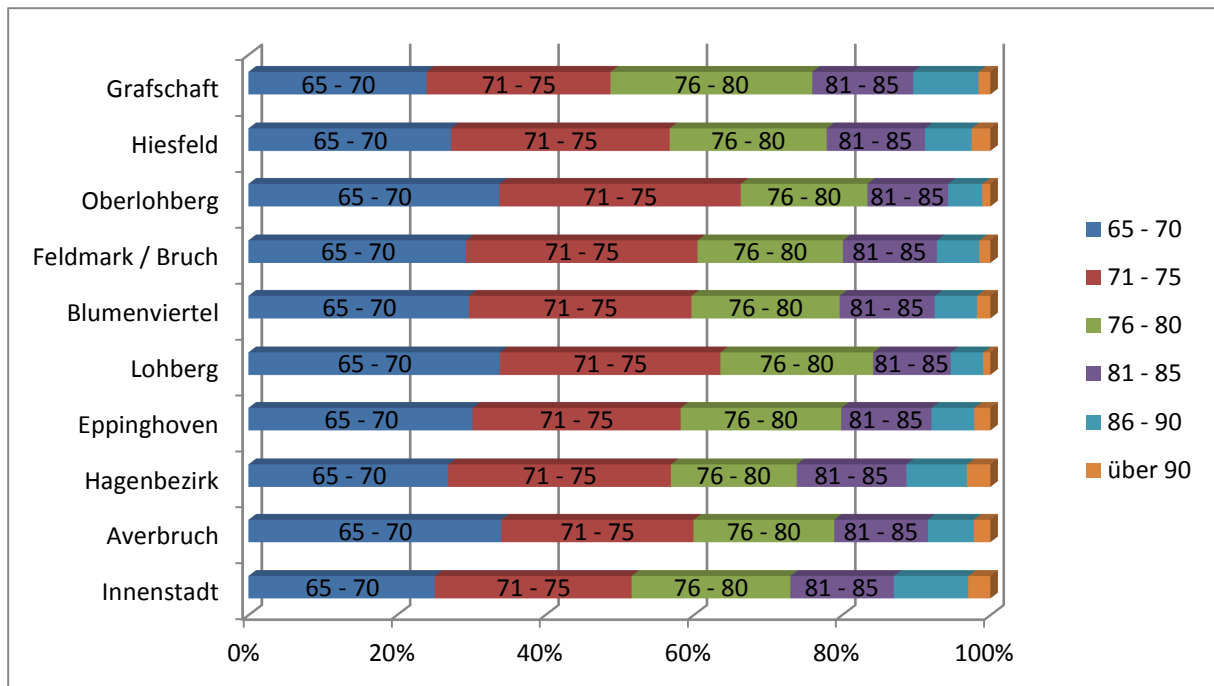


Abbildung 21: Verteilung > 65 in % bezogen auf Siedlungsbezirke

Wie oben beschrieben ist ein Segregationsfaktor auch die Bildung, bzw. die Bildungslandschaft.

Hier sehen wir in den Schulübergängen, dass vor allem in Lohberg und dem Blumenviertel deutliche Abweichungen zur Gesamtstadt vorliegen (siehe dazu auch das Kapitel 2.5.)

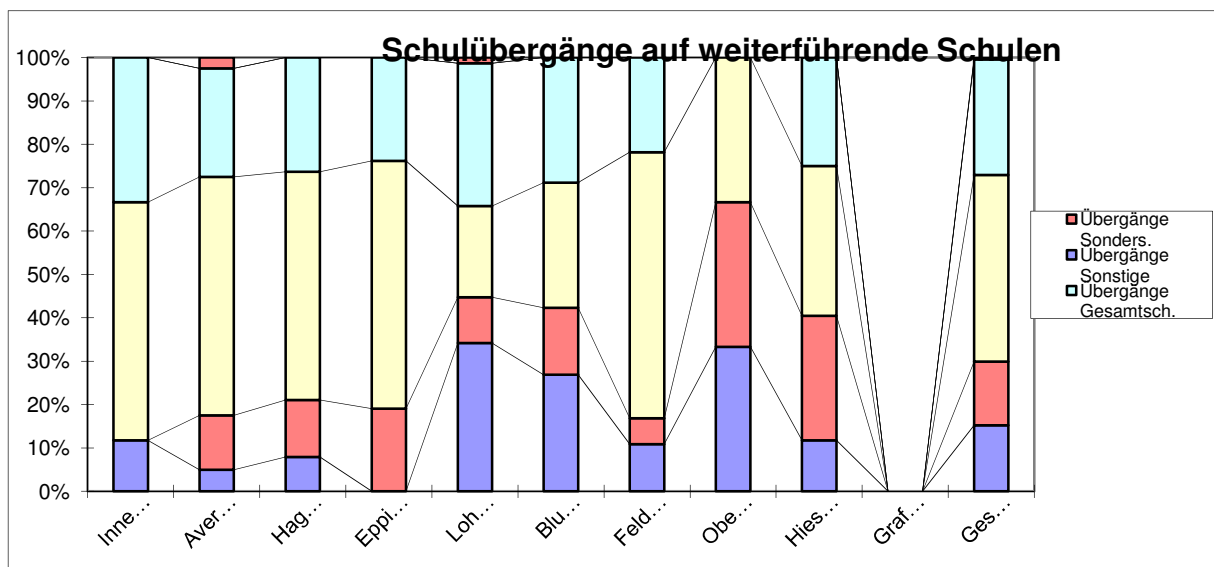
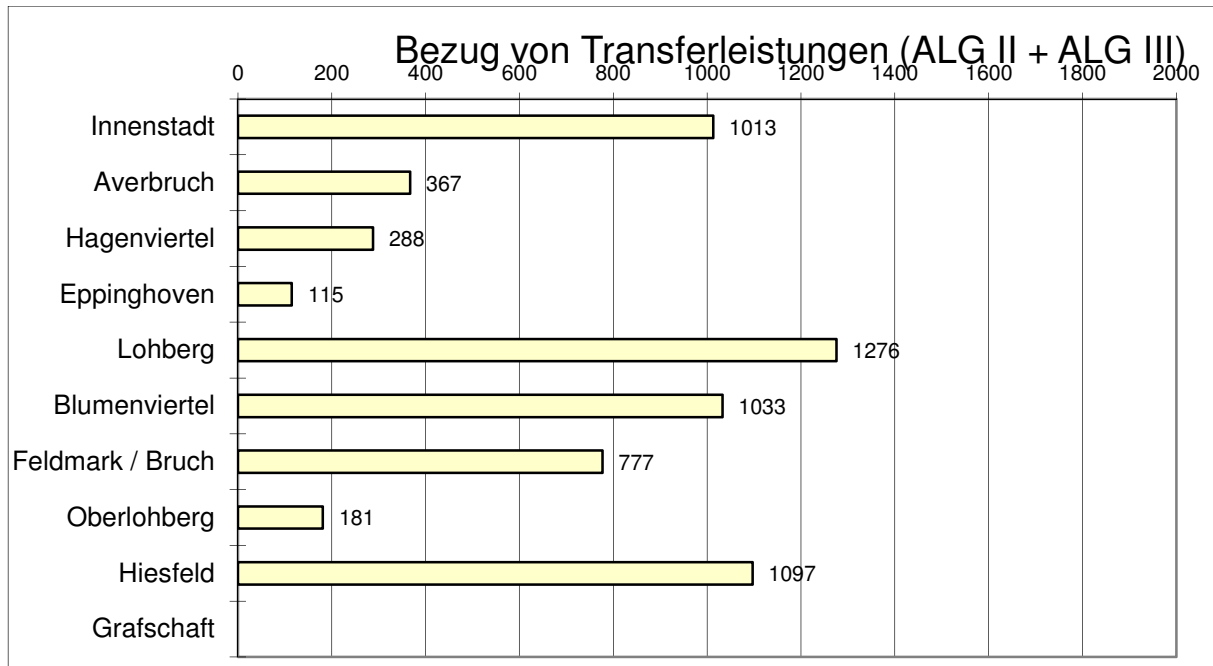


Abbildung 22: Schulübergänge auf weiterführende Schulen

Als letzter Faktor sei hier der Bezug von Transferleistungen als Gradmaß der Armut in den Siedlungsbezirken aufgeführt



**Abbildung 23: Bezug von Transferleistungen**

In der sozialwissenschaftlichen Literatur wird heute überwiegend davon ausgegangen, dass Gebiete mit hoher Konzentration von Armut einen Ort bilden, von dem negative Effekte auf die Bewohner ausgehen, die also benachteiligende Auswirkungen hat. Die möglichen Wirkungen sind:

- Die Einschränkung der Erfahrungswelt insbesondere von Jugendlichen und Kindern durch die fehlende Repräsentation von sozialen Rollen, die ein 'normales' Leben ausmachen (z.B. Erwerbstätigkeit, regelmäßiger Schulbesuch etc.).
- Die Verwahrlosung des öffentlichen Raums und rücksichtsloses Verhalten stellen eine Demütigung und Kränkung dar, die negativ auf das Selbstbild und auf die Bereitschaft zu sozialem Engagement wirken.
- Aufgrund negativer sozialer Auslese der Bewohner läßt auch das Bemühen der öffentlichen Einrichtungen um eine gewisse Qualität ihrer Leistungen nach. Auch quantitativ kann es zu Angebotseinschränkungen kommen, gegen die sich die Bewohner nicht wehren können.



- Durch den Wegzug der Qualifizierteren und Integrierten geht dem Gebiet auch soziale Kompetenz verloren, die notwendig wäre, um Forderungen an die politischen Instanzen zu richten und durchzusetzen. In den städtischen Verteilungskämpfen verlieren diese Gebiete an Gewicht, da der Anteil von Nichtwahlberechtigten (Ausländer) und Nichtwählern besonders hoch ist.
- Ist erst eine gewisse Stufe in der Abwärtsentwicklung erreicht, setzt ein Stigmatisierungs- und Labellingprozeß durch die Umwelt ein, der sich nachteilig auf die sozialen Teilhabechancen insbesondere bei der Lehrstellen- und Jobsuche auswirkt.
- In segregierten Quartieren können zwar sehr dichte soziale Netze existieren (starke Sozialintegration), die aber weitgehend homogen sind; aus der Netzwerkforschung ist bekannt, daß dichte und homogene Netze bei der systemischen Integration eher benachteiligend wirken im Gegensatz zu lockeren und heterogenen Netzen.
- Der Verlust an integrierten Gruppen (Familien, Erwerbstätige, Qualifizierte) verringert die soziale Stabilität im Quartier, weil die (Peer-)Träger von quartiersbezogenen Institutionen, Vereinen, Initiativen nicht mehr vorhanden sind. Damit gehen auch konfliktmoderierende Potentiale verloren.
- Zwar ist die ethnische Segregation insofern ein Sonderfall, als ihr ambivalente Wirkungen zugeschrieben werden (Binnenintegration und Diskriminierung), aber in ethnisch stark segregierten Quartieren kann es zu dem ausgesprochen negativen Effekt kommen, das die erzwungene Segregation durch ethnische Eliten für den Aufbau politisch und/oder religiös motivierter Abhängigkeitsverhältnisse ausgenutzt wird. Das kann zu scharfen sozialen Kontrollen und zum Abschneiden von Wegen in die Mehrheitsgesellschaft führen.

## **Welche Mittel gegen die Auswirkungen von Segregation stehen zur Verfügung?**

Bildung und Unterstützung „Selbsttragender bürgerschaftlicher Strukturen“ ist eine der zentralen Forderungen in der sozialen Stadtentwicklung.

Die Initiierung bürgerschaftlichen Engagements stellt bereits in Mittelschichtquartieren eine ambitionierte Aufgabe dar, aber in den problematischeren Stadtteilen kommt man damit sehr schnell an die Grenzen der Leistbarkeit.

Grundsätzlich wird die Lösung der massiven sozialen Probleme im Quartier – soweit sie überhaupt im Stadtteil zu lösen sind – eine Aufgabe sein, die durch eine Ausweitung der Infrastruktur anzugehen ist. Aber wenn das Ziel einer nachhaltigen positiven Veränderung und Stabilisierung dieser Wohngebiete erreicht werden soll, wird es in hohem Maße darauf ankommen, das Eigenleben des Stadtteils, die bürgerschaftlichen Aktivitäten in ihrer ganzen Vielfalt, in ihrer Entwicklung zu fördern und zu unterstützen. Beispiele hierfür können sein: das Kuchenbacken für das Sommerfest des Kindergartens, die Mithilfe bei der Einschulungsfeier der Grundschule, das Engagement im Elternbeirat der Schulklasse oder die Beteiligung bei Stadtteilsten, die selbständige Organisation von Nachbarschaftsaktivitäten, der Trainerjob im Sportverein, die Mitarbeit bei der Feuerwehr oder nur beim Osterfeuer oder gar der Vorstandsposten in einem Verein oder einer Kirchengemeinde, die Organisation eines Tauschringes, das Engagement in einer Bürgerinitiative oder vieles andere mehr.

In den Siedlungsbezirken Lohberg und Blumenviertel sind erste Ansätze, unterstützt durch die Fördermittel der „Sozialen Stadt“, erfolgreich umgesetzt. Allerdings gibt es kein Erfolgskonzept nach der Formel: Wir brauchen X Euro, um in einer bestimmten Zeit das Engagement zu initiieren.

Aus den Erfahrungen des Städtebauprojektes zeigt es sich, dass ein Quartiersmanagement auf jeden Fall erforderlich ist, um das bürgerschaftliche Engagement zu fördern, zu unterstützen und manchmal auch anzustoßen.

Dieses Instrument muss auch nach Auslaufen der Förderung beibehalten werden.

## 2.5. Bildung

Der Übergang aus der Primarstufe in die weiterführenden Schulen bedeutet eine wichtige Weichenstellung für die weitere (Bildungs-)Biographie.

Zwar besteht grundsätzlich die Möglichkeit, im weiteren Bildungsverlauf die Schulform zu wechseln, also die nach der Grundschulzeit getroffene Entscheidung zu revidieren. In der Realität erfolgen Wechsel jedoch überwiegend hin zu einer niedrigeren Schulform, die theoretisch möglichen Bildungsaufstiege sind eher die Ausnahme. Die einmal gewählte Schulform prägt u. a. über die Jahre zunehmend die Selbsteinschätzung. Auch aus diesem Grund wird der Wechsel immer schwieriger und als besonders einschneidend empfunden, vor allem wenn er zu einem weniger qualifizierten Abschluss führt. Insofern ist die Übergangentscheidung für Eltern und Kinder eine bedeutsame und so wird sie auch in den Familien empfunden. Darüber hinaus bringt der Wechsel in den „neuen“ schulischen Alltag vielerlei Umstellungen und spezifische Herausforderungen mit sich.

In Dinslaken erfolgt der Übergang im Schuljahr 2012/2013 – sozialräumlich aufgeteilt wie folgt:

	Übergang zu			Gesamt- schule
	Sekundar- schule	Realschule	Gymnasium	
<b>Innenstadt</b>	6	0	28	17
<b>Averbruch</b>	2	5	22	10
<b>Hagenviertel</b>	3	5	20	10
<b>Eppinghoven</b>	0	4	12	5
<b>Lohberg</b>	26	8	16	25
<b>Blumenviertel</b>	14	8	15	15
<b>Feldmark / Bruch</b>	11	6	62	22
<b>Oberlohberg</b>	1	1	1	0
<b>Hiesfeld</b>	16	39	47	34
<b>Grafschaft</b>	0	0	0	0
<b>Gesamt</b>	79	76	223	138

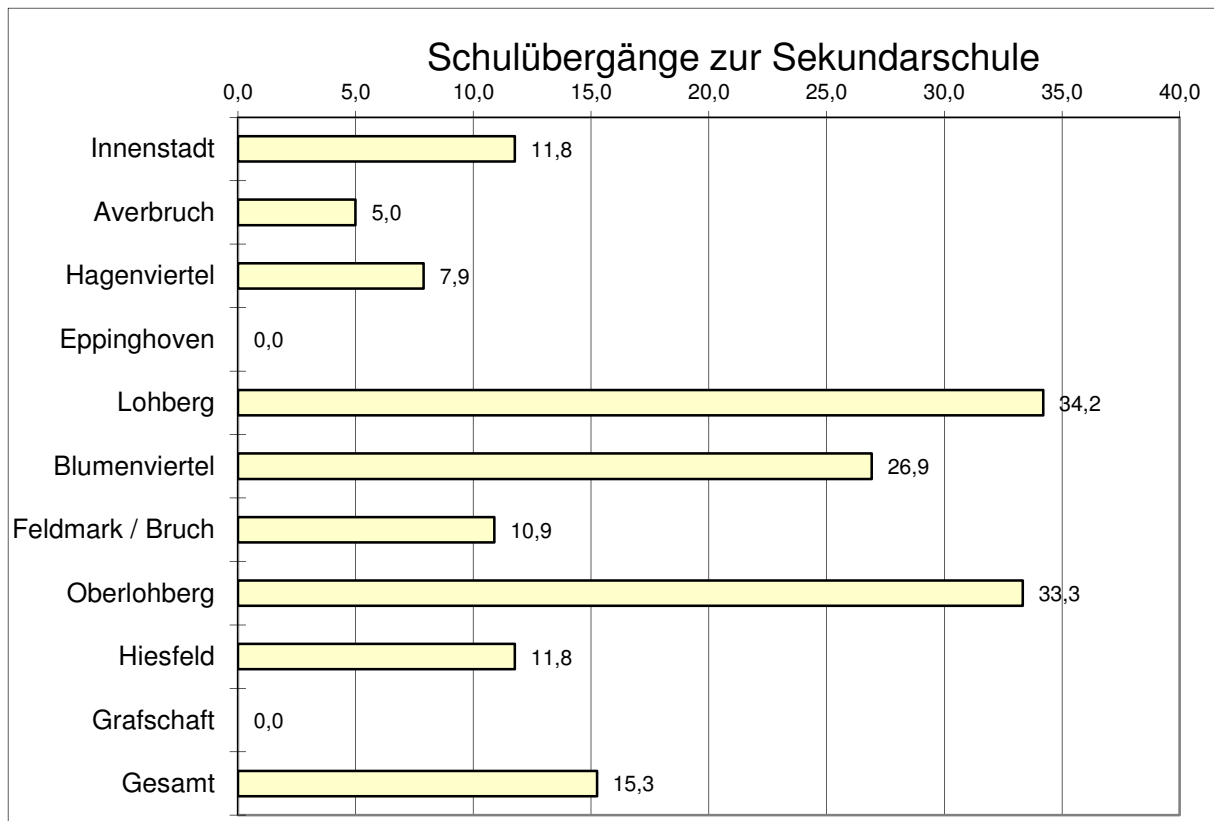
Tabelle 14: Schulübergänge 2012/2013

Prozentual gesehen ist der Unterschied zwischen den einzelnen Siedlungsbezirken noch deutlicher:

	Übergang zu			Gesamt- schule
	Sekundar- schule	Realschule	Gymnasium	
<b>Innenstadt</b>	11,8	0,0	54,9	33,3
<b>Averbruch</b>	5,1	12,8	56,4	25,6
<b>Hagenviertel</b>	7,9	13,2	52,6	26,3
<b>Eppinghoven</b>	0,0	19,0	57,1	23,8
<b>Lohberg</b>	34,7	10,7	21,3	33,3
<b>Blumenviertel</b>	26,9	15,4	28,8	28,8
<b>Feldmark / Bruch</b>	10,9	5,9	61,4	21,8
<b>Oberlohberg</b>	33,3	33,3	33,3	0,0
<b>Hiesfeld</b>	11,8	28,7	34,6	25,0
<b>Gesamt</b>	15,3	14,7	43,2	26,7

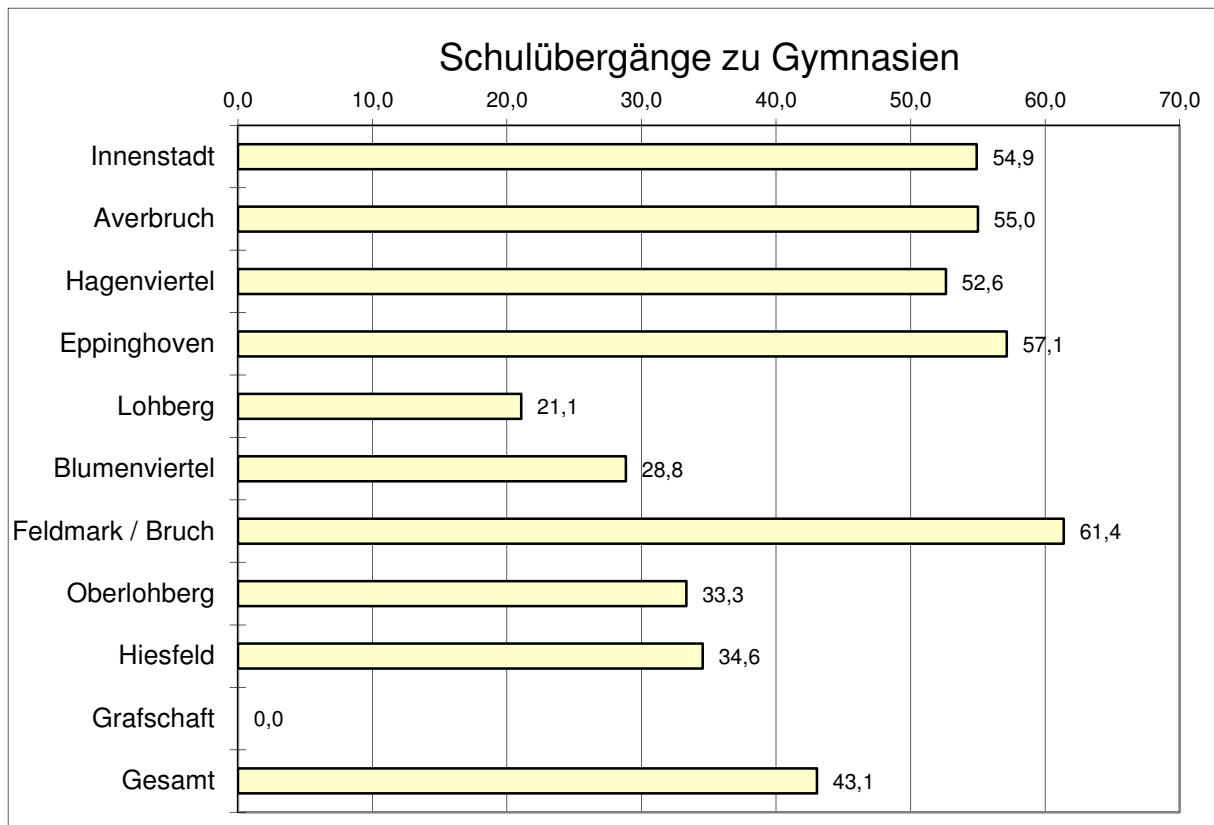
**Tabelle 15: Prozentuale Verteilung der Schulübergänge**

Gehen wir davon aus, dass derzeit die Sekundarschule vor allem für die SchülerInnen mit Hauptschulkompetenz als gewählte Schulform in Frage kommt, stellen wir fest, dass wir ein deutliches Ungleichgewicht innerhalb der Siedlungsbezirke vorfinden. Diese Schulform wird vor allem von SchülerInnen aus Lohberg, Oberlohberg und dem Blumenviertel gewählt.



**Abbildung 24: Schulübergänge zur Sekundarschule (prozentualer Anteil an Übergängen innerhalb des Siedlungsbezirks)**

Sehen wir uns im Gegensatz dazu die Übergänge zum Gymnasium an, so stellen wir fest, dass diese Stadtteile hier unterrepräsentiert sind.



**Abbildung 25: Schulübergänge zum Gymnasium**

Eine Antwort, ob es einen Zusammenhang zwischen dem Wohnort und dem Schulübergang gibt, liefert uns der Vergleich zwischen der erwarteten Häufigkeit und der tatsächlich erfolgten. Je höher die Abweichung ist, desto stärker ist hier ein Zusammenhang zu vermuten.

		Schulform						
		Sekundarschule	Realschule	Gesamtschule	Gymnasium	Förderschule	Sonstige	Gesamt
Innenstadt	Anzahl	6	0	17	28	0	0	51
	Erwartete Anzahl	7,4	7,7	12,9	22,8	0,2	0,1	51
Averbruch	Anzahl	2	5	9	22	1	0	39
	Erwartete Anzahl	5,6	5,9	9,9	17,4	0,1	0,1	39
Hagenviertel	Anzahl	3	5	10	20	0	0	38
	Erwartete Anzahl	5,5	5,7	9,6	17	0,1	0,1	38
Eppinghoven	Anzahl	0	4	5	12	0	0	21
	Erwartete Anzahl	3	3,2	5,3	9,4	0,1	0	21
Lohberg	Anzahl	<b>26</b>	8	25	<b>16</b>	1	0	76
	Erwartete Anzahl	<b>11</b>	11,5	19,2	<b>33,9</b>	0,2	0,1	76
Blumenviertel	Anzahl	<b>14</b>	8	15	<b>15</b>	0	0	52
	Erwartete Anzahl	<b>7,5</b>	7,9	13,1	<b>23,2</b>	0,2	0,1	52
Feldmark / Bruch	Anzahl	11	6	22	62	0	0	101
	Erwartete Anzahl	14,6	15,3	25,5	45,1	0,3	0,2	101
Oberlohberg	Anzahl	1	1	1	0	0	0	3
	Erwartete Anzahl	0,4	0,5	0,8	1,3	0	0	3
Hiesfeld	Anzahl	16	39	34	47	0	0	136
	Erwartete Anzahl	19,7	20,5	34,4	60,7	0,4	0,2	136
Ausserhalb	Anzahl	9	16	16	50	0	1	92
	Erwartete Anzahl	13,3	13,9	23,3	41,1	0,3	0,2	92
	Anzahl	88	92	154	272	2	1	609
	Erwartete Anzahl	88	92	154	272	2	1	609

Tabelle 16: Vergleich erwartete / tatsächliche Häufigkeiten Schulübergang

		Sekundarsch	Realschule	Gesamtschul	Gymnasium	Förderschule	Sonstige	Gesamt
Innenstadt	Anzahl	-1,4	-7,7	4,1	5,2	-0,2	-0,1	51
Averbruch	Anzahl	-3,6	-0,9	-0,9	4,6	0,9	-0,1	39
Hagenviertel	Anzahl	-2,5	-0,7	0,4	3	-0,1	-0,1	38
Eppinghoven	Anzahl	-3	0,8	-0,3	2,6	-0,1	0	21
Lohberg	Anzahl	15	-3,5	5,8	-17,9	0,8	-0,1	76
Blumenviertel	Anzahl	6,5	0,1	1,9	-8,2	-0,2	-0,1	52
Feldmark / Bruch	Anzahl	-3,6	-9,3	-3,5	16,9	-0,3	-0,2	101
Oberlohberg	Anzahl	0,6	0,5	0,2	-1,3	0	0	3
Hiesfeld	Anzahl	-3,7	18,5	-0,4	-13,7	-0,4	-0,2	136

**Tabelle 17: Schulübergänge: Differenzen Erwartete und tatsächliche Häufigkeiten**

Besonders hohe Unterschiede sehen wir in Hiesfeld, Lohberg und dem Blumenviertel. Auffällig in Hiesfeld ist die Abweichung zu Gunsten der Realschule und in Lohberg zu Gunsten der Sekundarschule.

Aus der Prognos-Studie<sup>14</sup> zu den sozialen Folgekosten in NRW geht hervor, dass dem Land NRW aufgrund fehlender Berufsausbildung bzw. fehlendem Schulabschluss Steuereinnahmen entgehen, von den Kosten für Maßnahmen zur Herstellung der Ausbildungsfähigkeit ganz zu schweigen.

Die ISS-Studie aus 2012<sup>15</sup> zeigt, dass durch frühe Bildungsangebote (Hoch-) Risikofamilien und insbesondere sogenannte „unsichere“ Familien profitieren.

Die „unsicheren“ Familien fühlen sich aufgrund der neuen Lebensphase verunsichert, leben häufig in einer prekären finanziellen Situation, sind oft von Erwerbslosigkeit betroffen und weniger in Netzwerke eingebunden. Sie werden häufig übersehen.

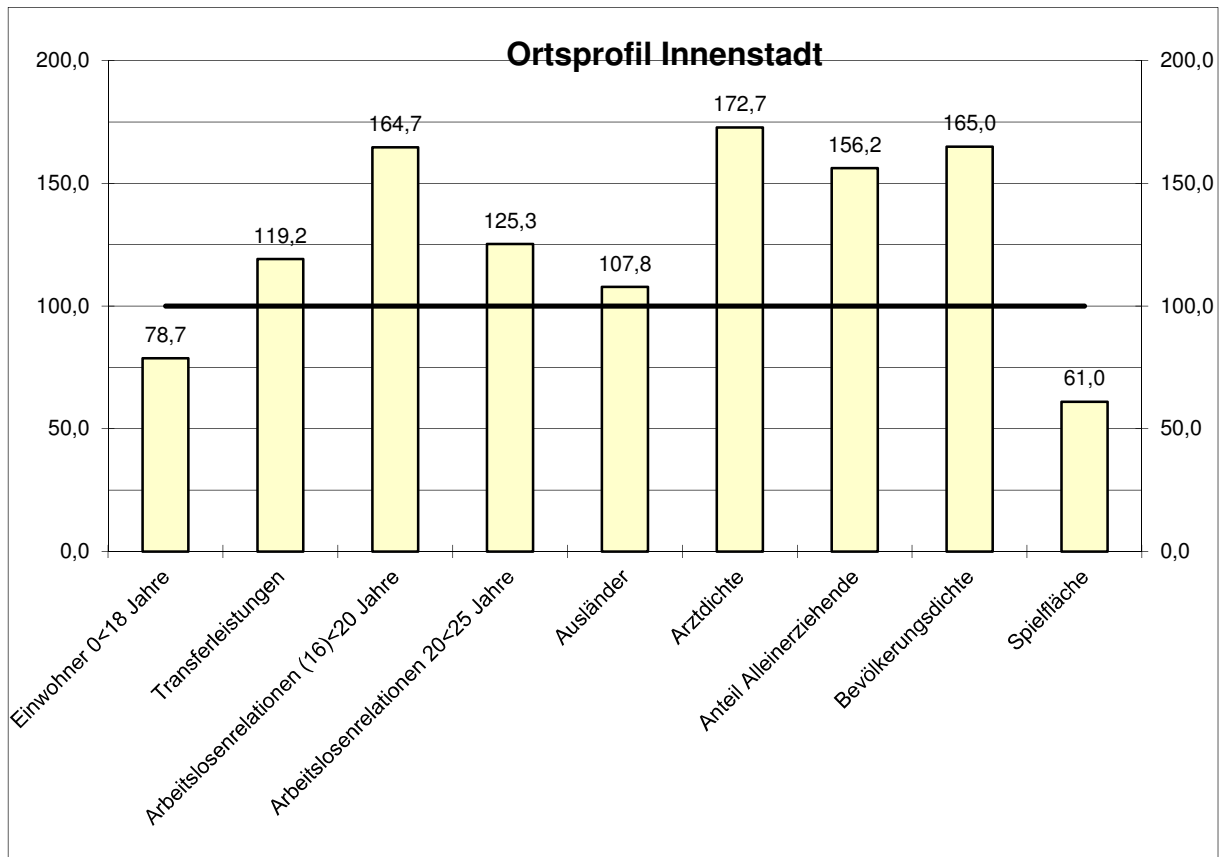
<sup>14</sup> Prognos: Bilanzierung der Sozialen Folgekosten in NRW, Düsseldorf 2011

<sup>15</sup> Institut für Sozialarbeit und Sozialpädagogik e.V., „Frühe Förderung von Anfang an“, Frankfurt a.M. 2012



### 3. Sozialanalyse der Siedlungsbezirke

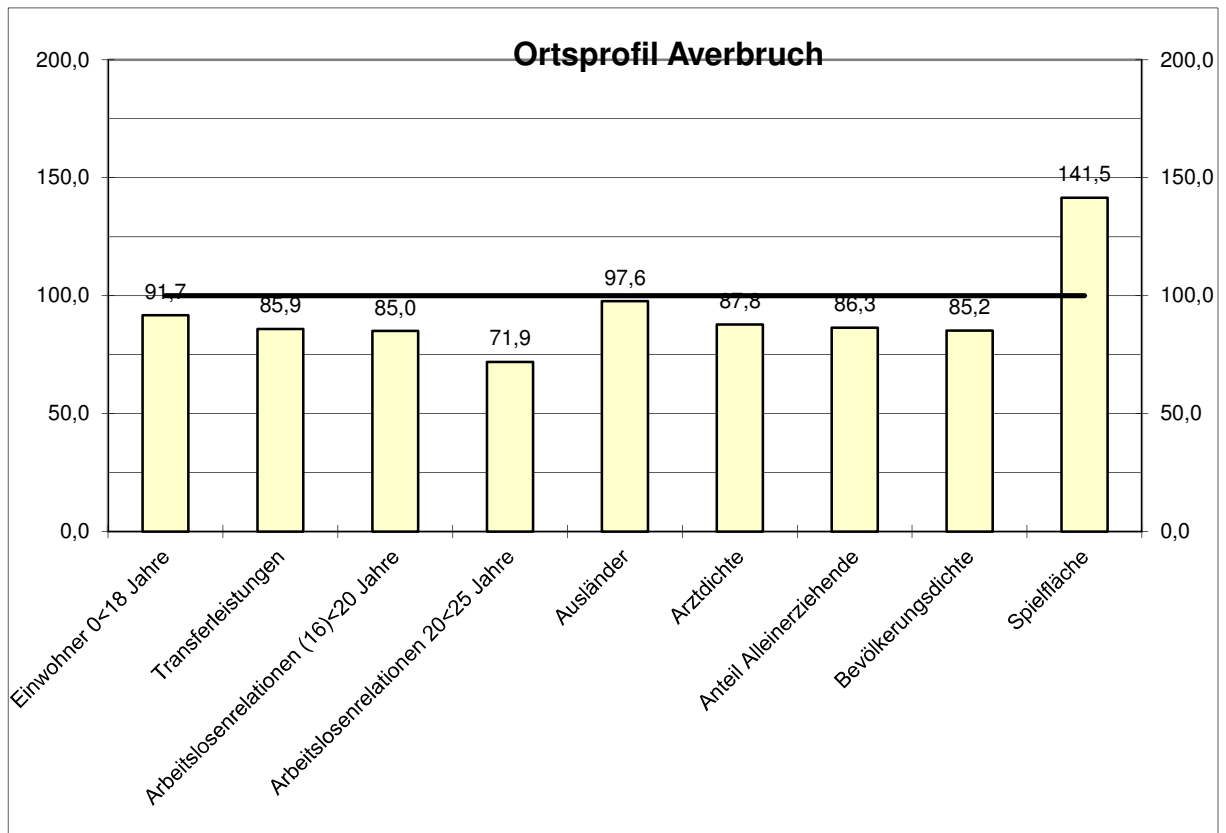
#### 3.1. Innenstadt



**Abbildung 26: Ortsprofil Innenstadt**

Im Siedlungsbezirk Innenstadt können wir im Ortsprofil gut die überwiegend negative Abweichung im Vergleich zur Gesamtstadt (=100) darstellen. Positiv ist nur die Versorgung mit Ärzten festzustellen, hier weicht die Innenstadt (typischer Weise) von der Gesamtstadt ab.

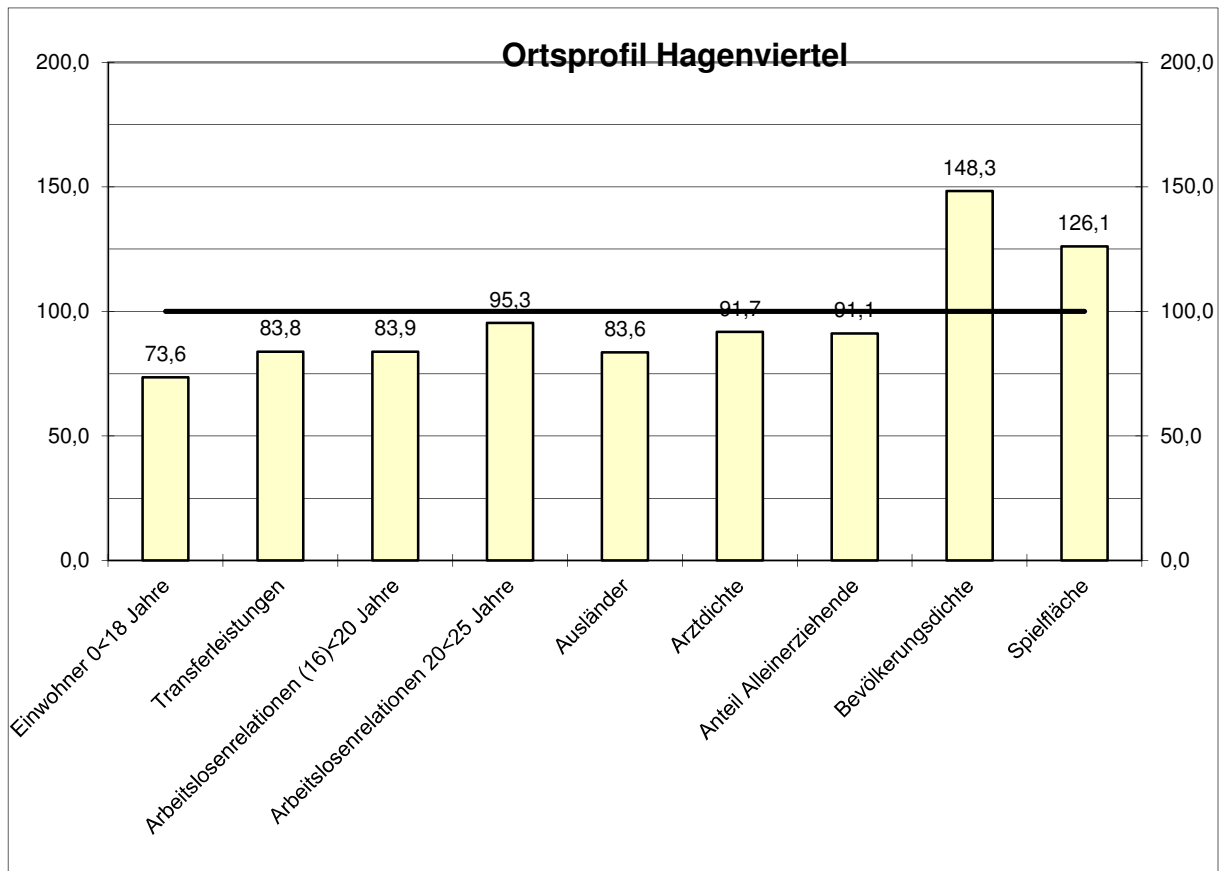
### 3.2. Averbuch



**Abbildung 27: Ortsprofil Averbuch**

Der Siedlungsbezirk Averbuch stellt im Ortsprofil weitestgehend den Stadtdurchschnitt dar. Bei Spielflächen und Arbeitslosigkeit weicht er positiv vom Stadtdurchschnitt ab.

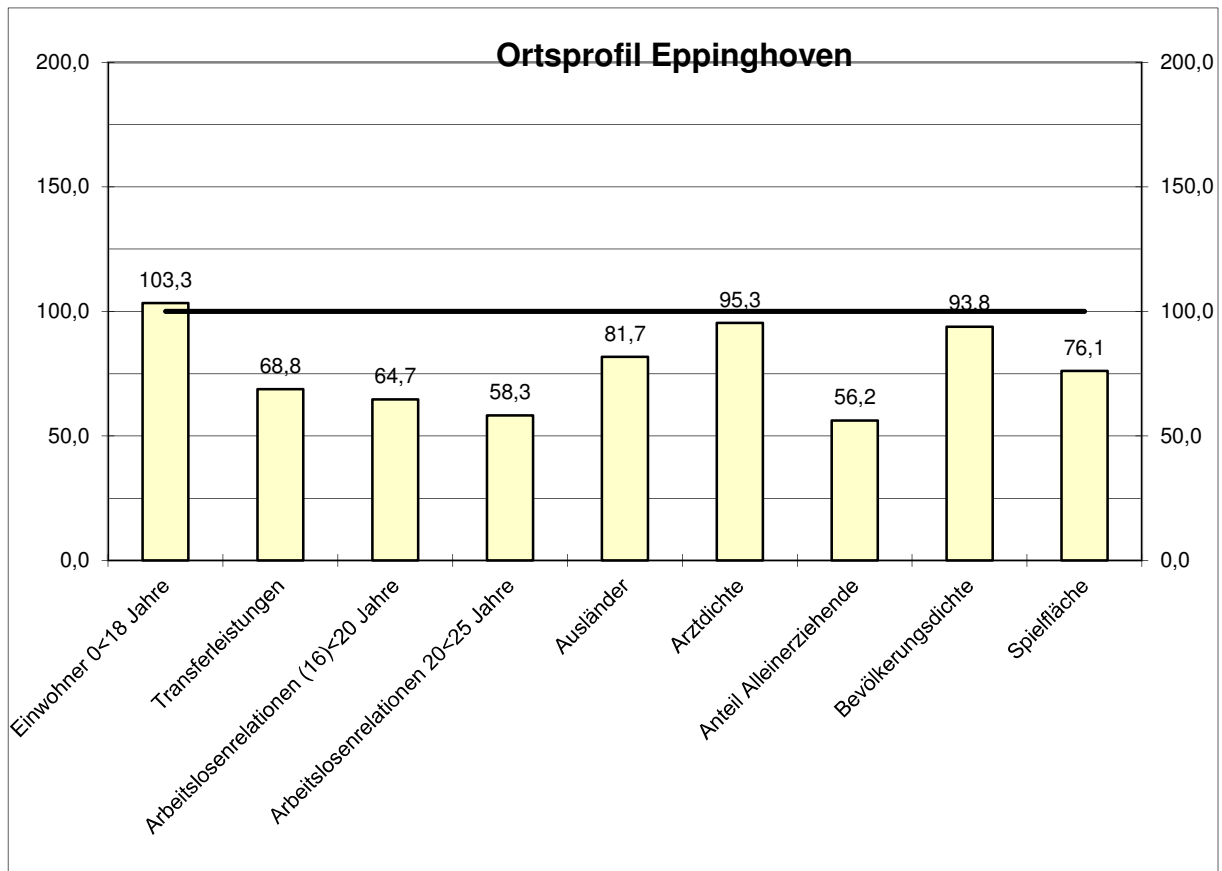
### 3.3. Hagenviertel



**Abbildung 28: Ortsprofil Hagenviertel**

Mit einer höheren Bevölkerungsdichte weicht das Hagenviertel vom Stadtdurchschnitt ab, ansonsten liegt der Siedlungsbezirk aber relativ im Stadtdurchschnitt.

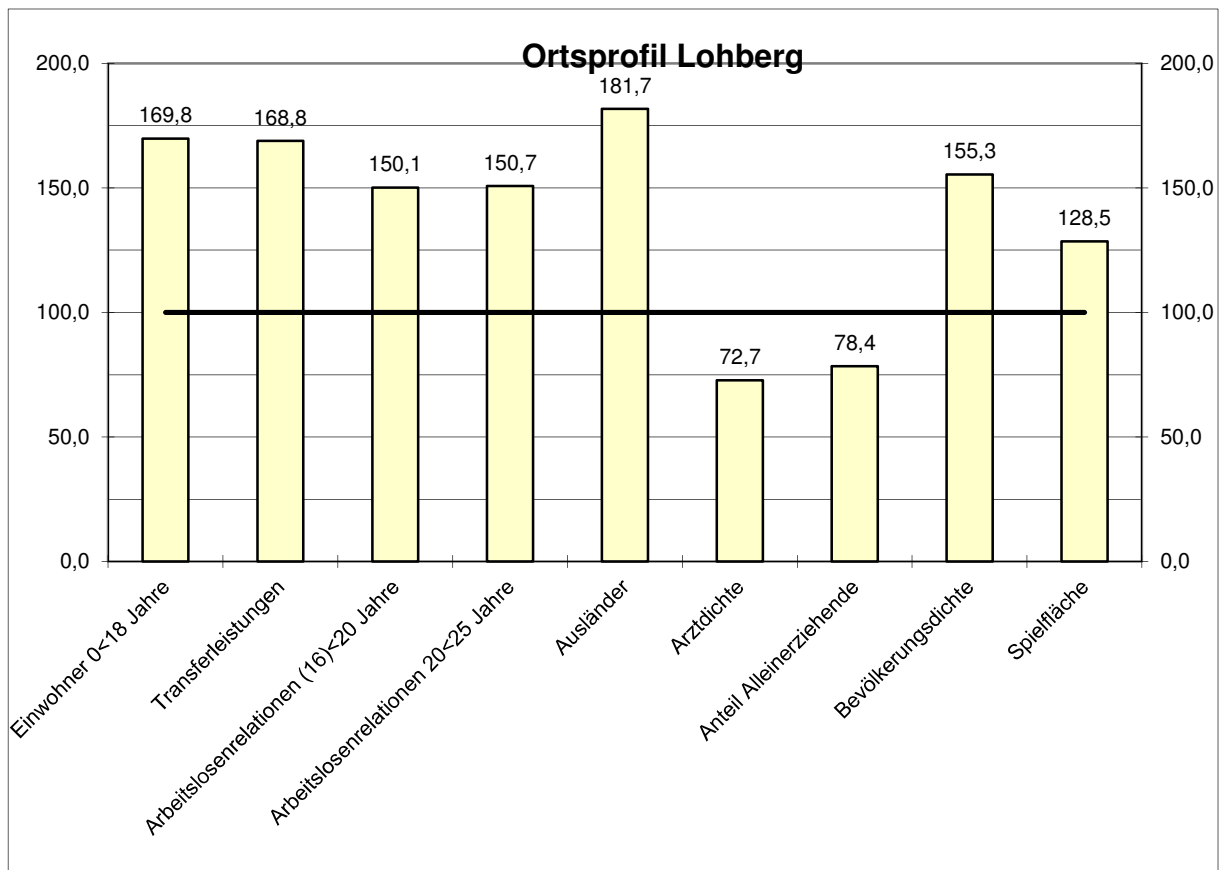
### 3.4. Eppinghoven



**Abbildung 29: Ortsprofil Eppinghoven**

Der Siedlungsbezirk Eppinghoven weicht deutlich positiv vom Staddurchschnitt ab.

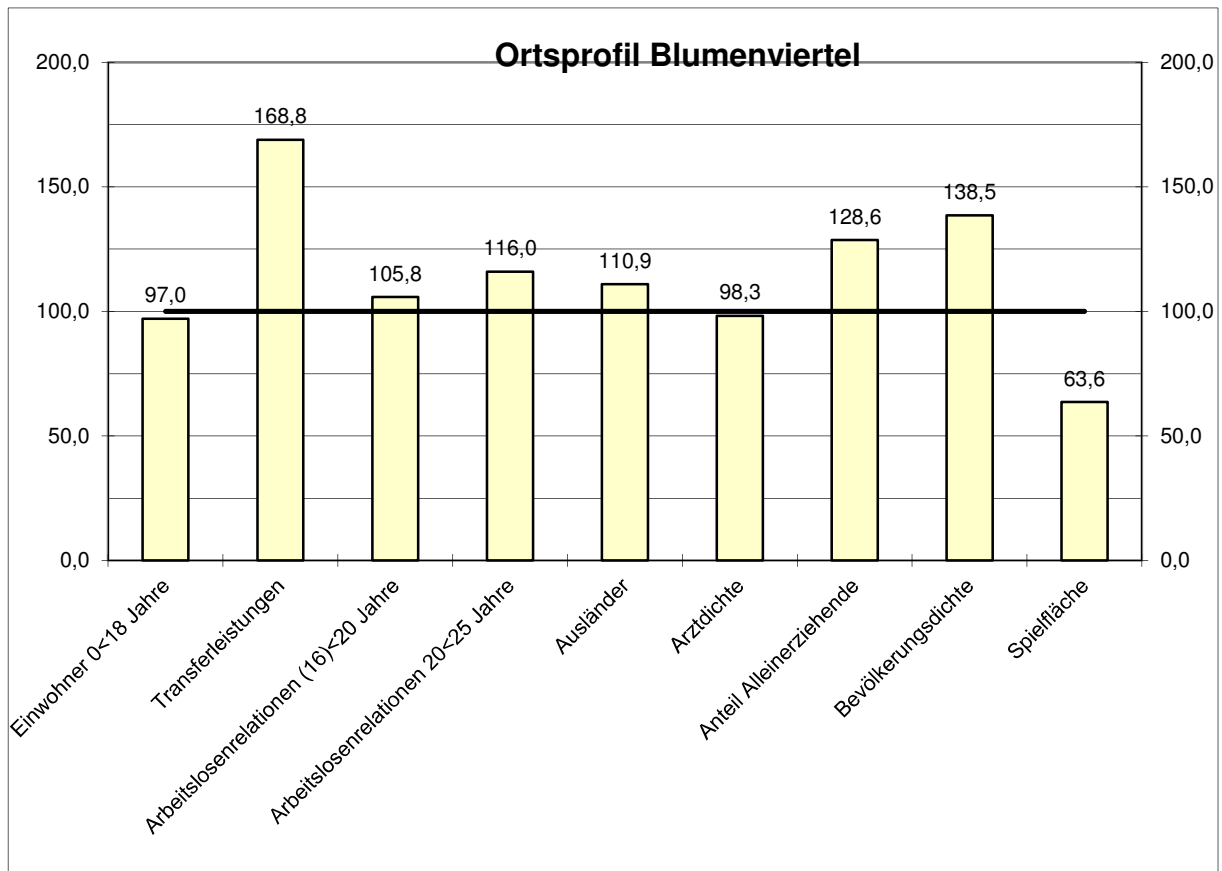
### 3.5. Lohberg



**Abbildung 30: Ortsprofil Lohberg**

Lohberg markiert bei nahezu allen Sozialindikatoren das Maximum der Abweichung des städtischen Durchschnitts. Dies macht hier auch noch einmal die Summe der Disparitäten, die in Lohberg vorhanden sind, deutlich und zeigt den Handlungsbedarf signifikant auf.

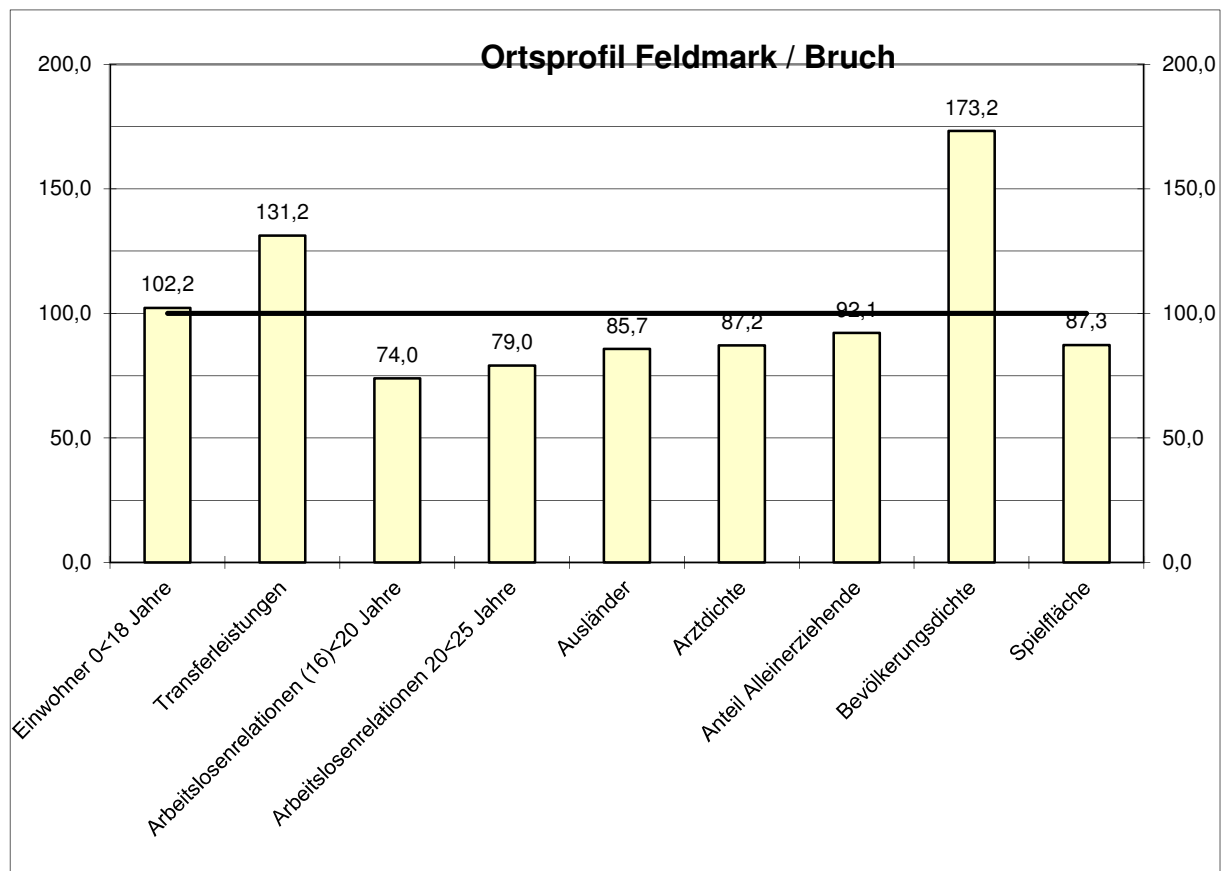
### 3.6. Blumenviertel



**0Abbildung 31: Ortsprofil Blumenviertel**

Im Siedlungsbezirk Blumenviertel ist – analog zu Lohberg – die höchste Armut zu vermuten. Auffällig im Blumenviertel ist dazu der hohe Anteil Alleinerziehender.

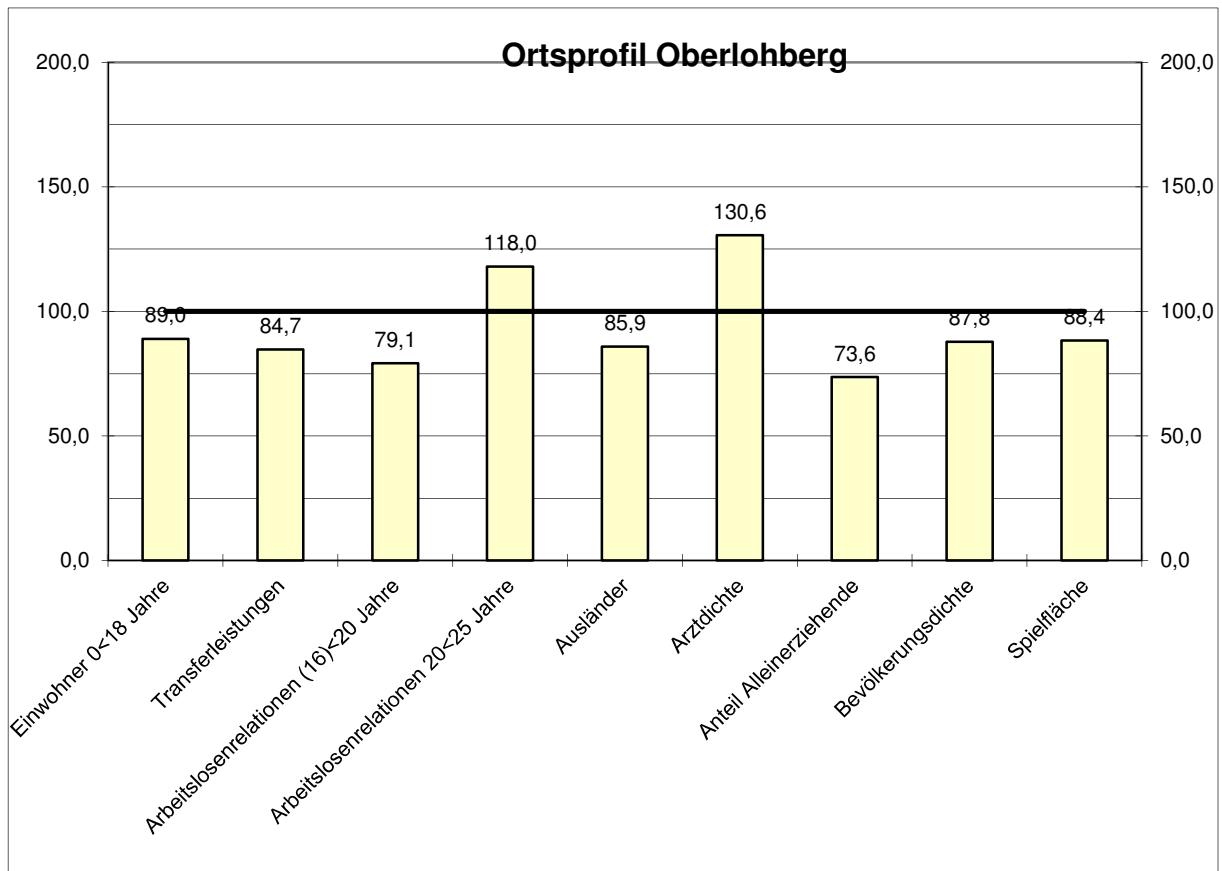
### 3.7. Feldmark / Bruch



**Abbildung 32: Ortsprofil Feldmark / Bruch**

Feldmark/Bruch weicht in den Indikatoren Sozialhilfe und auch in der Bevölkerungsdichte vom Stadtdurchschnitt ab. Hier zeigt sich, dass die Aufnahme in das Programm „Soziale Stadt“ durchaus berechtigt war. Gerade bei der hohen Bevölkerungsdichte ist die Investition in die Soziale Infrastruktur enorm wichtig.

### 3.8. Oberlohberg

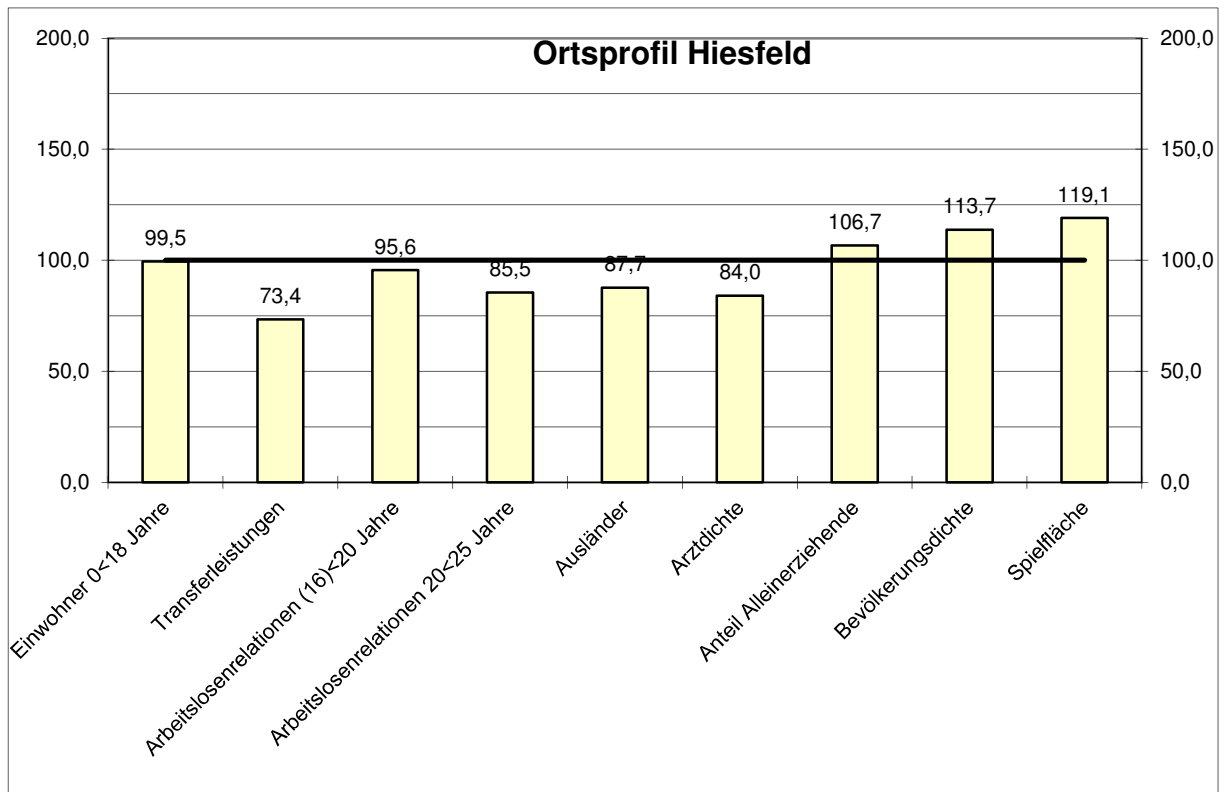


**Abbildung 33: Oberlohberg**

Der Siedlungsbezirk Oberlohberg liegt, abgesehen vom Indikator Jugendarbeitslosigkeit unterhalb des städtischen Durchschnitts.



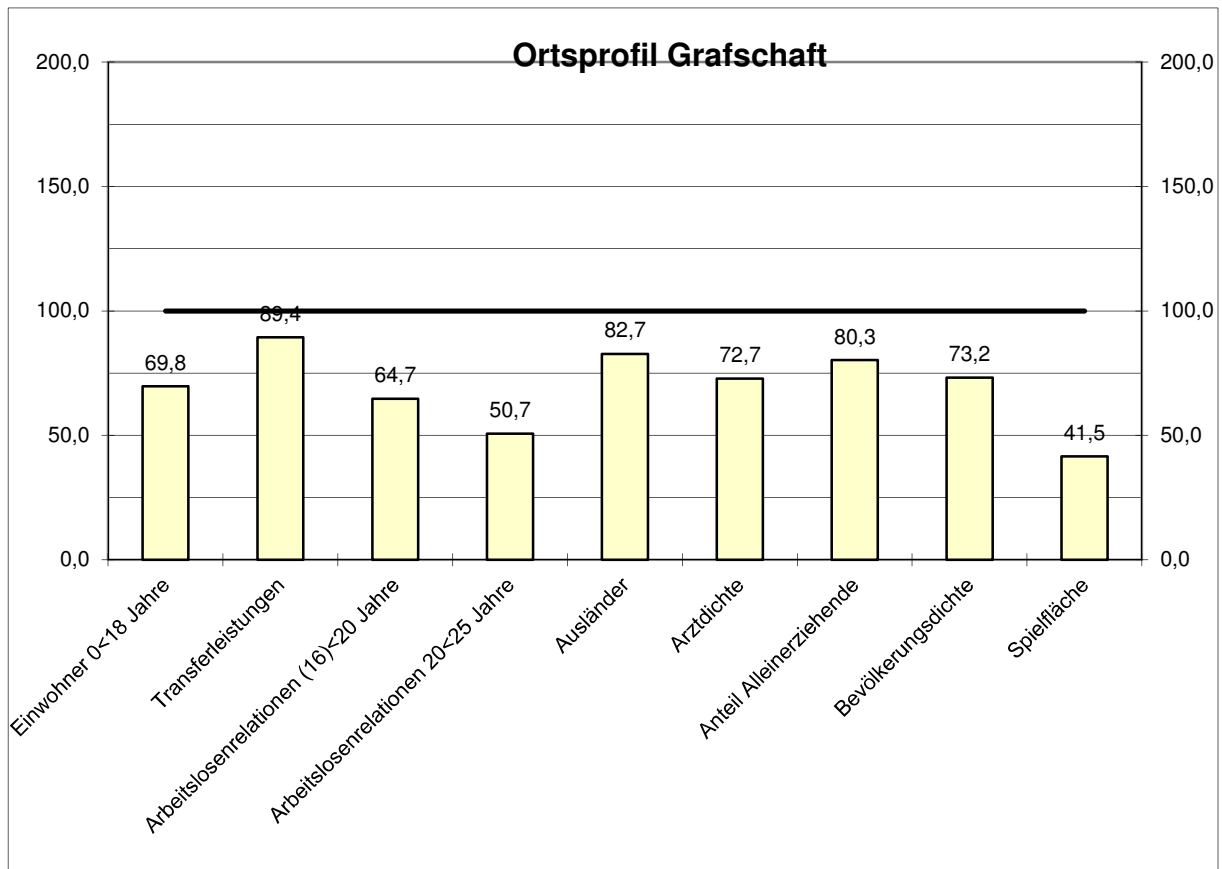
### 3.9. Hiesfeld



**Abbildung 34: Ortsprofil Hiesfeld**

Im Siedlungsbezirk Hiesfeld leben die meisten Menschen. Daher liegt es im Vergleich nahezu im städtischen Durchschnitt.

### 3.10. Graftschaft



**Abbildung 35: Ortsprofil Graftschaft**

Als kleinster Siedlungsbezirk Dinslakens liegt die Graftschaft deutlich unter dem Stadtdurchschnitt.

## 4. Soziale Disparitäten

In der Soziologie und Humangeographie versteht man unter Disparitäten ungleiche Lebensbedingungen innerhalb eines genau definierten Raumes in sozialer und wirtschaftlicher Hinsicht (Arbeitsplätze, Dienstleistungen, Infrastruktur). Sie werden definiert als Abweichungen bestimmter, als gesellschaftlich relevant erachteter Merkmale von einer gedachten Referenzverteilung, die auf eine bestimmte räumliche Ebene bezogen ist. In diesem Sozialbericht nehmen wir den gesamtstädtischen Durchschnitt als Referenz.

Sind die Ressourcenausstattung oder Lebensbedingungen von bestimmten Gruppen so beschaffen, dass sie regelmäßig bessere Lebens- und Verwirklichungschancen als andere haben, so spricht man von „sozialen Disparitäten“ oder etwas unpräziser von „sozialer Ungleichheit“. In der Sozialwissenschaft lässt der Begriff offen, ob Sachverhalte sozialer Ungleichheit als "gerecht" oder "ungerecht" gelten.

Mit dem Wort "Ungleichheit" werden in den Sozialwissenschaften nicht bloße (horizontale) Unterschiede, sondern (vertikale) Besser- bzw. Schlechterstellungen zwischen Menschen bezeichnet.

Man spricht von "sozialer Ungleichheit" (vgl. Hradil 2001: 27 – 46), wenn die Ressourcenausstattung (zum Beispiel der Bildungsgrad oder die Einkommenshöhe) oder die Lebensbedingungen (beispielsweise die Wohnverhältnisse) von Menschen aus gesellschaftlichen Gründen so beschaffen sind, dass bestimmte Bevölkerungsteile regelmäßig bessere Lebens- und Verwirklichungschancen als andere Gruppierungen haben.

"Besser" sind Lebens- und Verwirklichungschancen dann, wenn Ressourcenausstattungen oder Lebensbedingungen bestimmten Menschen nach den jeweils geltenden gesellschaftlichen Maßstäben (zum Beispiel bezüglich Sicherheit, Wohlstand, Gesundheit) die Möglichkeit zu einem "guten Leben" und zur weiten Entfaltung der eigenen Persönlichkeit bieten, anderen Menschen jedoch nicht. Inwieweit diese Möglichkeiten individuell genutzt werden, steht dahin. Der Begriff "soziale Ungleichheit" schließt somit nicht aus, dass Menschen, die in Siedlungsbezirken mit vorteilhaften Bedingungen leben, keiner Unterstützung bedürfen. Die Soziale Belastung ist in diesem Sozialbericht als Flächenmaß zu

verstehen, welches uns aufzeigt, in welchen Siedlungsbezirken in Dinslaken die negativen Faktoren am dichtesten vorhanden sind.

### **Dimensionen sozialer Ungleichheit**

Da wir nur auf eine beschränkte Anzahl an statistischen Daten zurückgreifen können, können wir auch nur Teilaspekte der sozialen Ungleichheit aufzeigen. Wir greifen daher auf die Grundindikatoren, die uns einen Hinweis zu Armut geben (Sozialhilfebezug, Jugendarbeitslosigkeit) zurück und zu Risikoindikatoren (Alleinerziehend, Ausländeranteil, Bevölkerungsdichte). Bei einer bestimmten Konzentration können wir Soziale Schichten implizieren.

### **Soziale Schichten**

Eine »soziale Schicht« besteht aus Menschen, die einen ähnlichen »Status« innerhalb einer oder mehrerer Dimensionen sozialer Ungleichheit innehaben. So kann man z. B. Bildungs- oder Einkommensschichten unterscheiden. Zur Ermittlung der Stellung eines Menschen im gesamtgesellschaftlichen Schichtungsgefüge kombiniert man in der Regel seinen Bildungs-, Berufs- und Einkommensstatus. Das „Oben und Unten“ der beruflichen Stellung, der hierfür notwendigen Qualifikationen und des hieraus resultierenden Einkommens gelten in modernen Gesellschaften als Kernstruktur des Gefüges sozialer Ungleichheit.

Die jeweilige Schichtzugehörigkeit hat viele Konsequenzen, aus denen die Vor- bzw. Nachteile der Schichtzugehörigkeit erst wirklich deutlich werden: Wer einer höheren Schicht angehört, denkt und handelt im Allgemeinen optimistischer, leistungsorientierter, planender, zukunftsorientierter und durchsetzungsfähiger. Die Mitglieder höherer Schichten sind seltener krank, leben länger, werden weniger straffällig und verfügen über größere Netzwerke mit mehr "Beziehungen". Die Kinder haben bessere Bildungschancen usw.

Trotzdem fallen die Mentalitäten und Verhaltensweisen der Menschen innerhalb gleicher sozialer Schichten durchaus unterschiedlich (und gelegentlich über

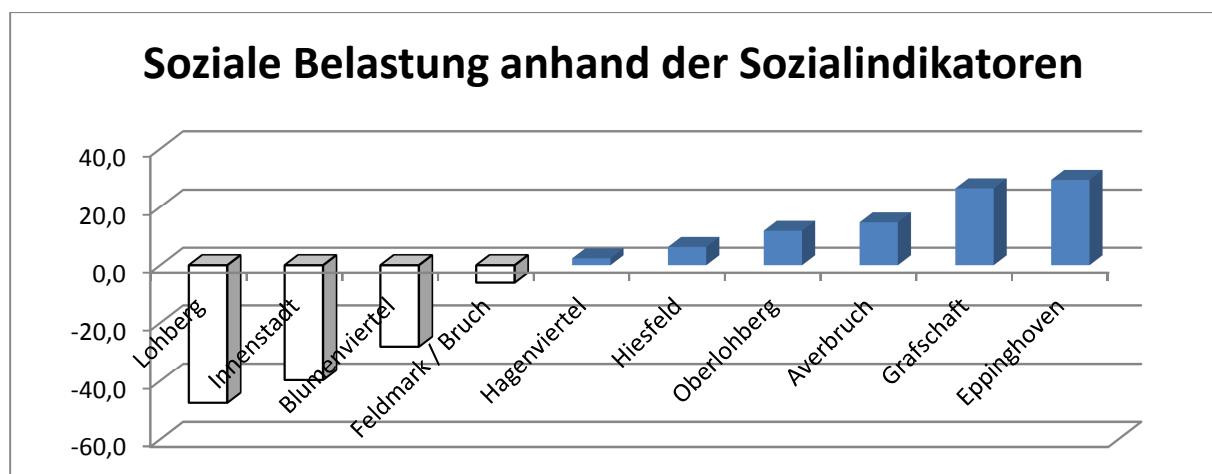
Schichtgrenzen hinweg ähnlich) aus. Die Begriffe der sozialen Milieus und der Lebensstilgruppierungen dienen dazu, diese Unterschiede zu erfassen.

Räumliche (regionale) Disparitäten äußern sich in unterschiedlichen Lebensbedingungen sowie in ungleichen wirtschaftlichen Entwicklungsmöglichkeiten. Die nachfolgende Tabelle zeigt die Abweichung der einzelnen Siedlungsbezirke im Vergleich zum städtischen Durchschnitt. Dabei wurden durch statistische Methoden Standardpunkte errechnet, die einen Vergleich zwischen allen Siedlungsbezirken ermöglichen. Je höher ein Siedlungsbezirk negativ von 0 (= städtischer Durchschnitt) abweicht, desto höher ist die entsprechende Disparität.

	Sozialhilfe	AL u 20	AL 20 - 25	Ausl	Alleinerz.	Bev. Dichte	Gesamt	Soz. Bel.
<b>Innenstadt</b>	-19,2	-64,7	-25,3	-7,8	-56,2	-65,0	-238,3	-39,7
<b>Averbruch</b>	14,1	15,0	28,1	2,4	13,7	14,8	88,1	14,7
<b>Hagenviertel</b>	16,2	16,1	4,7	16,4	8,9	-48,3	14,1	2,4
<b>Eppinghoven</b>	31,2	35,3	41,7	18,3	43,8	6,2	176,5	29,4
<b>Lohberg</b>	-68,8	-50,1	-50,7	-81,7	21,6	-55,3	-285,0	-47,5
<b>Blumenviertel</b>	-68,8	-5,8	-16,0	-10,9	-28,6	-38,5	-168,6	-28,1
<b>Feldmark / Bruch</b>	-31,2	26,0	21,0	14,3	7,9	-73,2	-35,2	-5,9
<b>Oberlohberg</b>	15,3	20,9	-18,0	14,1	26,4	12,2	70,9	11,8
<b>Hiesfeld</b>	26,6	4,4	14,5	12,3	-6,7	-13,7	37,5	6,2
<b>Grafschaft</b>	10,6	35,3	49,3	17,3	19,7	26,8	158,9	26,5

**Tabelle 18: Soziale Disparitäten**

Mit Hilfe eines Disparitätendiagramms lassen sich räumliche (regionale) Disparitäten graphisch veranschaulichen.



**Abbildung 36: Soziale Disparitäten**

Das Disparitätendiagramm fasst zusammen, was wir aus dem gesamten Vorbericht herausgearbeitet haben: 4 Siedlungsbezirke in Dinslaken weisen im gesamtstädtischen Vergleich eine Anhäufung von Disparitäten auf. Dabei sind es vor allem Lohberg, die Innenstadt und das Blumenviertel (in Teilbereichen Feldmark/Bruch) in denen die Startbedingungen für eine erfolgreiche Biografie schlechter sind als in den übrigen Siedlungsbezirken.

## **5. Ausgesuchte Ergebnisse zur Befragung „Kinderarmut in Dinslaken“**

In der Sozialwissenschaft wird zwischen "harten" und "weichen" Daten unterschieden: Harte (quantitative) Daten sind Daten in numerischer Form, die sich exakt messen und quantifizieren lassen. Dadurch sind sie objektiv nachprüfbar. Harte Daten lassen sich in Kennzahlen wie Anzahl, Prozent, Kosten, Umsatz oder Auslastung ausdrücken.

Die vorherigen Kapitel haben die soziale Lage in Dinslaken aufgrund von „harten“ statistischen Daten beschrieben. Weiche (qualitative) Daten dagegen lassen sich nicht oder nur schwer messen, quantifizieren und in Kennzahlen ausdrücken. Sie sind subjektiv und bedürfen in der Regel der Interpretation. Dadurch werden sie oft als weniger verlässlich empfunden als harte Daten. Dies ist aber keineswegs der Fall. Weiche Daten haben beschreibenden Charakter und liegen unstrukturiert in Text- oder Bildform vor. Beispiele für weiche Daten sind Meinungen, Einschätzungen, Eindrücke, Vermutungen, Gerüchte, Stimmungen, Erwartungen, Ideen, Erfahrungen und Wissen. Sie geben uns einen Einblick in einen Teil der Realität, die wir zwar nicht quantifizieren können, die uns aber eine Erklärung zum Phänomen Kinderarmut und vor allem zu den subjektiv empfundenen Auswirkungen auf die Betroffenen liefern.

Ausgehend aus dem Sozialraumgespräch „Innenstadt“ haben wir eine Umfrage erstellt, mit deren Hilfe wir uns „weiche Daten“ zur Auswirkung von Kinderarmut versprechen. Befragt wurden Schulen, Kindergärten, Sozialeinrichtungen und weitere relevante Institutionen. Da die Befragung zum Zeitpunkt der Erstellung dieses Sozialberichtes noch lief haben wir einige ausgesuchte Antworten im Folgenden dargestellt.

## 1. Mängel in Folge von (Kinder-)Armut

Auf die Frage „Welche Mängel in Folge von Armut sehen Sie in Ihrer Einrichtung?“ antworteten uns die Institutionen wie folgt:

AWO "Startchancen"	Medizinische Versorgung  Finanzieller Mangel  Wohnraum
VHS Dinslaken	Exklusion in Teilbereichen aus finanz. Mangel  indirekte Armut
AWO Kita Katharinenstr.	kein Mittagessen  Erziehungsengagement fehlt  Bildung
Ev. Kindergarten Alette Meyer	Kleidung /Schuhe,  Fehlende Sportsachen  schlechte Ernährung  (Zahn)-Gesundheit  Erziehungskompetenz
AWO Kita Im Hardtfeld	nicht bekannt / sichtbar
Kita Talstrasse	unausgewogene Ernährung / Mangelernährung  aggressives Verhalten  unangem. Kleidung / zu klein, zu gross  keine Freizeitaktivitäten  Infektanfälligkeit
GGs Am Weyer	fehlendes Frühstück

GGG Hagenschule	Aufbringen des Essensgeldes
Klaraschule	mangelnde Verpflegung/Frühstück Kleidung / Schuhe Schulmaterial Sammlung jeglicher Art mühsam / zeitaufwändig
GGG Gartenschule	Außenstände Mittagessensgeld Erscheinungsbild der Familien Kleidung / Schulmaterial Verhaltensauffälligkeiten Sozialkontakte
Jugendzentrum Pdorf	Hunger Kleidung/Schuhe Eltern stehen nicht für die Belange der Kinder zur Verfügung
Haus der Offenen Tür/Caritas Verband	Mangelhafte Kleidung Fehlende Schulsachen Schlechte Zahngesundheit Wenig Teilnahme an Aktionen, die Geld kosten
Düppelpunkt/Caritas - Verband	Sichtbare Armut (äußeres Erscheinungsbild) Verhaltensoriginelle Kinder
Kita St. Marien / Caritas -Verband	Erzieher/-innen als Sorgenbewältiger Offene Essensgelder



	<p>Kostenlose Angebote werden überdurchschnittlich genutzt</p> <p>Fehlende Gebrauchsgegenstände, z.B. Helme, Fahrräder</p> <p>Vermittlung zu anderen Einrichtungen /Begleitung</p>
OGS Moltkeschule	<p>Kleidung nicht wettergemäß</p> <p>Mangel an Schulmaterialien</p> <p>Keine Kenntnis von gesunder Ernährung</p> <p>Klassenfahrten nicht bezahlt</p> <p>Mittagstischbestellung nicht angekommen</p>

Armut ist danach schon an der Kleidung feststellbar. Arme Kinder fallen durch schlechte / unangemessene Kleidung auf.

Das am häufigsten genannte Merkmal ist eine mangelnde/schlechte Ernährung und die dadurch resultierenden (gesundheitlichen) Folgen.

Weiterhin wird ein auffälliges Sozialverhalten dargestellt, welches in Zusammenhang mit der fehlenden Erziehungskompetenz der Eltern gebracht wird.

## 2. Gesundheitliche Auswirkungen von Armut

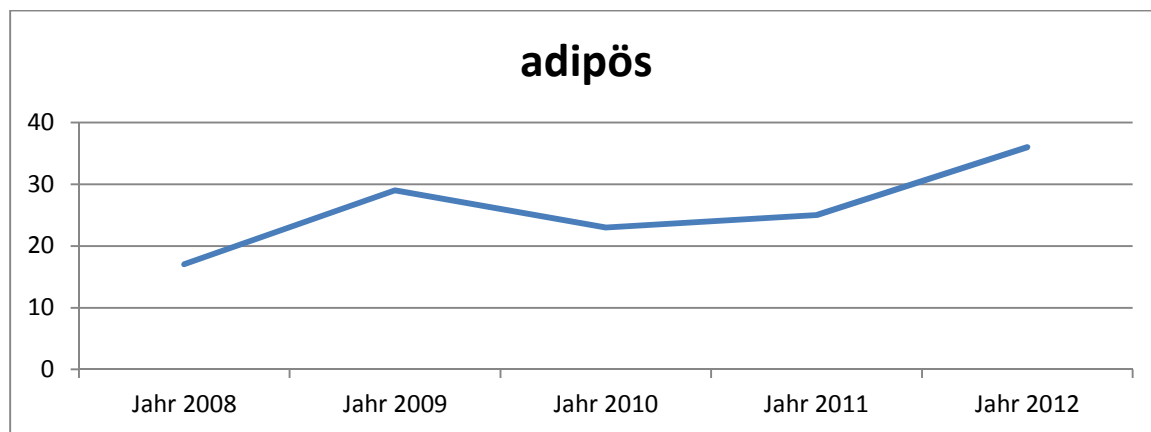
**Frage:** Welche gesundheitlichen Auswirkungen von Armut sehen Sie in Ihrer Einrichtung?“

Institution	Gesundheit
AWO "Startchancen"	Suchtmittelkonsum Ernährungsdefizite Bekleidung Nicht behandelte Auffälligkeiten
Ev. Kindergarten Alette Meyer	zu wenig Schlaf schlechte Ernährung unangemessene Kleidung zu wenig Bewegung
AWO Kita Im Hardtfeld	Übergewicht emotionale Armut
Kita Talstrasse	Mangelernährung psych. kranke Eltern mangelnde Körperhygiene schlechter Allgemeinzustand
GGs Am Weyer	Zahnpflege Hygiene
Klaraschule	Zahnpflege hohe Fehlzeiten wg. Infekten und Kopfschmerzen
GGs Gartenschule	können Ansprüche auf Förderung schlecht

	<p>durchsetzen (bei Ärzten etc.)</p> <p>kein Bewusstsein für gesunde Ernährung</p> <p>schlechtes Vorbild (Cola statt Wasser..)</p> <p>unzureichender Schlaf</p>
Jugendzentrum Pdorf	<p>keine Vorsorgen</p> <p>krank in die Einrichtung</p> <p>fehlende Körperpflege</p> <p>unregelm. ungesunde Ernährung (Gewichtsproblematik)</p>
Haus der Offenen Tür / Caritas-Verband	<p>Vernachlässigte Zahnhygiene</p> <p>Übergewicht</p> <p>Unsportlichkeit</p>
Düppelpunkt / Caritas-Verband	<p>Mangelhafte und ungesunde Ernährung</p> <p>Schlechte Körperpflege, mangelnde Zahnhygiene</p> <p>Unregelmäßige Arztbesuche</p> <p>Eltern sind schlechte Vorbilder (Rauchen, Alkohol, Drogen)</p>
Kita St. Marien / Caritas-Verband	<p>Falsche Ernährung</p> <p>Fehlende Grundernährung</p> <p>Arztbesuche werden nicht in Anspruch genommen</p>
Moltkeschule	<p>Mangelnde Kenntnis</p> <p>Negative gesundheitl. Folgen der schlechten Ernährung</p>

**Tabelle 19: Auswertung Gesundheit**

Die falsche Ernährung und ihre Folgen wird von allen Institutionen genannt. Um dies einmal genauer zu beleuchten, haben wir die Ergebnisse der Schuleingangsuntersuchungen aus den Jahren 2008 – 2012 ausgewertet.



**Abbildung 37: Adipositas bei Schuleingang**

Der Anteil an Kindern, die deutliches Übergewicht haben, ist in den letzten Jahren kontinuierlich gestiegen.

	adipös 2008	adipös 2009	adipös 2010	adipös 2011	adipös 2012
Hagenschule	2	1	3	4	0
Averbruch	0	1	2	1	4
GGs Gartenstr.	3	3	2	0	7
Klarasch		4	4	4	3
Elisabeth	5				
Bruch	1	6	0	6	7
Dorf	2	3	4	2	5
Schule am Weyer	2	1	1	2	6
Moltke					
GGs Lohberg	2	8	7	4	2
Dinslaken	17	29	23	25	36

**Tabelle 20: Adipositas im Vergleich**

Zur besseren Differenzierung untersuchen wir die Daten aus der Schuleingangsuntersuchung aus dem Jahr 2012.

	Deutlich untergewichtig	Untergewichtig	Normal	Übergewichtig	Adipös	Summe minus	Summe plus
Hagenschule	2,7	2,7	82,4	12,2	0,0	5,4	12,2
Averbruch	3,7	5,6	79,6	3,7	7,4	9,3	11,1
GGG Gartenstr.	1,6	1,6	71,4	14,3	11,1	3,2	25,4
Klarasch	0,0	4,9	78,0	9,8	7,3	4,9	17,1
Bruch	1,5	0,0	78,5	9,2	10,8	1,5	20,0
Dorf	1,5	4,4	79,4	7,4	7,4	5,9	14,7
Schule am Weyer	10,3	0,0	64,1	10,3	15,4	10,3	25,6
GGG Lohberg	0,0	8,6	77,1	8,6	5,7	8,6	14,3

**Tabelle 21: Prozentuale Verteilung**

Gehen wir davon aus, dass der Besuch der Schulen in Lohberg, dem Blumenviertel und der Innenstadt zumindest überwiegend von Kindern aus dem Siedlungsbezirk erfolgt, so können wir auf Grundlage der Schuleingangsuntersuchung keinen direkten Zusammenhang zwischen dem Körpergewicht und dem Wohnort feststellen. Zwar finden wir an der Gartenschule den zweithöchsten Wert, Lohberg und das Blumenviertel liegen aber im mittleren Bereich.

Die Schule am Weyer fällt in 2013 auf, da hier nur 64,1% der SchülerInnen im Bereich des Normalgewichtes liegen, dagegen  $\frac{1}{4}$  aller SchülerInnen ein zu hohes Gewicht haben. Gleichzeitig finden wir hier auch die meisten SchülerInnen, die ein deutliches Untergewicht haben. In den Vorjahren war die Schule eher unauffällig.

Dass sich Armut auf die Gesundheit auswirkt, wird mittlerweile durch zahlreiche Studien bestätigt. In weitreichender Übereinstimmung zeigen die Forschungsergebnisse, dass viele Erkrankungen, Gesundheitsbeschwerden und Risikofaktoren bei Personen, die in Armut leben, vermehrt vorkommen. Außerdem schätzen diese Personen ihren allgemeinen Gesundheitszustand und ihre gesundheitsbezogene Lebensqualität schlechter ein und sie unterliegen einer erhöhten vorzeitigen Sterblichkeit (Mielck 2000; Richter, Hurrelmann 2009; Lampert 2011).

Unsere Befragung bestätigt aber auch die These: Armut geht mit geringerer sozialer Unterstützung einher.

Für die Erklärung des Zusammenhangs zwischen Armut und Gesundheit ist darüber hinaus von Bedeutung, dass in Armut lebende Personen häufiger psychosozialen Belastungen ausgesetzt sind. Vor dem Hintergrund einer prekären Einkommenssituation sind es insbesondere Ausgrenzungserfahrungen und Zukunftssorgen, die als belastend erlebt werden. Ob diese zu Beeinträchtigungen der Gesundheit führen, hängt neben der Dauer und Stärke der Belastungsexposition auch von den vorhandenen Bewältigungsressourcen ab. Neben bestimmten Persönlichkeitsmerkmalen, wie z.B. Selbstwertgefühl, Optimismus oder Kontrollüberzeugung, kommt dabei der sozialen Unterstützung große Bedeutung zu. In zahlreichen Studien konnte dazu gezeigt werden, dass Menschen, die sich nicht ausreichend durch ihre sozialen Netzwerke unterstützt fühlen, anfälliger für Krankheiten und Gesundheitsprobleme sind (Berkman, Glass 2000).

In der GEDA Studie wurde zur Erfassung der sozialen Unterstützung ein auf europäischer Ebene abgestimmtes Instrument eingesetzt, das drei Fragen zur Unterstützung bei Problemen durch nahestehende Personen, Anteilnahme und Interesse anderer am eigenen Tun sowie praktische Hilfe von Nachbarn umfasst (Kilpeläinen et al. 2008). Die Ergebnisse zeigen, dass Frauen und Männer aus der Armutsrisikogruppe häufiger nur eine geringe soziale Unterstützung erfahren als diejenigen aus der mittleren und insbesondere diejenigen aus der hohen Einkommensgruppe. Diese Unterschiede zeichnen sich in allen betrachteten Altersgruppen deutlich ab.

### 3. Bildung

**Frage:** „Welche Folgen von Kinderarmut sehen Sie im Bereich Bildung“

<b>Institution</b>	<b>Bildung</b>
AWO "Startchancen"	Fehlender Schulabschluss  Fehlende Ausbildung  Bildungsdefizite in der Herkunftsfamilie
AWO Kita Katharinenstr.	sprachliche Barrieren  kulturelle Barrieren  andere Wertevermittlung  eigene Bedürfnisse vor denen der Kinder
Ev. Kindergarten Alette Meyer	wenig Wertevermittlung  wenig bildungsorientierte Angebote  wenig wirkliche Aufmerksamkeit/Beschäftigung mit dem Kind
Kita Talstrasse	Fehlender Schulabschluss  Fehlende Ausbildung  wenig Wertvorstellung  geringe Deutschkenntnisse  hoher Fernsehkonsum/unangemessene Programme
GGs Am Weyer	fehlendes Bildungsbewusstsein
Klaraschule	mangelnde Grunderfahrung  keine sprachliche Vielfalt
GGs Gartenschule	Fehlender Schulabschluss

	<p>Fehlende Ausbildung</p> <p>keine Anerkennung ausl. Abschlüsse</p> <p>schlecht geförderte Kinder</p> <p>Angebote der Unterstützung nicht bekannt</p>
Jugendzentrum Pdorf	<p>eingeschränkter Erfahrungsraum</p> <p>keine Teilhabe an kult. Leben (Sportverein)</p> <p>Keine Unternehmungen m.d. Familie</p>
Haus der Offenen Tür / Caritas-Verband	<p>Wenig Förderung u. Wahrnehmung der vorhandenen Kompetenzen insbesondere im kreativen Bereich (Kunst, Musik..)</p>
Düppelpunkt / Caritas-Verband	<p>Sprachliche und schulische Defizite von Kindern und Eltern, fehlende Abschlüsse</p> <p>Mangelndes Interesse der Eltern an der schulischen Entwicklung der Kinder</p> <p>Fehlendes Wissen der Eltern / können nicht helfen</p>
Kita St. Marien / Caritas-Verband	<p>Bildungsarmut der Eltern wird auf die Kinder „übertragen“</p> <p>Kein Geld für Bildungsangebote</p>
OGS Moltkeschule	<p>Grundlagen fehlen</p>

**Tabelle 22: Bildung**

Deutlich wird vor allem, dass die Elternarbeit ein sehr wichtiger Faktor für eine gelingende Bildungsförderung darstellt. Aus der Befragung geht aber auch hervor, dass die Bedeutung, die die Bildungsförderung der Kinder für die Eltern hat, deutlich abgenommen hat. Ursächlich dafür ist zu einem großen Teil der eigene Bildungsstand der Eltern sowie die hohe Perspektivlosigkeit, die sich infolge von Armut in den Familien entwickelt (vgl. dazu Kap. 2.3.3. Resilienzen).



#### 4. Freizeitgestaltung

**Frage:** „Welche Folgen von Kinderarmut sehen Sie im Bereich Freizeitgestaltung“

Institution	Freizeit
AWO "Startchancen"	Wenig / keine Teilnahme an sportl. / kulturellen Angeboten  Wenig Aussenkontakte
AWO Kita Katharinenstr.	ungenügende Nutzung der vorhandenen Angebote
Ev. Kindergarten Alette Meyer	Elterninteressen im Vordergrund, Kinder lästig  zuviel Fernsehen/PC etc.
AWO Kita Im Hardtfeld	Angebote werden genutzt
Kita Talstrasse	hoher Fernsehkonsum  wenig Außenaktivität(Spielplätze)
GGs Am Weyer	keine gemeinsame Freizeit mit den Kindern
Klaraschule	keine gemeinsame Freizeit mit den Kindern  keine Sportvereine
GGs Gartenschule	übertriebener Medienkonsum von Eltern und Kindern(Fernsehen, Computer, Handy.  keine kreative Freizeitgestaltung (Wald, Spielplatz..)

Jugendzentrum Pdorf	<p>freie unverplante Zeit</p> <p>Langeweile</p> <p>freie Zeit mündet in Destruktivität</p>
Haus der Offenen Tür / Caritas-Verband	<p>Wenig Möglichkeiten durch mangelnde finanz. Ressourcen</p> <p>Vergünstigte Angebote werden gut angenommen</p>
Düppelpunkt / Caritas-Verband	<p>Fehlendes Interesse der Eltern, Freizeit mit den Kindern zu verbringen</p> <p>Fehlende Ideen</p> <p>Übermäßiger TV- / Computerkonsum</p> <p>Kinder langweilen sich an den Wochenenden</p>
Kita St. Marien / Caritas-Verband	<p>Eltern wissen nicht, wie sie die Freizeit gestalten sollen</p> <p>Keine finanz. Mittel / andere Prioritätensetzung</p>
OGS Moltkeschule	<p>Mangel an finanz. Mitteln</p> <p>Fehlende Mobilität</p> <p>Keine kreative Nutzung von Freizeit</p>

## 5. Finanzsituation

**Frage:** „Welche Folgen von Kinderarmut sehen Sie im Bereich Finanzsituation“

Institution	Finanzen
AWO "Startchancen"	Arbeitslosigkeit Überschuldung
VHS Dinslaken	Gebührenanhebung
AWO Kita Katharinenstr.	falscher Mitteleinsatz ALG nicht ausreichend keine Veranstaltungen außerhalb
Ev. Kindergarten Alette Meyer	falscher Mitteleinsatz Geld kommt nicht bei Kindern an unsinnige Konsumgüter werden angeschafft
AWO Kita Im Hardtfeld	Transparenz
Kita Talstrasse	Umgang mit Geld (keine Mittel ab Mitte des Monats)
GGG Am Weyer	Haushaltsführung/Organisation knappe Finanzmittel
GGG Hagenschule	Essensgeld nicht vorhanden
Klarschule	keine wirtschaftliche Haushaltsführung falsche Prioritäten
GGG Gartenschule	kein Essensgeld Grenzen BuT knapp überschritten Misswirtschaft/mangelnde Planungskompetenz

Jugendzentrum Pdorf	unstrukturierter Umgang mit Geld (wird sofort ausgegeben)
Haus der Offenen Tür / Caritas-Verband	Arbeitslosigkeit Kein gesichertes Einkommen Fehlende Kleidung
Düppelpunkt / Caritas-Verband	Überschuldung Ausgaben für Statussymbole (Handys, Spielkonsolen..) und teure Genussmittel Ignoranz von Rechnungen (z.B. Essensgeld)
Kita St. Marien / Caritas-Verband	Auch Bezieher des BuT bezahlen das Essensgeld nicht Kein stetiges Einkommen
OGS Moltkeschule	Mangelnde finanzielle Möglichkeiten

## 6. Gründe für Armut

**Frage:** „Wo liegen Ihrer Einschätzung nach die Gründe für Kinderarmut (in Ihrer Einrichtung?“

Institution	Gründe Armut
AWO "Startchancen"	Niedriger Bildungsstand Finanzielle Mittel Arbeitslosigkeit Frühe Mutterschaft Alleinerziehende Mangelnde Integration Suchtmittelkonsum
Ev. Kindergarten Alette Meyer	scheinbares Desinteresse an Veränderung Bequemlichkeit Alleinerziehendenstatus
AWO Kita Im Hardtfeld	Arbeitslosigkeit Trennung/Scheidung
Kita Talstrasse	Eltern kommen ohne Begleitung/Unterstützung nicht zurecht Resignation, Antriebslosigkeit, Frustration psychische Erkrankungen/Probleme
GGs Am Weyer	knappe Mittel keine Fähigkeit zur Organisation in der Familie

GGS Hagenschule	<p>getrennt lebende Eltern</p> <p>Geldmangel</p> <p>Zeitmangel</p> <p>keine adäquaten Ansprechpartner</p>
Klaraschule	<p>Alleinerziehendenstatus</p> <p>Arbeitslosigkeit</p> <p>Bildungsferne Haushalte</p> <p>hoher Fernseh-/Computerkonsum</p>
GGS Gartenschule	<p>Veränderung des Sozialraums</p> <p>Arbeitslosigkeit</p> <p>fehlende Schulbildung der Eltern</p> <p>Flucht</p> <p>Erkrankung der Eltern</p> <p>Trennung</p>
Jugendzentrum Pdorf	<p>Bildung</p> <p>Arbeitslosigkeit</p> <p>geringe finanz. Mittel</p> <p>Perspektivlosigkeit</p>
Haus der Offenen Tür / Caritas-Verband	<p>Menschen mit Migrationshintergrund haben wenig Kontakt, Austausch, Begegnung mit Menschen der sog. „Mehrheitsgesellschaft“</p>

Düppelpunkt / Caritas- Verband	Mangelhafte und ungesunde Ernährung  Schlechte Körperpflege, mangelnde Zahnhygiene  Unregelmäßige Arztbesuche  Eltern sind schlechte Vorbilder (Rauchen, Alkohol, Drogen)
Kita St. Marien / Caritas- Verband	Arbeitslosigkeit, auch generationsübergreifend, Eltern leben das vor
OGS Moltkeschule	Bildungsdefizite, mangelnde Lebenskompetenzen  Sozialer Abstieg durch Trennung  Chancenlosigkeit durch Arbeitslosigkeit

## 7. Handlungsbedarf

**Frage:** „Wo sehen Sie akuten Handlungsbedarf?“

Institution	Handlungsbedarf
AWO "Startchancen"	niedrigschwellige Angebote im Sozialraum  Erziehung  Infos über Behörden / Hilfen  Konfliktlösungsstrategien für Familien
AWO Kita Katharinenstr.	Eltern ins Boot holen  Wertevermittlung  Angebote für Toleranz und Akzeptanz

Ev. Kindergarten Alette Meyer	Elternbildung Unterstützung mit Behörden Unterstützungsangebote aufzeigen Unterstützung bei Kontakten
-------------------------------	--



AWO Kita Im Hardtfeld	besseren Zugang zu Familien erreichen und Kenntnis über finanz. Lage erhalten
Kita Talstrasse	niedrigschwellige Unterstützung / Beratung in Erziehungsfragen  engmaschige Betreuung der Familien  Unterstützung in finanz. Fragen  zweckgebundene Gelder  Frühe Hilfen (vor der Geburt und im Säuglingsalter)
GGG Am Weyer	Familienorganisation  Bildungsverständnis
GGG Hagenschule	Kinder, die nicht adäquat gefördert werden, in die OGATA einbinden
Klaraschule	Unterstützung der Familien durch Sozialarbeit in Kooperation mit dem Jugendamt, Familienhilfe  Schaffung von Arbeitsplätzen
GGG Gartenschule	langfristige Familienbegleitung mit Erweiterung der Erziehungskompetenz  durch Aufrechterhaltung der Vielfalt der Familien in Schulen Integration ermöglichen und Inklusion realisieren
Jugendzentrum Pdorf	Nahrung  Kleidung
Haus der Offenen Tür / Caritas-Verband	Förderung der deutschen Sprachkenntnisse

Düppelpunkt / Caritas- Verband	<p>Bildungschancen der Kinder verbessern, keine Benachteiligung sozial schwacher Familien</p> <p>Einwirken auf die bestehende Ignoranz und das Desinteresse der Eltern an ihren Kindern und der finanziellen Situation</p>
Kita St. Marien / Caritas- Verband	Mehr Unterstützung der Lohberger Familien
OGS Moltkeschule	<p>Bildung und Erziehungskompetenz</p> <p>Alltagsbewältigung</p> <p>Soziale Kompetenzen</p> <p>Arbeitslosigkeit / Beschäftigung</p>

## Fazit aus der Befragung:

Armut ist nicht nur Einkommensarmut!

Ein-Eltern-Familien sind überproportional häufig betroffen und besonders belastet (vgl. Kapitel 2.3.2).

Die Auswirkungen von Armut zeigen sich sowohl im Existenziellen (Grundversorgung, gesundheitlicher Zustand) als auch im Bereich der Elternkompetenzen und in Bildungsbiografien.

<b>Grundversorgung</b> <ul style="list-style-type: none"><li>• Das Essensgeld wird nicht aufgebracht / gezahlt.</li><li>• Mangel- und Fehlernährung bei den Kindern / Familien</li><li>• keine angemessene Kleidung / Schuhe</li><li>• Wohnraum ist in einem schlechtem, teilweise unzumutbaren Zustand und häufig zu klein</li></ul>	<b>Eltern</b> <ul style="list-style-type: none"><li>• mangelhafte Erziehungskompetenz</li><li>• fehlende psychosoziale Kompetenzen</li><li>• Probleme bei der Alltagsbewältigung (Übertragung der elterlichen Aufgaben auf Erzieher/-innen und Lehrer/-innen)</li><li>• falsche Prioritätensetzung beim Einsatz der finanziellen Mittel</li><li>• Suchtprobleme / psychische Erkrankung</li></ul>
<b>Gesundheit</b> <ul style="list-style-type: none"><li>• mangelhafte Zahnhygiene</li><li>• Arztbesuche zu selten</li><li>• bestehende Förderansprüche werden nicht durchgesetzt</li><li>• Auffälligkeiten / Entwicklungsdefizite werden nicht behandelt</li></ul>	<b>Bildung</b> <ul style="list-style-type: none"><li>• keine (kreativen) Ideen der Eltern (Medienkonsum anstelle von gemeinsamen Unternehmungen)</li><li>• Bildungsdefizite der Eltern werden „übertragen“</li><li>• keine Teilnahme an kostenpflichtigen Bildungs- und Freizeitangeboten</li></ul>

## 6. Fazit: Ungleiches ungleich behandeln

Als die drei wesentlichen Ursachen für Armut von Erwachsenen in Deutschland gelten (Langzeit-)Erwerbslosigkeit sowie Erwerbstätigkeit auf niedrigem Zeitniveau und/oder mit Niedriglohn. Letzteres, vor allem „working poor“ (d.h., arbeitende Arme = Vollzeit-erwerbstätigkeit und dennoch kein Einkommen über der Armutsgrenze erzielend) nehmen rasant an Umfang und Bedeutung zu.

Darüber hinaus können Überschuldung, Scheidung oder Trennung, Behinderungen oder multiple Problemlagen ursächlich sein. Kinder, die in Haushalten mit einem oder mehreren der genannten sozialen Merkmale aufwachsen, sind besonders armutsgefährdet.

Armut bringt Menschen in eine defizitäre Lebenslage, durch die die Familien in ihrem Handlungs- und Entscheidungsspielraum beschränkt sind sowie die Bedingungen des Aufwachsens von Kindern negativ beeinflusst werden. Der soziale Status der Familie / des Kindes wird durch sie bestimmt. Die Familien, die in Armut leben, sind im Bezug auf Grundversorgung (Essen, Kleidung, etc.), Gesundheit, Bildung und Soziales (Austausch, Kontakt zu anderen, Teilhabe) unterversorgt, was wiederum die Zukunftschancen junger Menschen stark beeinträchtigt. Sie mündet so in sozialer Ausgrenzung, verhindert die Teilhabe an Bildungsangeboten und schränkt die aktive Beteiligung und Mitgestaltung gesellschaftlicher Prozesse ein. Die Betroffenen werden ausgegrenzt und grenzen sich selbst (aus Scham) aus.

Besondere Armutsrisiken weisen Personen auf, die einen Migrationshintergrund haben, die allein erziehend sind, eine niedrige Bildungsqualifikation aufweisen und/oder in sozial belasteten Quartieren leben. Kinder, deren Eltern diese sozialen Merkmale haben, sind ebenfalls besonders armutsgefährdet.<sup>16</sup>

Unter Heranwachsenden sind vor allem vier Gruppen besonders gefährdet: Kinder von (langzeit-)erwerbslosen Eltern, in Ein-Eltern-Familien, in Familien mit Migrationshintergrund oder mit mehr als zwei Geschwistern.

Im Altersgruppenvergleich sind Kinder und Jugendliche am häufigsten von Armut betroffen.

---

<sup>16</sup> Vgl. hierzu Holz, Gerda, Institut für Sozialarbeit und Sozialpädagogik e.V.: „Ansätze kommunaler Armutsprävention – Erkenntnisse aus der AWO-ISS-Studie Kinderarmut“, Vortrag 2011

Armut und Arbeitslosigkeit können durch die Kommune nur gering beeinflusst werden. Sie kann aber begünstigende Faktoren für ein Aufwachsen in Wohlergehen schaffen. Wichtigstes Element dabei ist eine gelingende Bildungsbiografie. Hierzu ist die Gestaltung der kommunalen Bildungslandschaft elementare Voraussetzung. Der Zeitpunkt, in dem die Voraussetzungen geschaffen werden können, ist im Moment in Dinslaken günstiger denn je, denn mit Umgestaltung der Schulgebäude bietet sich auch die Möglichkeit, Schulen als Lernort an die Bedürfnisse der Kinder anzupassen. Ein erster Schritt könnte hier die Erstellung eines kommunalen Bildungsberichtes sein, der das fortführt, was im Sozialbericht nicht ausführlich behandelt werden kann: Das Festlegen eines Leitziels für die Bildungslandschaft und die Identifizierung von Stellschrauben. Wollen wir Armut und Armutsfolgen vermindern, müssen wir gelingende (der Kompetenz nach höchstmögliche) Schulabschlüsse fördern.

Gemäß des Prognos-Gutachtens „Bilanzierung der sozialen Folgekosten in Nordrhein-Westfalen - Handlungsoptionen für die Gestaltung der Zukunft“, die in 2011 im Auftrag der Staatskanzlei des Landes Nordrhein-Westfalen veröffentlicht wurde, entgehen beispielsweise dem Land NRW aufgrund fehlender Berufsabschlüsse jährlich 15,381 Mrd. € an Steuereinnahmen.

Durch den Ausbau präventiver Angebote im Rahmen Früher Hilfen können problematische Lebens- und Bildungskarrieren vermieden werden.

Denn schon vor dem Eintritt in die Schule müssen entscheidende Weichen gestellt sein. Die Familienzentren und Kindertageseinrichtungen leisten dazu einen entscheidenden Beitrag. Dort, wo weitere Unterstützungen nötig sind, muss das Netzwerk „Schutz und Frühe Förderung“ in die Lage versetzt werden, Gefahren rechtzeitig zu erkennen und die geeigneten Hilfen anzubieten. Die Frühen Hilfen und die Hilfen zur Erziehung müssen stärker präventiv erfolgen.

Durch den Ausbau der Kinderbetreuung im U3-Bereich wird die Erwerbsfähigkeit insbesondere von Müttern gefördert und gleichzeitig können Kinder aus bildungsfernen Schichten früher gefördert werden. Als Beitrag zur Sicherung der Chancengleichheit ist ein früher Zugang zur Kita (mit Möglichkeit der Ganztags – Kita – Betreuung) für jedes Kind im Sozialraum zu gewährleisten. In Dinslaken wurde durch den kontinuierlichen Ausbau der U3-Betreuung ein – bislang -

bedarfsgerechtes Angebot geschaffen, es muss allerdings stetig geprüft werden, ob das Angebot auch weiterhin ausreicht.

Förderprogramme wie „Kein Kind zurücklassen“ des Landes NRW und der Bertelsmann-Stiftung oder das LVR-Förderprogramm „Teilhabe ermöglichen – Kommunale Netzwerke gegen Kinderarmut“ versuchen, diesen Kenntnissen Rechnung zu tragen.

Seit 2012 ist die Stadt Dinslaken durch die Förderung des LVR dazu in der Lage, die begonnene Präventionskette fortzusetzen und in enger Kooperation mit der Sozialplanung relevante Daten und Bedarfe zu ermitteln sowie die Angebotsstruktur sinnvoll zu ergänzen.

Dort, wo nach der Schule trotzdem der Übergang in das Berufsleben nicht gelingt, muss stärker als bisher das Feld der Jugendberufshilfe in den entsprechenden Siedlungsbezirken auch von kommunaler Seite aufgegriffen werden. Projekte wie „Lokales Kapital für Soziale Zwecke (LOS) und „Stärken vor Ort“, aber auch die Maßnahmen aus dem Projekt Blumenviertel haben gezeigt, dass hier mit relativ geringem finanziellen Aufwand ein guter Erfolg zu erzielen ist. Es ist der Stadt Dinslaken durch die qualitativ hochwertige und motivierte Arbeit der Schulen, Vereine und vor allem der Wohlfahrtsverbände gelungen, regelmäßig „best practice“- Erfolge zu erzielen. Hier liegt der richtige Ansatz. Im Rahmen des Kommunalen Jugendförderplans sollten entsprechende Mittel veranschlagt werden.

In den Quartieren mit hoher Segregation ist weiterhin ein Quartiersmanagement erforderlich. Dieses sollte aber nun zentral, gesteuert durch die Stadt Dinslaken, erfolgen.

In den strategischen Zielsetzungen des Sozialraums müssen Kinder/Jugendliche/Familien oberste Priorität für alle Bereiche der Stadtverwaltung haben. Das Jugendamt setzt sich für ressortübergreifende Ideen und Strategien zur Verminderung von negativen Auswirkungen sozialer Benachteiligung bei Familien / Kindern und Jugendlichen, deren Vernetzung und konsequente Umsetzung ein.

Unter Beteiligung der Sozialplanung und der Koordinationsstelle „Schutz und Frühe Förderung“ sollte eine „AG § 78 HzE“ eingesetzt werden. Erprobt wurde dies in einem Sozialraumgespräch in der Innenstadt.

Als erster Schritt sollten Ursachen und Folgen sozialräumlicher Segregation analysiert werden, um davon ausgehend kommunale Strategien gegen soziale Ausgrenzung abzuleiten (auch auf Stadtbezirke bezogen).

Die Vernetzung der sozialen Akteure in den Regionen und im Sozialraum muss weiter vorangetrieben werden. Das Netzwerk Frühe Hilfen muss konsequent weiterentwickelt werden. Aus diesem Grund hat sich die Verwaltung erfolgreich um die Aufnahme in das LVR-Programm „Teilhabe ermöglichen – Kommunale Netzwerke gegen Kinderarmut“ beworben. Noch bis 2015 werden Personalkosten gefördert.

Der Ausbau eines mit allen Bereichen vernetzten sozialen „Frühwarn- und Fördersystems“ zur Unterstützung bedürftiger Familien, in dem Kompetenzen vor Ort gebündelt, Kommunikationsstrukturen ausgebaut und niedrigschwellige Unterstützungsangebote im Vorfeld von HzE für belastete Familien vorgehalten werden, muss eine hohe Priorität in den Siedlungsbezirken erhalten.

Zusammen mit relevanten Institutionen müssen Lösungen fachübergreifender Fragen erarbeitet werden. Beispielsweise könnte eine Zusammenarbeit zwischen Jugendamt, Jobcenter und Sozialamt bei der Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit thematisiert werden.

Die Mittel für Maßnahmen der Familienförderung, insbesondere der Eltern- und Familienbildung an den Schulen, Kinder- und Jugendhilfezentren, Jugendfreizeiteinrichtungen, Kitas, an der VHS, an Stadtteilzentren u. a. müssen auch in Zeiten knapper Kassen ausreichend und verlässlich zur Verfügung gestellt werden. Dies sollte im kommunalen Jugendförderplan festgeschrieben werden.

Eine wichtige Aufgabe zur Überwindung von Kinderarmut ist die Bekämpfung von Bildungsarmut.

Es ist daher von hoher Priorität, die Ausstattung der Schulen und die Ausgestaltung des Offenen Ganztags zu sichern, damit sich diese zu attraktiven Lebenswelten für Kinder und Jugendliche mit verlässlichen Ganztagsangeboten entwickeln können. So haben die Schulen mehr Möglichkeiten, herkunftsbedingte Nachteile auszugleichen.

Im Alltag ist Armut ein komplexes Problem mit mehreren Dimensionen – so auch einer personalen. Ein multidimensionales Verständnis von Armut verlangt ein ebensolches Herangehen bei der Prävention von Armut. Das ist ein hoher Anspruch an

alle – so auch an bedarfsgerechte HzE in diesem Kontext. Dabei ist es besonders zu betonen, dass HzE kein „Reparaturbetrieb“ sein darf. Die Hilfen müssen so früh wie möglich, besser noch vorbeugend erfolgen. Dies kann langfristig auch helfen, teure Maßnahmen (wie z.B. stationäre Hilfen) zu verhindern.

Auf der 4. Sitzung des Wissenschaftlichen Beirats des Nationalen Zentrums Frühe Hilfen wurde am 26.6.2009 folgende Begriffsbestimmung verabschiedet:

„Frühe Hilfen zielen darauf ab, Entwicklungsmöglichkeiten von Kindern und Eltern in Familie und Gesellschaft frühzeitig und nachhaltig zu verbessern. Neben alltagspraktischer Unterstützung wollen Frühe Hilfen insbesondere einen Beitrag zur Förderung der Beziehungs- und Erziehungskompetenz von (werdenden) Müttern und Vätern leisten. Damit tragen sie maßgeblich zum gesunden Aufwachsen von Kindern bei und sichern deren Rechte auf Schutz, Förderung und Teilhabe. Frühe Hilfen umfassen vielfältige sowohl allgemeine als auch spezifische, aufeinander bezogene und einander ergänzende Angebote und Maßnahmen. Grundlegend sind Angebote, die sich an alle (werdenden) Eltern mit ihren Kindern im Sinne der Gesundheitsförderung richten (universelle/primäre Prävention). Darüber hinaus wenden sich Frühe Hilfen insbesondere an Familien in Problemlagen (selektive/sekundäre Prävention). Frühe Hilfen tragen in der Arbeit mit den Familien dazu bei, dass Risiken für das Wohl und die Entwicklung des Kindes frühzeitig wahrgenommen und reduziert werden. Wenn die Hilfen nicht ausreichen, eine Gefährdung des Kindeswohls abzuwenden, sorgen Frühe Hilfen dafür, dass weitere Maßnahmen zum Schutz des Kindes ergriffen werden.

Frühe Hilfen basieren vor allem auf multiprofessioneller Kooperation, beziehen aber auch bürgerschaftliches Engagement und die Stärkung sozialer Netzwerke von Familien mit ein. Zentral für die praktische Umsetzung Früher Hilfen ist deshalb eine enge Vernetzung und Kooperation von Institutionen und Angeboten aus den Bereichen der Schwangerschaftsberatung, des Gesundheitswesens, der interdisziplinären Frühförderung, der Kinder- und Jugendhilfe und weiterer sozialer Dienste. Frühe Hilfen haben dabei sowohl das Ziel, die flächendeckende Versorgung von Familien mit bedarfsgerechten Unterstützungsangeboten voranzutreiben, als auch die Qualität der Versorgung zu verbessern.“



Die großen gesellschaftlichen Ursachen von Armut sind längst in der Lebenswirklichkeit der Familien - unübersehbar auch in Dinslaken - angekommen. Sie haben dort ihre verheerenden Auswirkungen und verlangen nach gesamtgesellschaftlichen Lösungen.

Im Kapitel 2 wurden die Felder dargestellt, in denen nun die richtigen Vorbereitungen und Entscheidungen getroffen werden müssen, damit Dinslaken für den Demografischen Wandel gut vorbereitet ist.

Der Sozialbericht 2013 zeigt, dass auch weiterhin die 3 Siedlungsbezirke Lohberg, das Blumenviertel und die Innenstadt eine dichte und multiple Problemstruktur aufweisen. Vor allem der Bezug von Transferleistungen und die drohende bestehende Armut sind in diesen Siedlungsbezirken signifikant darstellbar.

Zu Recht erfolgte in den letzten Jahren mit dem Programm „Soziale Stadt NRW“ in Lohberg und im Blumenviertel eine besondere Behandlung dieser Siedlungsbezirke. Der ursprüngliche Name „Stadtteil mit besonderem Erneuerungsbedarf“ traf es auf den Punkt. Sehen wir uns die multiplen Probleme in diesen Siedlungsbezirken an, wird deutlich, dass auch mit Auslaufen der Förderung nicht einfach ein Schlussstrich gezogen werden kann. Wir können nicht einfach sagen: „jetzt sind andere Stadtteile dran“, wenn wir uns ansehen, wie ungleich die Chancen in den jeweiligen Gebieten verteilt sind. Auch in Zukunft müssen wir Ungleiches ungleich behandeln und den drei betroffenen Siedlungsbezirken weiterhin besondere Aufmerksamkeit schenken.

## 7. Literatur

Beck, U. (1986): Risikogesellschaft. Auf dem Weg in eine andere Moderne. Frankfurt a.M.

Berkman LF, Glass T (2000) Social Integration, social networks and health. In: Berkman LF, Kawachi I (Hrsg) Social Epidemiology. Oxford University Press, New York, S 137-173

Bertelsmann-Stiftung: [www.wegweiser-kommune.de](http://www.wegweiser-kommune.de)

Bestmann, S.: Die Kirche im Dorf lassen?. URL: <http://www.sozialraum.de/die-kirche-im-dorf-lassen.php>

Budde, W./ Früchtel, F. (2005): Sozialraumorientierte Soziale Arbeit – ein Modell zwischen Lebenswelt und Steuerung. In: Nachrichtendienst des Deutschen Vereins, Heft 7, S. 238 – 242 sowie Heft 8, S.287 – 292

Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) (Hg) (1998): Zehnter Kinder- und Jugendbericht. Bonn

Bundesministerium für Jugend, Familie, Frauen und Gesundheit (BMJFFG) (Hg) (1990): Achter Jugendbericht. Bonn

Butterwegge, Carolin (2010): Armut von Kindern mit Migrationshintergrund – Ausmaß, Erscheinungsformen und Ursachen. Wiesbaden

Butterwegge, Christoph (2009): Armut in einem reichen Land – Wie das Problem verharmlost und verdrängt wird. Frankfurt am Main

Bourdieu, Pierre (1991): Physischer, sozialer und angeeigneter physischer Raum. In: Wentz, Martin (Hrsg.): Stadt-Räume. Frankfurt/M., S. 25–34.

Deutscher Bundestag (Hrsg.) (2005): Bericht über die Lebenssituation junger Menschen und die Leistungen der Kinder- und Jugendhilfe in Deutschland – Zwölfter Kinder- und Jugendbericht und Stellungnahme der Bundesregierung, Drucksache 15/6014. Berlin.

Hinte, W. (2008): Sozialraumorientierung: ein Fachkonzept für Soziale Arbeit. Fulda. Vortrag auf einem Fachtag der Stadt Fulda am 28.05.2008, S.1-20

Hinte, W. (2005): Menschenrechte als <Grabplatte> der Sozialen Arbeit!? In: Sozial Aktuell, SBS/ASPAS. Nr.9, S.2-9

Hinte, W. (2004): Zur Notwendigkeit sozialräumlicher Orientierung in der Jugendhilfe. Graz. Vortrag in der Stadt Graz am 13.05.2004, S.1-10

Hinte, W. (2001): Sozialraumorientierung und das Kinder- und Jugendhilferecht – ein Kommentar aus sozialpädagogischer Sicht. In: Sozialpädagogisches Institut im SOS-Kinderdorf e.V. (Hg): Sozialraumorientierung auf dem Prüfstand. München, S.125-156

Hinte, W./ Treeß, H. (2007): Sozialraumorientierung in der Jugendhilfe – Theoretische Grundlagen, Handlungsprinzipien und Praxisbeispiele einer kooperativintegrativen Pädagogik. Weinheim

Hinte, W. (2008): Sozialraumorientierung – Fachtag Stadt Fulda 28.5.08

Hradil, S. (2001): Soziale Ungleichheit in Deutschland, Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden

Holz, Gerda, Institut für Sozialarbeit und Sozialpädagogik e.V.: „Ansätze kommunaler Armutsprävention – Erkenntnisse aus der AWO-ISS-Studie Kinderarmut“, Vortrag 2011

Institut für Sozialarbeit und Sozialpädagogik e.V., „Frühe Förderung von Anfang an“, Frankfurt a.M. 2012

Kilpeläinen K, Arpo A, ECHIM Core Group (2008) European Health Indicators: Development and initial implementation. National Public Health Institute, Helsinki

Lash, S. (1996): Expertenwissen oder Situationsdeutung? Kultur und Institutionen im desorganisierten Kapitalismus. In: Beck, U./ Giddens, A. / Lash, S.: Reflexive Modernisierung – eine Kontroverse. Frankfurt a.M., S.338-364

Lüttringhaus, M./ Streich, A. (2004): Das aktivierende Gespräch im Beratungskontext – eine unaufwendige Methode der Sozialraum- und Ressourcenerkundung. In: Gillich, S. (Hg): Gemeinwesenarbeit: Die Saat geht auf. Gelnhausen, S. 102-108

Lüttringhaus, M./ Streich, A. (2007): Zielvereinbarungen in der Sozialen Arbeit: Wo kein Wille ist, ist auch kein Weg! In: Gillich, S. (Hg): Nachbarschaften und Stadtteil im Umbruch. Gelnhausen, S.135-149

Mack, Wolfgang/Reutlinger, Christian (2002): Eine Stadt zum Aufwachsen. Impulse für eine kinder- und jugendfreundliche Stadtplanung. In: pro jugend, o. Jg., H. 4, S. 46.

Mack, Wolfgang: Lokale Bildungslandschaften: Neue Ansätze der kommunalen Bildungspolitik als Antwort auf Herausforderungen des Zwölften Kinder- und Jugendberichts. In: Bildungslandschaften in gemeinschaftlicher Verantwortung Gestalten, Themenheft 07, Deutsche Kinder- und Jugendstiftung. Berlin, 2007

Schrapper, C. (2001): Perspektiven sozialraumorientierter Planung – oder warum ist es so schwierig, was viele so gut finden? In: Institut für Soziale Arbeit e.V. ISA (Hg): Fachforum zur sozialraumorientierten Planung in Gebieten mit besonderem Entwicklungsbedarf. Münster, S.76-82

## 8. Abbildungsverzeichnis

ABBILDUNG 1: BEVÖLKERUNGSBAUM 31.12.2012	14
ABBILDUNG 2: BEVÖLKERUNGSBAUM 2030	15
ABBILDUNG 3: ANTEIL DER BEVÖLKERUNG IN % NACH SIEDLUNGSBEZIRKEN	17
ABBILDUNG 4: DIE 10 DINSLAKENER SIEDLUNGSBEZIRKE	27
ABBILDUNG 5: ALG II EMPFÄNGER NACH SIEDLUNGSBEZIRKEN IN %	30
ABBILDUNG 6: VERTEILUNG ALG I	31
ABBILDUNG 7: ARBEITSLOSE IN SGB II BEZUG NACH GESCHLECHT	31
ABBILDUNG 8: ARBEITSLOSE IN SGB II BEZUG NACH NATIONALITÄT	32
ABBILDUNG 9: ARBEITSLOSENQUOTE NACH SIEDLUNGSBEZIRKEN	32
ABBILDUNG 10: ANTEIL JUGENDARBEITSLOSIGKEIT AN BEVÖLKERUNG IM SIEDLUNGSBEZIRK	34
ABBILDUNG 11: JUGENDARBEITSLOSIGKEIT (IN ABSOLUTEN ZAHLEN)	34
ABBILDUNG 12: TRANSFERLEISTUNGEN ALG I UND ALG II	36
ABBILDUNG 13: ELTERNBEITRÄGE KINDERGARTEN	38
ABBILDUNG 14: BEVÖLKERUNGSDICHTE NACH SIEDLUNGSBEZIRKEN (STICHTAG 31.12.2012)	41
ABBILDUNG 15: ANTEIL FAMILIEN MIT KINDERN	48
ABBILDUNG 16: VERTEILUNG GESCHWISTERKINDER	49
ABBILDUNG 17: ALLEINERZIEHENDE	50
ABBILDUNG 18: AUSLÄNDERANTEIL	60
ABBILDUNG 19: ALTERSVERTEILUNG, UNTERTEILT NACH KJHG-KATEGORIEN	61
ABBILDUNG 20: JUGENDLICHE UNTER 18 JAHREN (PROZENT AN EINWOHNERN GESAMT)	62
ABBILDUNG 21: VERTEILUNG > 65 IN % BEZOGEN AUF SIEDLUNGSBEZIRKE	63
ABBILDUNG 22: SCHULÜBERGÄNGE AUF WEITERFÜHRENDE SCHULEN	63
ABBILDUNG 23: BEZUG VON TRANSFERLEISTUNGEN	64
ABBILDUNG 24: SCHULÜBERGÄNGE ZUR SEKUNDARSCHULE (PROZENTUALER ANTEIL AN ÜBERGÄNGEN INNERHALB DES SIEDLUNGSBEZIRKS)	69
ABBILDUNG 25: SCHULÜBERGÄNGE ZUM GYMNASIUM	70
ABBILDUNG 26: ORTSPROFIL INNENSTADT	73
ABBILDUNG 27: ORTSPROFIL AVERBRUCH	74
ABBILDUNG 28: ORTSPROFIL HAGENVIERTEL	75
ABBILDUNG 29: ORTSPROFIL EPPINGHOVEN	76
ABBILDUNG 30: ORTSPROFIL LOHBERG	77
ABBILDUNG 31: ORTSPROFIL BLUMENVIERTEL	78
ABBILDUNG 32: ORTSPROFIL FELDMARK / BRUCH	79
ABBILDUNG 33: OBERLOHBERG	80
ABBILDUNG 34: ORTSPROFIL HIESFELD	81
ABBILDUNG 35: ORTSPROFIL GRAFSCHAFT	82
ABBILDUNG 36: SOZIALE DISPARITÄTEN	85
ABBILDUNG 37: ADIPOSITAS BEI SCHULEINGANG	92

## 9. Tabellenverzeichnis

TABELLE 1: ÜBERSICHT ALG II UND ALG I NACH SIEDLUNGSBEZIRKEN	29
TABELLE 2: ARBEITSLOSE IN ALG II BEZUG IN SIEDLUNGSBEZIRKEN NACH JAHREN	33
TABELLE 3: VERÄNDERUNG ARBEITSLOSE IN ALG II NACH SIEDLUNGSBEZIRKEN UND JAHREN	33
TABELLE 4: JUGENDARBEITSLOSIGKEIT 2006 – 2012 NACH SIEDLUNGSBEZIRKEN	35

TABELLE 5: VERÄNDERUNGEN IN DER JUGENDARBEITSLOSIGKEIT 2006 - 2012	35
TABELLE 6: ELTERNBEITRÄGE (STICHTAG 01.08.2012)	37
TABELLE 7: EINKOMMENSGRUPPEN I - III	39
TABELLE 8: BEVÖLKERUNGSDICHTE IM KREIS WESEL (31.12.2012)	42
TABELLE 9: VERTEILUNG GESCHWISTERKINDER	49
TABELLE 10: VERÄNDERUNG DER ALLEINERZIEHENDEN	51
TABELLE 11: ALLEINERZIEHENDE	51
TABELLE 12: HILFEN NACH DEM SGB VIII / PROZENTUAL AN BEVÖLKERUNG	53
TABELLE 13: VERTEILUNG ÜBER 65 JAHRE	62
TABELLE 14: SCHULÜBERGÄNGE 2012/2013	67
TABELLE 15: PROZENTUALE VERTEILUNG DER SCHULÜBERGÄNGE	68
TABELLE 16: VERGLEICH ERWARTETE / TATSÄCHLICHE HÄUFIGKEITEN SCHULÜBERGANG	71
TABELLE 17: SCHULÜBERGÄNGE: DIFFERENZEN ERWARTETE UND TATSÄCHLICHE HÄUFIGKEITEN	72
TABELLE 18: SOZIALE DISPARITÄTEN	85
TABELLE 19: AUSWERTUNG GESUNDHEIT	91
TABELLE 20: ADIPOSITAS IM VERGLEICH	92
TABELLE 21: PROZENTUALE VERTEILUNG	93
TABELLE 22: BILDUNG	96